

hlz



C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
Januar-Februar 2024





Um morgens etwas Zeit für sich zu haben,
 pflegt Sabine eine Stunde vor ihrer Familie
 aufzustehen...

➔ > E 8

Das neue Jahr ist bewegt und bewegend gestartet: Deutschland steht auf! Die Zahlen der Teilnehmenden an den Protesten gegen Rechtsextremismus und Remigrationsphantasien allein in Hamburg beeindrucken. Sie bestärken die Mitglieder der GEW und natürlich auch uns Vorsitzende, diese Bewegung weiter voranzutreiben, zu fördern und den Diskurs innergewerkschaftlich und auch nach außen hin zu suchen und zu führen. Demokratie zu leben und erlebbar werden zu lassen ist für uns als Bildungsgewerkschaft immanent! Hierzu gab es bereits die Möglichkeit bei der innergewerkschaftlichen Diskussionsveranstaltung zur ›Rechtsoffenheit‹ Anfang Januar. Die rege Teilnahme und teils emotionalen Beiträge dort zeigen auf, dass ein solcher Austausch wichtig und an der Zeit ist.

An der Zeit ist es auch für echte Zeit! Die GEW-Kampagne *Zeit für echte Zeit!* zur Arbeitszeit- und Belastungsstudie der *Kooperationsstelle der Universität Göttingen* war im ersten Ziel erfolgreich: über 1800 Teilnehmende und über 200 engagierte Multiplikator*innen an den fast zu hundert Prozent teilnehmenden Stadteilschulen und Gymnasien! Welch eine Durchschlagkraft! Die Notwendigkeit zur Überprüfung lag auf der Hand und war lange gefordert: 13 Jahre lang hat der Schulsenator Ties Rabe diese Chance vertan. Nun verabschiedete er sich im Januar vorzeitig und unerwartet aus seinem Amt. Die Diskussion anhand der Ergebnisse zum Ende des Jahres – passend zur Bürgerschaftswahl – wird nun mit anderen zu führen sein. Wir Vorsitzenden wünschen dem Kollegen Rabe alles Gute, vor allem aber Gesundheit, für seinen neuen Lebensabschnitt. Zu ihrem neuen Amt als Schulsenatorin gratuliert die GEW Ksenija Bekkeris und wird weiterhin kritisch-konstruktiv verfolgen, wie sie die Dinge in der BSB bewegen wird.

Nach 16 Warnstreiktagen, inklusive unseres großen Bildungsstreiks am 28. November in Hamburg, gab es kurz vor den Weihnachtsfeiertagen doch einen Tarifabschluss im TV-L. Hier noch einmal unser Dank an alle aktiven Kolleg*innen! Inzwischen wurde der Abschluss in der GEW-Hamburg ausgiebig diskutiert. Er-

freulich war, dass der Anschluss an den TVÖD gewährt wurde, auch die Inflationspauschale zum Jahreswechsel wird das eine oder andere Loch gestopft haben. Als GEW Hamburg müssen wir aber konstatieren, dass viele Themen, für die wir hier in Hamburg auf die Straße gegangen sind (TVStud, Lehrkräfteentgeltordnung, Aufwertung der schulischen Therapeut*innen, stufengleiche Höhergruppierung), nicht oder nur sehr wenig in den Abschluss eingeflossen sind. Hier gilt es jetzt zu schauen, wie es weiter geht.



Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Liebe Kolleg*innen!

›Stadt der Guten Arbeit‹ ist eine zentrale Forderung des rot-grünen Hamburger Koalitionsvertrages von 2020. In der Erwachsenenbildung ist das keineswegs der Fall. Hier arbeiten viele Lehrkräfte weitgehend prekär, das heißt zu schlechten Honoraren und Löhnen ohne Tarifverträge und ohne soziale Absicherung wie Kranken- oder Rentenversicherung. Das sind die Grundsätze schlechter Arbeit! Die Lehrkräfte und die GEW als ihre Gewerkschaft sind nicht bereit, das länger hinzunehmen und haben dies bei einer eindrucksvollen Demonstration am 29. Januar deutlich gemacht, an der auch die DGB-Vorsitzende Tanja Chawla als Rednerin teilnahm.

Voraus liegt der 8. März, der internationale feministische Kampftag. Er entstand bereits vor dem ersten Weltkrieg. 1975 wurde dann erstmals der *Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden* von der UN ausgerichtet. Die Rechte der Frauen*, die Gleichberechtigung und der Frieden können eng beieinander liegen. Dies führen auch die biografisch-literarischen Texte im Thementeil dieser Ausgabe der hLz vor Augen, die sich ›Weiblichen* Bildungsbiografien‹ widmet. Manchmal zwischen den Zeilen oder doch in aller Deutlichkeit ergibt sich in diesem pointierten Schwerpunkt immer wieder die Möglichkeit zum Bezug auf Aktuelles. Einen herzlichen Dank hierfür an die Redaktion!

hLz-Notiz

Titelthema zum 8. März: Weibliche* Bildungsbiographien

8 Bekliyoruz | Wir warten

Ein Gedicht von Semra Ertan

10 Ihr Name ist Semra Ertan

Lilith Daxner befragt das Erbe der Poetin, Arbeiterin und politischen Aktivistin Semra Ertan

13 Hexen gegen Rassismus

Yasemin Yıldız erzählt über ihre Zeit bei der antirassistisch-feministischen migrantischen Frauengruppe *Cadı Kazanı* (Hexenkessel), und warum sie Deutschland verlassen hat

22 Gemeinsam kämpfen: Erinnerungen an meine 50 Jahre in der GEW

Karin Haas blickt zurück auf ihr langjähriges gewerkschaftliches und antirassistisches Engagement

30 Erinnern ist Befreiung

Susanne Berg über Gabriele Teckentrups Interviewband ›Frauen in der 68er Bewegung‹

31 »Es geht darum, sich die eigene Geschichte anzueignen«

Ein Gespräch mit der Psychoanalytikerin Gabriele Teckentrup über die unbewussten Beweggründe des Aufbruchs der 68er-Frauen* (Antje Géra)

38 Es ist nie zu spät!

Eva Klock über die vom AfGG veranstaltete Lesung von Gün Tanks Roman ›Die Optimistinnen‹

39 Ein starker AfGG für starke Frauen* in der GEWERKSCHAFT

Yvonne Heimbüchel würdigt das Engagement des AfGG (Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik)

GEW Hamburg

46 »Wir waren sichtbar, wir waren laut, wir waren viele...!«

Die Arbeitskampfleitung der GEW Hamburg über den Tarifkampf TV-L 2023

52 Krise im Hamburger Kita-Bereich?

Die *GEW-Betriebsgruppe Elbkinder Kitas und GBS* ermutigt, sich gegen das Abwälzen der Krisensituation auf die Beschäftigten zu wehren

52 Sozialarbeiter*innen wollen das Zeugnisverweigerungsrecht!

Varsenik Vardanyan über eine notwendige Reform des § 53 StPO

54 Wie macht's eigentlich Niedersachsen?

Andrea Oltmanns berichtet über den Informationsabend des PuR zu Alternativen zum Hamburger Religionsunterricht

58 Einmischen und Engagieren weiterhin dringlich!

Marianne Hansen, Christel Sohns und Wolfgang Raabe berichten über die Tätigkeit der Betriebsgruppe Ruheständler*innen

Hamburger Lehrkräfte-Arbeitszeitstudie

60 Arbeitszeit von Lehrer*innen ist messbar!

Die GEW Hamburg zum erfolgreichen Start der Arbeitszeit- und Belastungsstudie

Antifa

63 Rechtsoffen?

Stellungnahme der Vorsitzenden der GEW Hamburg zu den aktuellen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen

64 Letzter Aufruf zur Kurskorrektur

Die hlz-Redaktion zur Veranstaltung »Rechtsoffen – reales Problem oder Kampfbegriff?«

Hamburg (post-)kolonial

69 Wem sind Sie auf die Füße getreten, Herr Zimmerer?

Ein Interview mit Jürgen Zimmerer, dem Leiter der Forschungsstelle ›Hamburgs (post-)koloniales Erbe‹ über deren bedrohten Fortbestand (Joachim Geffers und Manni Heede)

73 Hamburg: Tor zur kolonialen Welt

Manni Heede empfiehlt den gleichnamigen Sammelband

Lesen!

56 Jemanden zum Pferde stehlen...

Susanne Drogi über die Fachtagung der AJuM zum Thema ›Freundschaft in Kinder- und Jugendmedien‹

57 Wie malt man ein Gedicht?

Astrid Henning-Mohr und Gudrun Stenzel über eine Veranstaltung zum Zusammenspiel von Lyrik und Illustration

75 Ein gestaltender Bildungspolitiker in bewegten Zeiten

Rainer Griep empfiehlt Hans-Peter de Lorents Biografie über Dieter Wunder

Rubriken

3 hlz-Notiz

6 Editorial

61 Leser*innenbriefe

81 Impressum

Termine

36 Erinnern für die Zukunft: Lesung mit Gabriele Teckentrup (24.04.)

38 Maria Montessori: La nouvelle femme, Filmpräsentation (05.03.)

40 Warm Up zum Internationalen Frauentag (07.03.)

53 Gewerkschaftstag der GEW Hamburg (30.04.)

59 Jahresversammlung der BG Ruheständler*innen (06.03.)

74 GEW Salon: Aufarbeitung braucht Wissen (06.03.)

78 Lesung der Dieter-Wunder-Biografie (29.02.)

79 gba: gendersensibel und digital souverän

80 Gesund in den Ruhestand (27.02., 26.03., 30.04.)

81 Termine Geschäftsstelle



¡A las barricadas!

Wer hätte gedacht, dass solche Massen für Antifaschismus über Rathausplätze und Fußgängerzonen fluten? Wie schön, oder? Nur ist es nicht damit getan, für diesen Antifaschismus Partei zu ergreifen. Es gilt, antifaschistische Bündnisse in unseren Stadtteilen zu unterstützen, ob nun mit unserer körperlichen Schaffenskraft, mit unserer Stimme oder mit Gedichten. Auch geht's um Geld: Praktischer Antifaschismus produziert Verfahrenskosten, dutzende Antifaschist*innen stehen vor Gerichten, weil sie auf unterschiedliche Weise getan haben, was viel mehr Leute praktizieren müssten, damit wir nicht in einer *rechtsalternativen* Bundesrepublik aufwachen werden. Viel mehr Leute sollten sich auch dafür einsetzen, dass wir uns keine Pressekonferenzen von Christdemokrat*innen oder Liberalen mehr anhören müssen, die aus reiner ›Vaterlandsliebe‹ das große Opfer fürs ›Gemeinwohl‹ bringen wollen und die *Alternative für Deutschland* in einer Regierungskoalition ›entzaubern‹ möchten. Dieses Schauspiel wurde nicht nur einmal in ›deutschen Zuständen‹ (Marx 1844) aufgeführt. Und es ging immer schief.

Parteilich zu sein, das bedeutet eben: *nicht* parteiisch zu sein. Das wird häufig miteinander verwechselt. Gewerkschaften sind keine neutralen Serviceagenturen, die den spezifischen Interessen ihrer Berufsgruppen entsprechen, sondern sie müssen sich um das große Ganze Gedanken machen. Ihre Mittel sind begrenzt, unser aller Zeit ist endlich und wir müssen genau schauen, welchen kommenden Kämpfen wir uns verpflichten. Und da der Kaiser ja schon länger vom Pferd fiel und es hier doch noch relativ stabile Institutionen gibt, sollten wir auf möglichst vielen Ebenen, mit unterschiedlichen Mitteln und Praxen tätig werden, um diese ›Rechtswende‹ nicht bloß zu wenden, sondern um ihre geschichtliche Überholtheit zu verwirklichen. Das wird zäh und keine Demonstrationswelle wird uns diese Freiheit sichern. Antifaschismus bleibt Hand- und vor allem: Landarbeit.

Wir bedanken uns nicht nur beim Correctiv-Kollektiv, welches im Wesentlichen die Recherchearbeit trug, die diese Welle ermöglichte. Sondern wir erinnern auch an all die undogmatischen und beweglichen Antifaschist*innen, die seit den 1970ern die Arbeit gemacht haben, welche die deutschen Behörden über viel zu lange Zeit nur ungern anfassenden wollten. Wer schon einmal eine Party von

einer Nazibande gecrasht bekam, der weiß, wie intensiv, gewalttätig und viel zu oft tödlich die frühen 90er Jahre waren. Wenn die Polizei sich dann doch mal bequem hatte, am Ort des Geschehens aufzutauchen, dann wollte sie meist erst einmal wissen, ›welche Leute denn hier gefeiert hätten‹, um zu schlussfolgern: ›bei den Frisuren und so einem Kleidungsstil sei es doch gar nicht so abwegig, dass sich die ›Dorfjugend‹ eben provoziert gefühlt haben mag‹. Wir sollten uns all der Praktiker*innen der ›Baseballschlägerjahre‹ erinnern, die sich einsetzten, als es darum ging, die Wohnungen von Geflüchteten zu schützen, Verfolgten Unterschlupf zu organisieren und zu verhindern, dass weitere Morde und Gewalttaten von Nazis begangen werden. Das bedeutete eine Selbsthilfe zu organisieren, die sehr rasch mit Repression bedroht wurde, völlig gleich, wie militant diese Organisationsversuche nun wirklich waren. Das ist leider immer noch bittere Realität für Antifaschist*innen im Erzgebirge oder der Sächsischen Schweiz, irgendwo in den Dörfern der Schwäbischen Alb oder im Vogelsbergkreis. Gerade dort diese Kundgebungen zu unterstützen, ob nun materiell oder ideell, wird unfassbar wichtig. Auf die vielfältigen Praktiken des Antifaschismus wird es besonders im Osten ankommen. Dort ist die Gefahr einer neurechten Landesregierung am dringlichsten und die Engagierten dort müssen daher auch auf Solidarität für ihre Arbeit zählen können.

»Retrospektive Interventionen«

Antifaschistische Arbeit heißt aber auch: So vielfältig wie die Wirklichkeit, so radikal wie die gesellschaftlichen Verhältnisse! Dazu gehört, die Lebensgeschichten von Frauen* sichtbar zu machen, sie zu veröffentlichen, sie weiterzuerzählen. Unsere Gewerkschaft hat schon lange eine Mehrheit von Frauen*, die noch immer viel zu selten im Vordergrund sind. Den Schwerpunkt unserer Ausgabe zum 8. März, dem internationalen feministischen Kampftag, legten wir daher auf das Thema *Weibliche* Bildungsbiographien*. Es geht um Bildungswege zum politischen Engagement. Wie der Widerstand von Frauen, die sich zur Zeit der 68er Revolten politisierten, zusammenhängt mit einer nicht geleisteten Erinnerungsarbeit der mit Nazideutschland verstrickten Elterngeneration, dem gehen wir in einem Gespräch mit Gabriele Teckentrop nach. Als eine der von '68 Bewegten begab sich Karin Haas für uns in die Erinnerungs-

arbeit an ihr halbes Jahrhundert gewerkschaftlicher Kämpfe, in denen sie bildungspolitische mit anti-rassistischen Anliegen verband.

In allen Beiträgen unseres Schwerpunkts lässt sich – auch als Kommentar zu den aktuellen Verhältnissen – eine Verbindung zur deutschen Gewaltgeschichte ziehen. Gewidmet ist diese Ausgabe daher dem Erinnern an die Poetin, Arbeiterin und politische Aktivistin Semra Ertan, die in ihrem Schreiben und politischem Wirken für eine gerechtere und bessere Gesellschaft stritt. Semra Ertan kämpfte gegen rassistische Stigmatisierung, sexistische Diskriminierung und drückende Klassenverhältnisse – und verlor doch nie den Blick auch für die Zartheit und Schönheit dieser Welt. Dass das am Ende nicht reichte, um sie dem Leben verbunden zu halten, lässt sich nicht einfach ihrem seelischen und körperlichen Leiden an diesen unhaltbaren Zuständen zuschreiben. Es bleibt die Frage – ganz gleich, welcher Generation wir angehören – wo wir waren, um ihr solidarisch die Hand zu reichen, um ihre Kämpfe – wie die Kämpfe so vieler der frühen und späteren Migrant*innen – auch zu unserer Sache zu machen und dadurch Gründe zum Bleiben zu geben, in allen Bedeutungen dieser Formulierung. – Sind wir jetzt da?

Semra Ertan verbrannte sich in Hamburg öffentlich, weil es im rassistischen Klima Westdeutschlands für sie nicht mehr auszuhalten war. Dass sie nicht vergessen ist, verdanken wir dem Engagement ihrer Schwester Zühal Bilir-Meier und ihrer Tochter Cana Bilir-Meier. Sie gründeten die *Initiative in Gedenken an Semra Ertan*, um sie mit Gedenkveranstaltungen in Erinnerung zu halten. Sie setzen sich für einen Semra-Ertan-Platz in Hamburg ein und tragen ihr Wirken durch die Publikation ihrer Werke weiter. Viel ist zu gewinnen, wenn wir Zühal und Cana Bilir-Meiers Wunsch umsetzen, dass Semra Ertans »Texte auch in Schulen gelesen werden«. Denn es gibt noch immer eine Lücke nicht nur in der Selbsterzählung unserer Gesellschaft, sondern auch in der Selbsterzählung der Frauen*bewegung Deutschlands, weil in diesen Erzählungen das Erbe eines Migrantischen Feminismus kaum präsent ist. Das liegt keineswegs daran, dass dessen Stimmen zu leise wären, sondern daran, dass einer guten Praxis des Zuhörens noch immer zu oft Ignoranz im Wege steht. Für eine Perspektivenveränderung muss man wissen wol-

len. Man muss dann auch damit umgehen können, dass das Neuschreiben dieser Geschichte(n) nicht nur zu einer Neujustierung der eigenen politischen Praxis führen muss, sondern auch zur schmerzlichen Einsicht führen kann, dass hier unermesslich viele Chancen auf ein Zusammengehen und Zusammenkämpfen vertan worden sind – innerhalb feministischer, aber gerade auch innerhalb gewerkschaftlicher Kämpfe. Davon zeugte die im November letzten Jahres vom AfGG veranstaltete Lesung zu Gün Tanks Roman *Die Optimist*innen*, der sich den mutigen und phantasievollen Widerständen der ersten Arbeitsmigrantinnen widmet. Um die nachfolgende Generation geht es im Beitrag von Yasemin Yıldız, die uns teilhaben lässt an ihrem beeindruckenden feministisch-antirassistischen Engagement in der migrantischen Frauengruppe Cadı Kazanı (Hexenkessel), welche im Hamburg der frühen 1990iger Jahre aktiv war. Diese biografische Erzählung ist – zusammen mit all den anderen Beiträgen, welche Encarnación Gutiérrez Rodríguez und Pinar Tuzcu in dem großartigen Band *Migrantischer Feminismus* (2001) zusammenführten – als »retrospektive Intervention« zu verstehen, die als »Bezugspunkt der Gegenwart in die Zukunft ausstrahlt« (15). Es ist auch an uns, das Erbe dieser biographischen Geschichte(n) in der Zukunft zum Strahlen zu bringen.

EURE REDAKTION



Bekliyoruz

Uzat kollarını ılıman kentlerin
Hürriyet kokan denizlerinden
Gençlerin çığlıklarına kulağını ver
Boz bulanık hayallerimizi dağıt temelden
Tutsak isteklerin söylenmemiş sözleridir o yüzler
Hürriyeti asırlarca uzat
Olumlu meyvelerdir gördüğün başlangıçlar
Parlak ufuklar gibi tüket karanlıkları
Unutma ki her nutukta bir başka vadin vardı
Unutulmuş dağların özlem kokularıyla
Dağıt sisleri, karış hayatımıza
Hürriyet fısıldayarak gerçek yap hayalleri
Uzat kollarını kollarımıza
Beraberliğimizde kaybol, in yavaş yavaş

Semra Ertan, Kiel, 26 Kasım 1976

Wir warten

Reiche deine Arme
Aus den milden Städten,
Deren Meere nach Freiheit duften,
Gib dem Aufschrei der Jugend Gehör.
Wirbel unsere verworrenen Träume um,
Diese Gesichter sind die gefangenen Wünsche unausgesprochener Wörter,
Lasst die Freiheit um Jahrhunderte wahren,
Die Anfänge, die du siehst, tragen Früchte
Wie aufstrahlende Horizonte.
Vertreibe die Dunkelheit,
Vergiss nicht, in jeder deiner Reden gab es unterschiedliche Versprechen
Mit den vergessenen und nach Sehnsucht duftenden Bergen.
Vertreibe den Nebel, misch dich ein in unser Leben,
Freiheit, flüsternd lass die Träume wahr werden,
Reiche deine Arme – unseren Armen,
Verschmelze in eins, steige sachte herab.

Semra Ertan, Kiel, den 26. November 1976

Ihr Name ist Semra Ertan

Semra Ertan war Poetin, Arbeiterin und politische Aktivistin. Am 26. Mai 1957 wird sie in der türkischen Hafenstadt Mersin geboren. Sie absolviert die Grund- und Realschule in der Türkei und zieht 1971 zu ihren Eltern nach Kiel. Diese kamen einige Jahre zuvor als sogenannte Gastarbeiter*innen nach Deutschland.

Es ist der 7. November 1981, als Semra Ertan ein Gedicht mit dem Titel *Mein Name ist Ausländer* | *Benim Adım Yabancı* schreibt. Darin beschreibt das lyrische Ich, dass es zum Arbeiten aus der Türkei nach Deutschland kam und wie unwichtig dabei der eigene Name und Charakter wurden. Das Individuum wird unter dem Sammelbegriff »Ausländer« in einer anonymen Masse unsichtbar gemacht.

Zu Beginn heißt es im Gedicht:

Mein Name ist Ausländer./ Ich arbeite hier./ Ich weiß, wie ich arbeite./ Ob die Deutschen es auch wissen?/ Meine Arbeit ist schwer./ Meine Arbeit ist schmutzig./ Das gefällt mir nicht, sage ich./ »Wenn dir die Arbeit nicht gefällt./ Geh in deine Heimat«, sagen sie.

Benim adım yabancı/ Burada çalışıyor/ Nasıl çalıştığımı biliyorum/ Almanlar da biliyor/ İşim ağır/ İşim pis/ Beğenmeyince söylüyorum/ »Beğenmezsen dön vatanına« diyorlar¹

Was bringt einen Menschen dazu, solche Zeilen zu verfassen? Eine zeitliche Einordnung des Entstehungsjahrs des Gedichtes zeigt, dass es sich bei dem kritischen Blick der Dichterin keineswegs nur um eine subjektive Wahrnehmung handelt. Denn die Ablehnung gegenüber als türkisch gelesenen Menschen erreicht in den 1980er Jahren einen sichtbaren Höhepunkt. Ausdruck findet sie beispielsweise in der Gründung der *Hamburger Liste für Ausländerstopp*, welche türkische Arbeitsmigrant*innen für gesellschaftliche Probleme wie Kriminalität, Arbeitslosigkeit und knappen Wohnraum verantwortlich macht. Diese von ehemaligen NPD-Funktionären gegründete Partei tritt 1982 bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg an, wo Semra Ertan

mittlerweile lebt. In ganz Deutschland kommt es in dieser Zeit zu Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen türkische Geschäfte, Einrichtungen und Wohnungen und zu rassistischen Attentaten.²

Die Diskriminierungen, die Semra Ertan erlebt, sind intersektional – sie überlagern sich also gegenseitig. Sie wird benachteiligt, weil sie keine Deutsche ist. Sie erfährt Ablehnung, weil sie eine Frau ist. Und auch innerhalb der türkischen Community wird sie ausgegrenzt, weil sie Teil der arabischsprachigen alevitischen Minderheit ist. Semra Ertan fühlt sich als Mensch zweiter Klasse. Und beginnt, sich gegen diese Umstände zu wehren. Sie nimmt an Demonstrationen teil und dolmetscht ehrenamtlich bei Behördengängen für Nichtdeutschsprachige. Das Schreiben wird ebenfalls zu ihrer Art des Aktivismus. In ihren Gedichten richtet sich die Autorin gegen Rassismus, Sexismus, Klassismus und diskriminierende Zuschreibungen. Und immer wieder appelliert sie an Solidarität und den Mut zum Widerstand. So auch in ihrem Werk »Ratschlag | Ögüt« (Auszug):

Solange ihr nicht erschöpft seid./ Solange ihr den Mut nicht verliert./ Seid ihr stark./ Solange der Feind nicht besiegt/ Und der Hass nicht vergeht./ Werdet ihr Widerstand leisten.

Bilin ki/ Yılgınlık getirmediğçe/ Cesaretini yitirmedikçe/ Bilin ki/ Güçlünüz./ Bilin ki/ Düşman ezilmediğçe/ Nefret eksilmediğçe/ Bilin ki/ Çok direneceksiniz³

Doch im Jahr 1982 zieht Semra Ertan schließlich Konsequenzen aus der alltäglichen Diskriminierung. Sie ist verzweifelt und opfert dem Kampf gegen Rassismus und diskriminierende Zuschreibungen ihr Leben. Beim NDR und ZDF kündigt sie ihren Suizid mit den Worten an: »Ich möchte, dass Ausländer nicht nur das Recht haben, wie Menschen zu leben, sondern auch das Recht haben, wie Menschen behandelt zu werden. Das ist alles. Ich will, dass die Menschen sich lieben und akzeptieren.«⁴

Am 24. Mai 1982 verbrennt sich Semra Ertan an der Kreuzung Simon-von-Utrecht-Straße/Detlev-Bremer-Straße auf St. Pauli öffentlich selbst. Nach

zwei Tagen im Koma verstirbt sie an den Folgen ihrer Verbrennungen. Es ist der Tag ihres 25. Geburtstags.

Lange ist Semra Ertans Werk in Deutschland weitgehend unbekannt. Das ändert sich 2018, als ihre Schwester Zühal Bilir-Meier und deren Tochter Cana die *Initiative in Gedenken an Semra Ertan* gründen und Gedenkveranstaltungen in Hamburg organisieren. Es sind auch diese beiden Frauen, die aus den etwa 350 hinterbliebenen Gedichten 82 auswählen und im Dezember 2020 den zweisprachigen Gedichtband *Mein Name ist Ausländer Benim Adım Yabancı* herausbringen. Noch zu ihren Lebzeiten wünscht sich Semra Ertan die Veröffentlichung ihrer Werke. Doch weil sie keinen Verlag für eine Publikation findet, kommt es nicht dazu. In Anbetracht der Tatsache, dass die Gedichte nun vier Jahrzehnte in einer Kiste verschlossen lagen und erst jetzt veröffentlicht werden konnten, werfen Zühal und Cana Bilir-Meier zu Recht die Frage auf, wie viele Archive von anderen migrantischen Künstler*innen wohl verloren gegangen sind, weil ihnen Blick und Gehör verwehrt wurden.⁵

Als ich das erste Mal ein Gedicht von Semra Ertan las, war ich beeindruckt. Beeindruckt von ihrem Hinterfragen geltender Normen und von ihrem Kampf für eine gerechtere Welt. Beim Schreiben dieses Texts stelle ich mir zahlreiche Fragen: Gäbe es weniger rassistische Zuschreibungen, wären antifaschistische Werke wie Semra Ertans schon in den 1980er Jahren veröffentlicht worden? Was bewirkt ihre Zugänglichkeit im Einwanderungsland Deutschland heute? Semra Ertan war 25, als sie starb. Ich bin 25, als ich diesen Text schreibe. Warum ist es für mich einfacher, diesen Text zu veröffentlichen, als es für Semra Ertan gewesen wäre? Welche Verantwortung trage ich als Schreibende, um keine stigmatisierenden Narrative zu bedienen? Und immer wieder: Wie werde ich Verbündete, um als Teil der weißdeutschen Mehrheitsgesellschaft zu verhindern, dass sich die tragische Geschichte von Semra Ertan wiederholt?

Semra Ertan hat uns ein reiches künstlerisches Erbe hinterlassen, das durch die Veröffentlichung ihres Gedichtbandes nun endlich sichtbar ist. Aus dem Talmud zitiert die *Initiative in Gedenken an Semra Ertan*: »Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist«⁶. Damit Semra Ertan nicht vergessen wird und ihr Werk sichtbar bleibt, fordert die Initiative eine Gedenktafel und die Umbenennung einer Straße oder eines Platzes zu ihren Ehren. In Kiel-Friedrichsort ist 2023 ein Semra-Ertan-Platz eingeweiht worden. In Hamburg ist es bisher noch nicht geschehen.

LILITH DAXNER



Lilith Daxner hat Politik, Geschichte und Soziologie in Lüneburg, Erfurt und Beirut studiert und beschäftigt sich heute vor allem mit Protest, Gewalt und Antisemitismus.

Ihr Text erschien zuerst in GENZ – *Das junge Magazin der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg*, Sommer 2022, Ausgabe Nr. 2. Wir empfehlen allen Pädagog*innen, ihren Schüler*innen wärmstens die Webseite und den Blog von GENZ ans Herz zu legen: <https://www.genz-hamburg.de/blog>.

Anmerkungen

¹ Semra Ertan: *Mein Name ist Ausländer* | Benim Adım Yabancı, in: Zühal Bilir-Meier und Cana Bilir-Meier (Hg.): *Semra Ertan. Mein Name ist Ausländer* | Benim Adım Yabancı, Münster: edition assemblage 2020, S. 176.

² Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg (Hg.): *Rechtsextremismus in Stichworten. Ideologien - Organisationen - Aktivitäten*, 2001, S. 54, <https://www.hamburg.de/contentblob/233158/54821051d372aa3ead3ca04347a66c08/data/rechtsex-stichwortbroschuere.pdf> und o. V.: *Ausländer: »Das Volk hat es satt«*, Der Spiegel 18/1982, <https://www.spiegel.de/politik/auslaender-das-volk-hat-es-satt-a-a4b0c7a4-0002-0001-0000-000014348246?context=issue>.

³ Semra Ertan: *Ratschlag* | Ögüt, wie Anm. 1, S. 166.

⁴ Ebenda, S. 176.

⁵ Ebenda, S. 8.

⁶ Initiative in Gedenken an Semra Ertan: *Gedenken an Semra Ertan – Mai 2021*, <https://semraertaninitiative.wordpress.com/>.

Die Initiative in Gedenken an Semra Ertan

Die Initiative in Gedenken an Semra Ertan | *Semra Ertan'ı Anna İnisyatifi* kämpft weiterhin für einen Semra-Ertan-Platz in St. Pauli. Der Quartiersbeirat Wohlwillstraße hat dem Vorschlag, den bisher namenlosen Platz zwischen Clemens-Schultz-Straße/Detlev-Bremer-Straße/Annenstraße in Semra-Ertan-Platz umzubenennen, bereits zugestimmt. Eine Verhandlung hierzu im Cityausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte steht noch immer aus.

Auch in diesem Jahr wird wieder eine von der Initiative organisierte Gedenkveranstaltung für Semra Ertan stattfinden, am Samstag den 25. Mai 2024 in St. Pauli! Weitere Informationen zur Initiative, der Forderung nach einem Semra-Ertan-Platz sowie zur Gedenkveranstaltung finden sich hier: <https://semraertaninitiative.wordpress.com/>.

Hexen gegen Rassismus

Über die »Zeit, wo du zum einen die politische Auseinandersetzung hattest, zum anderen aber auch Raum für Ästhetik, Körper und Musik«

Yasemin Yıldız ist Associate Professor für Germanistik und Komparatistik an der University of California in Los Angeles (UCLA). Zuvor unterrichtete sie an der University of Illinois und war Gastprofessorin an der Harvard University. In den 1990er-Jahren war sie Teil der migrantischen Frauengruppe Cadı Kazanı (Hexenkessel) in Hamburg. Die Gruppe setzte sich für eine antirassistische migrantisch-feministische Politik ein. Yasemin erzählt uns über die Cadıs (Hexen) und warum sie Deutschland verlassen hat.

Ich wurde in der Türkei geboren und war vier Jahre alt, als wir nach Deutschland zogen. Mein Vater kam mit der letzten Welle von Gastarbeiter*innen und holte meine Mutter, meinen Bruder und mich ein Jahr später nach. Wir wohnten zuerst in einem kleinen Ort in der Nähe von Bielefeld, sind aber ziemlich bald nach Bremen umgezogen, wo ich in Gröpelingen, einem klassischen Arbeiterviertel, aufgewachsen bin. Ich habe meine gesamte Schulzeit dort verbracht und am Schulzentrum Rübekamp Abitur gemacht. Mein Vater war Hilfsarbeiter in einer Chemiefabrik und meine Mutter Putzfrau im Krankenhaus. Er war Kurde aus Ağrı im Osten der Türkei und sie türkische Yörük aus dem Westen. Beiden wurde in ihrer Kindheit ein Schulbesuch vorenthalten. Das hat sie ein Leben lang geschmerzt. Daher haben sie Bildung sehr, sehr hochgeschätzt und mich in dieser Hinsicht immer unterstützt.

Mein Vater war Autodidakt, der sich das Lesen und Schreiben selbst beigebracht hat, und sehr politisch eingestellt. Er war jahrelang stolzes SPD-Mitglied und hat uns in den 1980ern jedes Jahr zu den bundesweiten *Newroz*-Feiern mitgenommen. Im Urlaub hat er kurdische Kassetten in die Türkei geschmuggelt, als die Sprache dort noch verboten war. Mein Vater wäre gern Philosoph oder etwas Ähnliches geworden, wenn er die Chance auf Bildung gehabt hätte. Aber er hat mich intellektuell sehr gefördert und sehr viel mit mir über Politik und die Welt diskutiert. Er hat auch immer wieder gesagt: »Eine Frau muss ihre eigene Arbeit und ihr eigenes Einkommen haben, damit sie unabhängig ist und nicht unterdrückt wird.« Er hat mich deshalb auch darin bestärkt, auf Frauendemos zu gehen. In der Rhetorik war er prima. In der Praxis aber nicht ganz so. Er hat sich zum Beispiel meiner Mutter gegenüber nicht dementsprechend verhal-

ten. Mir hat er auch immer gesagt, ich solle mich keinem Mann unterwerfen, aber natürlich mit der Ausnahme von ihm.

Ich würde sagen, dass ich aufgrund dessen ziemlich früh eine Art feministisches Bewusstsein entwickelte, das dann auf dem Gymnasium konkrete Formen angenommen hat. In der Oberstufe war ich Teil einer Gruppe von Schülerinnen, ich glaube, wir haben das »Frauen AG« genannt. Gegründet hat das zunächst eine Geschichtslehrerin. Zu dieser Zeit habe ich Simone de Beauvoir und ganz viele Biographien von Frauen gelesen. Alexandra Kollontai ist mir davon im Gedächtnis geblieben. In den Lebenswegen und Taten anderer Frauen habe ich nach Inspiration für meinen eigenen Weg gesucht.

Die Frauen AG führte dann noch weiter zu einer Art *Consciousness-Raising*. Wir haben alles nach dem Geschlechtsprinzip befragt und ganz viele Sachen sind uns plötzlich klar geworden. Zum Beispiel fiel mir erst dann auf, dass wir im gesamten Leistungskurs Deutsch nur eine einzige Autorin gelesen haben. Wir haben also die Lehrinhalte in Frage gestellt. Ich habe aber auch unsere Schule – ein Schulgebäude, das ich geliebt habe – mit neuen Augen gesehen. Wir haben uns z. B. die Toiletten angeguckt und festgestellt, dass alle Mädchentoiletten kleiner waren als die Jungstoiletten, obwohl die Jungs dort viel weniger Zeit verbracht haben als wir. Also wir haben plötzlich für alles ein ganz neues Raster gehabt. Nach unseren Beobachtungen haben wir beschlossen, einen »Preis« für Sexismus zu vergeben und ein Poster mit der Vergabe der »Schrumpelrübe am Band« aufgehängt. Es gab einen unglaublichen Backlash dagegen. Auf den Aufruhr und vor allem auf die Sprache, die gegen uns benutzt wurde, haben wir auf einem weiteren Poster geantwortet. Es gab sogar einen kleinen Zeitungsbericht über uns in der Lokalzeitung. Das war 1988.

Ich bin dann mit 18 Jahren gegen den Willen meiner Eltern von Zuhause ausgezogen. Es war für uns als Familie eine sehr schwierige Zeit und wurde erst besser, nachdem ich zum Studium nach Hamburg zog. Ich war zunächst eine der wenigen aus meinem Jahrgang, die überhaupt aus der Stadt weggezogen sind. Das war gerade um die Zeit des Mauerfalls. Ich hatte damals schon eine eigene

Verleihung der „Schrumpelrübe am Band“ war ein gezielter Stich ins Wespennest

Mädchen am SZ Rübekamp gegen Sexismus an Schulen / Arbeitskreis gegründet

brp. Es war nur eine kleine Notiz in der Frauenzeitschrift „Emma“. Sie gab den ersten Anstoß. Dort las Ingrid Davids, Lehrerin am Sekundarstufe-II-Zentrum Rübekamp, einen Aufruf zur Recherche zum Thema „Sexismus an Schulen“. Hatte sich nicht selbst im Geschichtsunterricht große Lücken in „Frauengeschichte“ entdeckt? Gab es nicht Untersuchungen über Benachteiligung von Mädchen im naturwissenschaftlichen Unterricht? Wie sah die Wirklichkeit an ihrer eigenen Schule aus? Die Lehrerin rief zur Gründung einer Frauen-Arbeitsgemeinschaft auf — und zehn Mädchen kamen zum ersten Treffen.

Dies war zu Beginn dieses Schuljahrs. Die Mädchen ahnten damals noch nicht, welche Folgen ihre AG in der Schule hervorrufen sollte. „Männliche Anmache“ wählten sie zum ersten Thema und fanden an der eigenen Schule den Anlaß dafür. Ein Beispiel: Einige Halbwüchsige hatten es wohl „lustig“ gefunden, Mädchen im Umkleideraum der Turnhalle zu belästigen. Das erste AG-Protokoll machte diesen Vorfall öffentlich, verlieh den Mini-Chaouis die „Schrumpelrübe am Band“.

Die Reaktionen etlicher Schüler auf diese „Auszeichnung“ waren heftig: getroffene Hunde bellen. „Männer, wollen wir uns von diesem Feministinnenpack unterjochen lassen?“ fragte eine „Männer-Initiative“ per Plakat und zeigte auch gleich eine Lösung auf: In Zukunft könnten Mädchen und Jungen ja zusammen duschen, um solche Vorfälle zu vermeiden. Aber: Es kamen auch positive, unterstützende



Zeitungsartikel zur Frauen-AG im Weser Kurier vom 20. Dezember 1988, beigetragen von Yasemin Yildiz

den Briefe von Mitschülern. Enttäuscht war die Gruppe mit Antje, Sylvia, Claudia, Ulrike, Yasemin, Nuray, Christina und Marita ein wenig über ihre eigenen Geschlechtsgeossinnen. Die hätten zum Teil privat zugestimmt, meint Yasemin, „aber öffentlich äußerten sie sich kaum“.

Trotzdem: Die Diskussion an der Schule begann. Es sprach sich schnell herum, wer in der Frauen-AG mitmacht. Die Mädchen hatten einiges zu ertragen, sie mußten sich in ihren Gruppensitzungen regelrechte Strategien überlegen, wie sie auf diese Anmache reagieren sollten. Mit ihrem „Protokoll 2“ wehrten sie sich vor allem gegen die verbalen Belästigungen, dumme Sprüche wie „ja, ja, unsere pruden Mädchen“. Sie kritisierten die anreizende Werbung für ein Schulfest in der Langen Reihe. Die Initiatoren hatten über das Schulmikrofon zu ihrer Fete eingeladen und den holpernden Spruch abgelaufen: „Wollt ihr geile Mädchen sehen, müßt ihr zu unserer Schulfete gehen.“ „Das“, so Sylvia, „wirkte auf alle peinlich.“

Die Frauen der AG wurden ein wenig in die Ecke „Männerhasserinnen“ gestellt, erzählt Ingrid Davids. Um da wieder herauszukommen, wechselte die Gruppe bewußt das Thema. Sie untersuchte nun die Geschlechterverteilung im naturwissenschaftlichen Unterricht. Wieder stieß man in ein Wespennest. Im Durchschnitt besuchen nur 18 Prozent der Schülerinnen in der Oberstufe einen Leistungskurs in Mathematik, Physik oder einen Grundkurs in Informatik. Dies entspricht übrigens dem bundesdeutschen Durchschnitt. Auch das Protokoll löste heftige schulinterne Diskussionen aus. Die Frauen-AG und ihre Arbeit wurde zum Thema des Unterrichts. An der pädagogischen Diskussion ging die Frauenproblematik bisher fast völlig vorbei“, meint Ingrid Davids und sieht als Grund auch die Überalterung der Kollegien.

Das Sek.-II-Zentrum Rübekamp ist inzwischen

von der Frauen-Thematik „infiziert“. Ingrid Davids initiierte eine Lehrerinnen-Runde und das Thema der Entmutigung von Mädchen in den Naturwissenschaften macht weiterhin die Runde. Daran möchte die AG im kommenden Halbjahr weiterarbeiten. Mit einer Informatikerin soll darüber öffentlich diskutiert werden. Kontakte zu ähnlichen Gruppen an anderen Bremer Schulen sind erwünscht und am Schulzentrum Rübekamp werden noch Mitstreiterinnen gesucht. Wer Kontakt zu der Gruppe aufnehmen möchte, kann unter der Nummer 6 18 33 00 Ingrid Davids erreichen.



Die Gesten sind unmißverständlich: Lehrerin Ingrid Davids (Mitte) und diese Mädchen ziehen mit ihrer Frauen-Arbeitsgemeinschaft gegen Sexismus und „Anmache“ am Gymnasium im Schulzentrum Rübekamp zu Felde. (eb) Foto: Jochen Stoss

Wohnung, aber keinen Fernseher und habe daher all die berühmten Bilder im Fernsehen verpasst. Stattdessen bin ich mit Freund*innen eine Woche nach dem Mauerfall nach Berlin gefahren und habe mir das Geschehen vor Ort selbst angeguckt. Ich habe sogar selber ein winziges Stück aus der Mauer herausgebrochen.

Ich weiß noch, da war so ein Moment irgendwo in der Nähe des Reichstags. Eine deutsche Flagge wehte am Nachthimmel und das ganze sah sehr dramatisch aus. Die Leute um mich herum, inklusive einige meiner Freund*innen, waren sehr bewegt. Ich dachte auch: »Das sieht irgendwie beeindruckend aus«, hatte aber auch so ein mulmiges Gefühl dabei, was das alles bedeutete. Denn ich war ganz klar antinationalistisch eingestellt. Berlin war mir damals etwas zu chaotisch, deshalb habe ich mich entschieden nach Hamburg zu ziehen.

Cadis are coming! »Eine Gruppe, wo du ohne Scham alles sagen, sein und mögen konntest«

Es war ein riesiger und einschneidender Zufall, dass ich bei der Wohnungssuche ein WG-Zimmer bei Sevda Akgün gefunden habe und bei ihr eingezogen bin. Sevda war eine ganz wichtige Figur für mich und für viele andere Frauen in Hamburg, die ich gerne betonen würde und die leider später mit 42 an Krebs gestorben ist. Damals war sie Ende 20, hat Sozialpädagogik studiert und im Mädchentreff in Kirchdorf-Süd gearbeitet. Kirchdorf-Süd ist so eine Hochhaussiedlung in Hamburg. Sie hat dort eine Gruppe für migrantische Mädchen geleitet. Sevda war nicht nur hochintelligent, sondern auch sehr pragmatisch veranlagt, *tough* und zugleich unglaublich ordentlich. Sie wollte immer lieber was Konkretes auf die Beine stellen als zu theoretisieren. An dem Tag des eigentlichen Umzugs, kurz nach dem Tag der deutschen Wiedervereinigung, habe ich dann Sevdas Freundinnen kennengelernt, die alle zu zentralen Frauenfiguren in meinem Leben geworden sind. Das waren die ganzen *Cadis* (ausgesprochen »Dschaddes«) also »Hexen«. Sie hatten damals schon die Gruppe *Cadı Kazanı* (Hexenkessel, ausgesprochen als »Dschadde Kasane«) als eingetragenen Verein gegründet.

Das konkrete Ziel von *Cadı Kazanı* war es, einen Zufluchtsort für junge Mädchen und Frauen aus der Türkei zu schaffen, was wir später auch tatsächlich realisierten. Damit passten wir einerseits perfekt in die Entwicklungslinie der westdeutschen Frauenbewegung, andererseits gingen wir über sie hinaus. Die Frauenbewegung in der BRD hatte sich nach

den 1970er-Jahren verändert hin zu einer Frauenprojektebewegung und die meisten Energien sind in diese ›Projekte‹ eingeflossen. Frauenhäuser, Frauenläden, Frauengesundheitszentren, Frauenbibliotheken usw. waren die dominante Form, Politik umzusetzen. Auch wir verfolgten feministische Arbeit in der Form eines solchen konkreten Projekts. Wir wollten zuerst ein Konzept schreiben, mit dem wir bei den Behörden Gelder beantragen wollten, und haben dann ein ganzes Jahr lang daran gearbeitet. Das war der eigentliche Kernpunkt unserer Arbeit. Das Konzept basierte auf Sevdas Diplomarbeit in Sozialpädagogik. Wir haben ihr Diplom Satz für Satz, Wort für Wort durchdiskutiert, bis wir alle mit dem überarbeiteten Text komplett einverstanden waren. Das Wichtigste war, dass wir wirklich einstimmig beschlossen, was wir da schrieben. Einstimmig bedeutete in dem Fall, dass jede absolut zufrieden mit der Analyse und der Formulierung sein musste und selbst die geringsten Zweifel ernst genommen wurden. Das war eine Art radikaldemokratischer Anspruch, den wir an uns stellten.

Wir haben uns ein ganzes Jahr lang einmal die Woche abends getroffen. Bei jedem Treffen haben wir Protokoll geführt. Zum Teil mussten wir uns um Sachen wie das Vereinsregister oder die Steuern kümmern. Aber ansonsten ging es darum, wirklich das Konzept durchzudiskutieren: »O. K., was ist die Situation, um die es uns geht? Was sind die Begriffe, die wir benutzen wollen? Wie analysieren wir die Situation? Was genau wollen wir?« Wir haben in dem Prozess sehr viele Erfahrungen reflektiert und verarbeitet. Dieser Prozess war sehr intensiv und wurde von allen sehr ernst genommen. Um eine richtige *Cadı* zu sein, musstest du regelmäßig zu den Treffen kommen und einen sehr wichtigen Grund haben, wenn du gefehlt hast. Die Treffen selbst brachten so viele Facetten zusammen. Zum Beispiel konnten wir am Anfang des Treffens ausgiebig Lippenstifte vergleichen und danach um jedes Wort einer Passage des Konzeptes kämpfen.

Wir wollten durch *Cadı Kazanı* eigentlich einen Ort schaffen, den wir selbst gerne gehabt hätten, aber nie hatten, nämlich einen Ort, wo sich die Mädchen weg vom Druck sowohl der Eltern als auch der deutschen Mehrheitsgesellschaft eigenständig orientieren und definieren konnten. Dieser Ort sollte eine staatlich geförderte Alternative zu den gängigen Mädchenhäusern sein, wo eben vor allem der zweite Teil, der Druck von der deutschen Seite, alles ›Türkische‹ abzulegen, sehr stark war.

Ich war nie in einem Mädchenhaus, aber ich habe diesen doppelten Druck selbst immer wieder erlebt. Ich musste mich deutschen Freund*innen

und Fremden gegenüber ständig offenbaren und meine Situation erklären. Es schien für alle Seiten ganz klar zu sein, dass die Eltern zu verlassen auch bedeutete, die türkische Kultur komplett aufzugeben, denn es galt als selbstverständlich, dass du als Mädchen nicht selbstbestimmt in der türkischen Kultur leben konntest. Ich hatte das damals auch sehr verinnerlicht und mich tatsächlich von der türkischen Kultur distanziert. Ich habe zu der Zeit zum Beispiel praktisch kein Türkisch mehr gesprochen. Dann habe ich irgendwann angefangen Sezen Aksu zu hören. Eine neue Form von türkischer Popmusik war gerade im Entstehen und hat mir auch sehr gefallen. Aber ich konnte das nicht mit meinen deutschen Freund*innen teilen, weil für sie alle Aspekte türkischer Kultur irgendwie komisch waren und da ich das so verinnerlicht hatte, habe ich mich vor ihnen richtig dafür geschämt, diese Musik zu mögen.

Vor diesem Hintergrund war es ein so unbeschreibliches Gefühl, plötzlich in einer Gruppe zu sein, wo du ohne Scham alles sagen, sein und mögen konntest, was du wolltest. Im Verein waren wir alle türkeistämmige Frauen, aber mit unterschiedlichen Hintergründen und unterschiedlichen Alters. Wir waren damals zwischen 20 und 40 Jahre alt. Hamide ist selbst als Gastarbeiterin nach Deutschland gekommen und gehörte daher der ersten Generation an. Perihan dagegen kam in den späten 1970ern als Studentin, während wir anderen der zweiten Generation angehörten, wobei einige von uns in Deutschland geboren wurden und andere als Kinder oder Jugendliche herzogen. Eine war wie ich auch halb kurdisch, andere waren Azeri und so weiter. Die meisten von uns bevorzugten Deutsch als Hauptsprache, aber wir alle wechselten ständig zwischen den Sprachen hin und her. Unsere Selbstbezeichnung *Cadıs* war ja auch so eine Mischform aus dem türkischen Wort *cadı* und dem deutschen Plural-s (auf Türkisch müsste es *cadılar* heißen).

Wir hatten also eine teilweise ähnliche Migrationsgeschichte, Bezüge zur Türkei, Sensibilisierung gegenüber unseren Erfahrungen in Deutschland und eine feministische, antinationalistische und politisch linke Einstellung, wobei diese auch sehr unterschiedlich ausgeformt war. Das war auch das, was für mich die *Cadıs* so ausmachte, nämlich, dass wir so vieles gemeinsam hatten und doch alle so unterschiedlich waren — und vor allem so unterschiedlich und einzigartig sein durften, wie wir wollten. Was wir auch teilten, war unser Fokus auf Veränderung in Deutschland. Das war zum Beispiel ein Unterschied zu den türkischen Exilant*innen, die in den siebziger oder achtziger Jahren hergekommen waren. Für die war das nicht so selbstverständlich. Sie hingen noch an ihren Kämpfen in der

Türkei. Ich fand alle diese *Cadı*-Frauen vom ersten Tag an so toll. Ich fand sie alle wunderschön. Ich fand sie alle so stark und so beeindruckend.

Hexen gegen Rassismus: »Wir dachten nur: ›Sie killen uns‹«

Nachdem wir ein Jahr lang am Konzept gearbeitet hatten und fast fertig waren, stellten wir fest, dass das Wort »Rassismus« dort nirgendwo auftauchte, obwohl es so zentral war, für das, was wir beschreiben. Das Wort Rassismus war bis dahin einfach nicht in unserem Vokabular gewesen. Es war aber genau der Begriff, der gefehlt hatte. Ich glaube, er hat uns so lange gefehlt, weil die meisten von uns ja sehr deutsch sozialisiert waren und die Grenzen des Diskurses, wo es dieses Wort für die deutsche Gegenwart nicht gab, teilten und wir uns erst mal da herausarbeiten mussten.

Als die rassistischen Übergriffe nach der Wiedervereinigung zunahmen, besonders im Rahmen der sogenannten Asyldebatte und den damit verbundenen Ausschreitungen in Hoyerswerda und anderswo, hat sich dann auch unser Blick weiter verschoben und die meisten von uns *Cadıs* wurden zusätzlich in antirassistischen Kontexten aktiv. In einem Fall bin ich z. B. mit einer Soli-Karawane nach Greifswald mitgefahren. Das muss im Herbst 1991 gewesen sein. Ein Flüchtlingsheim war dort angegriffen worden, die Flüchtlinge konnten nicht raus und wurden bedroht. Eine ganze Reihe von Autos und Bussen sind daraufhin aus Hamburg nach Greifswald losgefahren, um die Menschen rauszuholen. Wir waren so eine Art Begleitschutz. Als wir unterwegs kurz an einer Tankstelle in Ostdeutschland anhalten mussten, haben wir aber selber richtig Angst gehabt.

Dann haben wir dieses Flüchtlingsheim gesehen, die Fensterscheiben waren zerschlagen. Die Steine, die durch die Fenster geworfen worden waren, lagen teilweise noch auf dem Boden. Die Menschen waren total verängstigt. Wir haben sie nach Hamburg geholt, wo einige ins Kirchenasyl gegangen sind. Paradoxerweise hinterließ diese Fahrt bei mir auch einen weiteren Eindruck. Ich weiß noch, dass ich mich unterwegs in der Landschaft umgeschaut und gedacht habe: »Das ist so wunderschön hier.« Ich wäre gerne wieder nach Mecklenburg gefahren, aber es war für mich praktisch eine *No-Go-Area*.

Nach den schockierenden Bildern aus Rostock vom Sommer 1992 kam dann der Brandanschlag in Mölln im November. Wir sind noch am selben Abend in der Hamburger Innenstadt demonstrieren gegangen. Das waren also nicht nur Frauen,

sondern auch andere Hamburger Aktivist*innen, Linke, welche vom *Halkevi*, von der *Werkstatt 3* und so weiter. Mölln war ein Einschnitt. Solingen war ein noch tieferer Einschnitt. In beiden waren alle Todesopfer türkeistämmige Mädchen und Frauen. Nach Mölln kam ein Gefühl von unglaublicher Wut und auch von Bedrohung und Verletzbarkeit auf. Wir dachten nur: »Sie killen uns«. Und als dann noch Solingen im Mai 1993 hinzukam, war das einfach zu viel.

Für uns waren Mölln und Solingen ein Zeitenbruch. Also nicht die Wiedervereinigung, sondern Mölln und Solingen waren der wirkliche Zeitenbruch für uns. Das kann man übrigens auch in der Literatur sehen. Die Literaturwissenschaftlerin Karin Yeşilada hat festgestellt, dass es einen ganzen Korpus an deutsch-türkischer Lyrik nach Mölln und Solingen gibt. Sie nennt das »Poesie post Solingen«. Dieses Gefühl von absoluter Verletzbarkeit war so stark. Ich habe in dieser Zeit mit vielen *weißen* deutschen Freund*innen gebrochen. Für sie waren diese Ereignisse irgendwas in den Nachrichten. Sie fanden sie natürlich sehr schlimm, aber es hat sie nicht auf die gleiche Art und Weise berührt. Die Tatsache, dass sie nicht sehen konnten, wie existenziell das für uns war, womit wir da konfrontiert waren, war sehr schwer für mich zu verdauen. Ich habe deshalb nur wenige meiner damaligen *weißen* deutschen Freund*innen behalten.

Gleichzeitig habe ich selbst die kurdische Situation in den 1990er-Jahren in der Türkei nur am Rande mitbekommen und erst nach und nach verstanden, wie schlimm dieses Jahrzehnt aus kurdischer Perspektive war, weil ich so fokussiert war auf den deutschen Kontext. Es gab auch einen Punkt – nach Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen und den vielen, vielen eigenen Alltagserfahrungen – wo du dich so wütend und bedroht gefühlt hast, dass die Frage aufkam, was du eigentlich tun konntest. Wo du gedacht hast: »O. K., was ist die letzte Konsequenz für uns, so wie wir behandelt werden?« Ich erinnere mich, dass einige Freund*innen an einer Demo teilgenommen haben, die eine Autobahn besetzen wollte. Das war für einige der Wendepunkt. Wie weit gehst du mit dem Einsatz deines Körpers gegen diese Situation?

Migrantin in den USA: »Wie ironisch es war, mich in dem Land, wo ich aufgewachsen bin, als Migrantin zu definieren.«

Für mich waren die USA der Weg raus aus dieser Situation. Ich ging Mitte der 1990er mit einem Sti-

pendium für ein Studienjahr nach New York. Nach den Erfahrungen der vorausgegangenen Jahre wollte ich allen in der Welt erzählen, wie rassistisch Deutschland war. Das war für mich ein Herzensanliegen. Es hat sich dann gut getroffen, dass ich jemanden kennengelernt habe, der Holocaust-Forscher war. Wir haben uns gleich wunderbar verstanden.

Meine deutschen Erfahrungen mit anderen in New York zu teilen hat mir sehr, sehr gutgetan. Mein ursprüngliches Ziel für das Studienjahr war es, mehr über Schwarzen Feminismus in den USA zu lernen und das Gelernte wieder nach Deutschland zurückzubringen. Das war inspiriert von dem Band *Schwarzer Feminismus: Theorie und Politik afro-amerikanischer Frauen**, der im Orlanda Verlag 1993 erschien und der damals unter uns migrantischen Frauen in Hamburg von Hand zu Hand gereicht wurde. Afrodeutschen Feminismus lernte ich erst später durch die Lektüre von May Ayim* und vor allem den direkten Kontakt mit Schwarzen deutschen Frauen auf der Tagung *Marginale Brüche 1997** in Köln kennen.

Ich hatte in New York dann sogar tatsächlich die Gelegenheit, ein Seminar bei bell hooks über Toni Morrison zu belegen. Aber ich habe sehr schnell festgestellt, dass ich dort nicht als Schwarz gelte. Es war eine ganz neue Erfahrung davon, was Weißsein, was Minderheit sein ausmacht und wie sehr beides vom Kontext abhängt und nicht von irgendeiner Essenz. Meine amerikanischen Erfahrungen sind fundamental davon geprägt, dass ich dort als irgendwie *weiß* gelesen werde. Ich habe damals in New York schon im Rahmen eines feministischen Seminars bei Nancy Miller darüber reflektiert. Was ich vor allem festgestellt und wirklich körperlich erfahren habe, war die Tatsache, dass Privilegien zu haben darin besteht, diese gar nicht erst zu bemerken. Dass du z. B. von Verkäuferinnen in einer Boutique nicht gleich als verdächtig eingestuft und scharf beobachtet wirst. Oder dass Menschen im Bus sich neben dich setzen, ohne dich komisch anzuschauen und abzuschätzen. Das war eine wirkliche Überraschung, zu erleben, dass Privilegien nicht etwas Zusätzliches waren, was man bekam, sondern die Abwesenheit eines ständigen Prozesses des Andersgemachtwerdens und der ständigen Konfrontation mit Barrieren.

Die Zeit in New York hat mir auch ganz stark gezeigt, was es bedeutete, dass ich mich in Deutschland als Migrantin gesehen habe. Ich bin aufgewachsen mit dieser ständigen Polarität deutsch oder türkisch, mit diesem ständigen Druck, alles auf die eine oder andere Art und Weise einzuordnen. Dabei konnte ich mich selbst mit keiner dieser

beiden national definierten Kategorien identifizieren. Ich wollte überhaupt nicht deutsch sein. Ich wollte überhaupt nicht türkisch sein. Anfang der 1990er-Jahre tauchte dann ein Begriff auf, der eine Lösung versprach, nämlich »Migrantin«. Ich weiß noch, dass mir diese Eigenidentifikation in einem Gespräch mit meiner Kommilitonin Hürü Kök richtig bewusst wurde. »Migrantin« war für mich ein positiver Begriff, mit dem ich mich gut identifizieren konnte, weil er dieses Gefühl von immer unterwegs sein so gut wiedergab, aber gleichzeitig selbst ein Ankommensort, ein Anker, war. Das war damals ein neues und sehr befreiendes Vokabular für viele von uns.

In New York, wohin ich dann tatsächlich zumindest kurzfristig »migriert« war, habe ich aber gemerkt, wie ironisch es war, mich in dem Land, wo ich aufgewachsen bin, als Migrantin zu definieren. Dort habe ich das erste Mal so richtig verstanden, wie es meinen Eltern in Deutschland bei ihrer Ankunft gegangen sein muss. Denn es war so schwer für mich am Anfang, weil ich so vieles an meiner Umgebung nicht einordnen konnte, die vielen ungeschriebenen Regeln nicht verstand und mich einsam fühlte. Dabei kam ich selbst ja mit so vielen Privilegien in die USA: eine Studentin mit einem angesehenen Stipendium, die die Sprache beherrschte und schon viel über die Kultur wusste. Dass meine Eltern ohne jegliche Vorkenntnisse und bei so viel Diskriminierung den Alltag in Deutschland bewältigen gelernt haben, hat mir wirklich Respekt eingeflößt und mir gezeigt, wie sehr sich die Migration der ersten Generation von der Form der Lebenserfahrung, die ich als »Migrantin« bezeichnen würde, unterschied.

Mir hat auch das Unisystem in den USA besser gefallen, weil es viel transparenter war. In Deutschland war alles sehr mysteriös, und es gab keinen klaren Weg zur Doktorarbeit. In den USA bewirbst du dich darauf. Alle Anforderungen sind ganz klar. In Deutschland musstest du damals darauf warten, dass dich ein Professor antippt. Es war nur etwas für Eingeweihte und es war ganz offensichtlich, dass ich nicht dazu gehören würde. Auch eine sehr interessante Erfahrung war, dass ich in New York das erste Mal zu deutsch-türkischer Literatur geforscht habe. Natürlich passierte das in den USA und nicht in Deutschland. Als ich zurückkam, wollte der Hamburger Dekan meine Hausarbeit über Emine Sevgi Özdamar erst gar nicht als eine literaturwissenschaftliche Arbeit in der Germanistik anerkennen, obwohl sie auf Deutsch schreibt und damals schon den Ingeborg-Bachmann-Preis gewonnen hatte. Aber er hatte kein Problem damit, mir einen Schein für eine Filmanalyse von *Forrest Gump* auszustellen.



Ich habe mich so willkommen gefühlt in den USA, weil mich niemand ständig nach meiner Identität gefragt hat, mich niemand in Frage gestellt hat. Es war so wohltuend. In Deutschland musste ich, so wie alle meine Freund*innen, ständig so viel erklären, vor allem den Rassismus. Ich erinnere mich in dieser Hinsicht an eine Situation, die einen starken Eindruck bei mir hinterlassen hat. Ich war mit meinem Mann, der jüdisch-amerikanisch ist, in Hamburg unterwegs und wir haben so ein Poster gesehen. Da ging es darum, dass Drogenhändler aus der Nähe vom Bahnhof Dammtor vertrieben werden sollten. Die Aktion nannte sich tatsächlich *Bunte Geschäfte rein, dunkle Gestalten raus* und war illustriert mit einer schwarzen Figur, die rausgekickt wird. Wir haben einander nur angeguckt. Ich musste nichts weiter dazu sagen. Ich sah das. Er sah das. Als wir das unserer *weißen* deutschen Mitbewohnerin gezeigt haben, hat sie es sich an-

geschaut, aber überhaupt nicht verstanden, was mit dem Bild nicht stimmte, was daran so anstößig war. Es war so eine Erleichterung, jemanden von außen zu haben, der deine Wahrnehmung teilte und bestätigte, ohne dass du das ausbuchstabieren musstest. Es war auch eine Erleichterung, dass niemand das in Frage stellte, wenn ich in den USA sagte, ich käme aus Deutschland. Ich fühle mich ironischerweise viel mehr deutsch, seit ich in den USA lebe. Aber jedes Mal, wenn ich nach Deutschland komme, schütze ich mich durch das Englische vor dem Alltagsrassismus. Ich schütze mich wirklich durch meinen amerikanischen Kontext, weil manche Situationen sonst schwer zu ertragen sind. Das andere, was mir beim Hin- und Herfahren auffiel, waren die Unterschiede zwischen den entsprechenden Kreisen, in denen ich jeweils in den USA und in Deutschland verkehrte, obwohl sie politisch z. B. ähnlich ausgerichtet waren. In den

USA fand ich, dass die Männer aus diesen Kreisen praktisch eine Generation weiter waren, was Geschlechterrollen angeht. Es gibt natürlich ohne Frage jede Menge Sexismus in den USA, ich will das auf keinen Fall herunterspielen. Aber die Sensibilität in den vergleichbaren ›linken‹, ›progressiven‹ Kreisen ist komplett anders. Ich habe das z. B. an meinen eigenen Beziehungen und denen um mich herum beobachtet. Es gab wirklich eine ganze Generation Unterschied, weil die amerikanischen Männer, die ich kenne, starke, selbstbewusste, unabhängige Frauen so gewohnt sind. Meine amerikanische Schwiegermutter hat z. B., aus schwierigen Verhältnissen kommend, schon in den 1950ern Physik studiert, als Computerprogrammiererin gearbeitet und zwei Kinder allein großgezogen. Die Familienkonstellationen und Vorstellungen von Geschlechterrollen in den Familien meiner deutschen Freund*innen waren da viel traditioneller. Dass Frauen arbeiten und die Kinder in die Kita gehen, ist hier so selbstverständlich, dass man das gar nicht diskutieren muss.

Ich war auch jedes Mal schockiert, wenn ich nach Deutschland kam, und sah, dass die Diskussionsrunden im Fernsehen oder auf Podien aus lauter weißen deutschen Männern bestehen konnten und auch darüber, wie wenige Frauen Schlüsselrollen in der Öffentlichkeit einnahmen. Und dann dachte ich mir, das sind die gleichen Leute, die sich beschwerten, dass ›die Ausländer‹ ›ihre Frauen‹ unterdrücken.

Cadı Kazan war für mich ein gelebtes Ideal, wo du wirklich zum einen die politische Auseinandersetzung hattest, zum anderen aber auch Raum für Ästhetik, Körper und Musik. Es gab Raum jemand zu sein mit allen verschiedenen Teilen. Leben und Politik waren eins. Einmal ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Nach einer intensiven Diskussion mit großen Meinungsverschiedenheiten sind wir alle zusammen in ein türkisches Restaurant in Eimsbüttel gefahren, wo es Live-Musik mit einem *piyanist şantör* (Sänger mit Keyboard) und eine *dansöz* (Bauchtänzerin) gab. Wir haben so ausgiebig getanzt. Wir konnten auch zusammen im Grünspan in St. Pauli abrocken und anschließend frühmorgens auf dem Weg nach Hause laut Lieder wie *Karlı Kayın Ormanında* singen. Wir sind dann zusammen zu einer von uns nach Hause gelaufen und haben auf zwei Matratzen geschlafen und anschließend ewig lange zusammen gefrühstückt.

In unseren Auseinandersetzungen haben wir auch immer wieder neue Ausdrucksformen gesucht. Es gab zum Beispiel diesen unsäglichen Artikel im SPIEGEL vom Herbst 1990 *Knüppel im Kreuz, Kind im Bauch*. Dagegen gab es viele Proteste, ich

glaube inklusive einer Demo vor der SPIEGEL-Redaktion. Vier von uns – Sevda, Filiz, Rukiye und ich – haben uns an einem Abend hingesetzt und als Reaktion darauf einen Leserinnenbrief geschrieben. Der Brief wurde dann tatsächlich als Teil einer ganzen Flut von Briefen zu dem Artikel veröffentlicht. Wir haben uns dabei absichtlich für einen satirischen Ton entschieden (*Spieglein, Spieglein in der Hand, wer ist die Mißhandelteste im ganzen Land?*) und unsere Wut dadurch kreativ verarbeitet. Auch das hat gutgetan.

Dies war insgesamt eine Zeit von sehr viel unterschiedlichem und parallelem Aktivismus, sehr vielen Reaktionen auf Ereignisse auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Lebensbereichen. Dabei gab es eine ständige Verschiebung des Schwerpunktes unserer Kämpfe zwischen Sexismus und Rassismus. Beides war aber, in der einen oder anderen Form, immer gleichzeitig präsent für uns, auch wenn wir damals das Wort ›intersektional‹ nicht kannten. Ein expliziter Fokus auf Sexualität, sichtbare queer-migrantische Selbstorganisation zum Beispiel, war dagegen in unserer Gruppe nicht so präsent, obwohl einige aus dem Freundinnenkreis Beziehungen mit Frauen hatten. Das wurde weder geheim gehalten noch sonderlich thematisiert.

Von den anderen Aktivitäten zu dieser Zeit möchte ich noch den siebten *Kongress der in Europa lebenden Frauen aus der Türkei und Kurdistan* im Frühjahr 1994 hervorheben. In den 1980er-Jahren begannen Frauen aus der Türkei, die in verschiedenen europäischen Ländern lebten, sich einmal im Jahr zu einem Kongress zu treffen und auszutauschen. Ich habe Anfang der 1990er mit anderen *Cadis* an so einem Treffen teilgenommen. Ich glaube, das war in Hannover. Und die gemeinsame Sprache war natürlich Türkisch, weil die Frauen ja in unterschiedlichen Ländern lebten und die meisten Teilnehmerinnen damals noch der ersten Generation angehörten. Viele von uns aus der zweiten Generation haben sich sprachlich nicht ganz wohl gefühlt, weil wir uns nicht auf der gleichen Ebene ausdrücken und mithalten konnten. Ich wurde jedenfalls Teil des Organisationskomitees. Das muss im Herbst 1993 gewesen sein.

Wir haben uns ungefähr monatlich getroffen. Das Komitee bestand aus einer Mischung aus Exilfrauen und Frauen der zweiten Generation. Die Exilfrauen kannten ihren Marxismus und waren politisch sehr geschult, was viele von uns in Deutschland Aufgewachsenen überhaupt nicht waren. Wir waren links und aktiv, aber nicht so explizit geschult. Das war der siebte Kongress dieser Art. In dem Jahr wechselte der Kongress von

Türkisch zu Deutsch als Hauptsprache. Das hat es der zweiten Generation erlaubt, sich viel aktiver einzubringen. Aber in meiner Erinnerung hatte das auch damit zu tun, dass kurdische Frauen Türkisch nicht einfach so als dominante Sprache hinnehmen wollten. Dieser Kongress hatte dann auch eine andere Fragestellung als die vorhergehenden. Es ging verstärkt um Rassismus in der Frauenbewegung. Darunter verstanden wir zum einen den Rassismus der weißen deutschen Frauen gegenüber Migrantinnen und zum anderen den Rassismus der türkischen Frauen gegenüber kurdischen Frauen. Obwohl das ausdrücklich thematisiert werden sollte, kam es zu extrem emotionalen Szenen während des Kongresses, wo viele Vorwürfe gemacht wurden, auch an uns Organisatorinnen. Es gab harte Diskussionen, Tränen und Anklagen. Aber es gab auch einen Tanzabend, der unglaublich schön war. Ich kann mich erinnern, dass Ipek Ipekcioglu gesungen und auch Musik aufgelegt hat. Das war, bevor sie als DJane berühmt wurde.

Die frühen Neunziger waren eine Zeit der neuen sozialen Bewegungen auf der ganzen Welt. Und wir waren auch ein Teil davon!

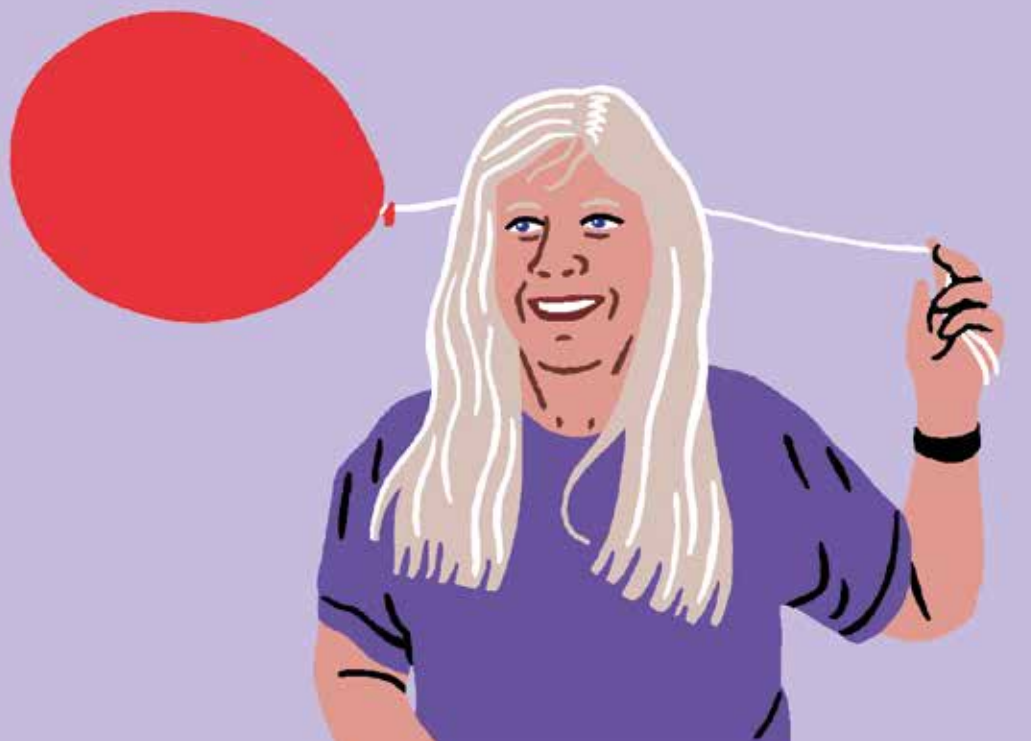
YASEMIN YILDIZ

Literatur

- * Gloria I. Joseph: *Schwarzer Feminismus: Theorie und Politik afro-amerikanischer Frauen*, Berlin: Orlanda Verlag 1993.
- * Ayim, May: *Grenzenlos und unverschämt*. Berlin: Orlanda Verlag 1997.
- * Zur Tagung *Marginale Brüche*: Hito Steyerl: *Talking Back – Wi(e)dersprache. Ein Interview mit Peggy Piesche*, in: springerin 1/1998, <https://springerin.at/1998/1/talking-back-wiedersprache/>, außerdem: Cathy S. Gelbin, Kader Konuk, Peggy Piesche (Hg.): *AufBrüche: kulturelle Produktionen von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland*, Königstein/Taunus: Helmer 1999.

Dieser Beitrag erschien zuerst in dem von uns sehr empfohlenen, von Encarnación Gutiérrez Rodríguez und Pinar Tuzcu herausgegebenen Band *Migrantischer Feminismus in der Frauen*bewegung in Deutschland (1985-2000)*, Münster: edition assemblage 2021, S. 231-248.





Gemeinsam kämpfen: Erinnerungen an meine 50 Jahre in der GEW

Karin Haas blickt zurück auf ihr langjähriges Engagement in der GEW: auf eine beeindruckende Verbindung von gewerkschaftlichen Kämpfen um mehr Mitbestimmung, bessere Arbeitsverhältnisse und inklusive Bildungsbedingungen mit antirassistischer Arbeit.

Vorbemerkung

Als mich Antje von der hlz und Christel aus der BG Ruheständler*innen fragten, ob ich nicht etwas zu meinem 50jährigen GEW-Jubiläum schreiben wollte, dachte ich: Oh ja, das ist bestimmt schön und spannend, mal zurückzublicken, aber wie schwierig das ist, hatte ich mir nicht vorgestellt: Fünf Jahrzehnte Gewerkschaftsarbeit in Hamburg, das sind fünf Jahrzehnte gemeinsamer Kampf um ein gutes Bildungssystem und eine demokratische

Schule, für bessere Bedingungen und mehr Mitbestimmung für Lehrer*innen und Schüler*innen... Und dann über meine größte Herzensangelegenheit zu schreiben, über die *Schule für Alle* – so viel geht mir durch den Kopf!

Meine ersten Kontakte zu den Gewerkschaften

Die Organisation in der GEW ist für mich eng verbunden mit meinem politischen Werdegang. Meine Eltern waren nicht politisch oder gewerk-

schaftlich engagiert. Bei Kriegsende waren beide desillusioniert und wollten mit Politik nichts mehr zu tun haben. Eine Aufarbeitung der Nazizeit gab es zu Hause nicht, in einigen Ansätzen aber am Gymnasium. Mein Vater, Maschinenbauingenieur, war in der IG Metall, aber eher als Pflicht, denn als Neigung. Meine Mutter hätte als Sozialarbeiterin oder Schneiderin arbeiten können, war aber Hausfrau, wie es die damalige Zeit verlangte.

Ein erster Berührungspunkt mit den Gewerkschaften waren für mich die alljährlichen Ruhrfestspiele in Recklinghausen, vom DGB organisiert für die Arbeiter*innen und Angestellten im Revier. Mein Vater hatte über die Gewerkschaften jedes Jahr bezahlbare Theaterkarten für unsere vierköpfige Familie besorgt, wir sahen viele gesellschaftskritische Stücke, besuchten die jeweilige Kunstausstellung.

Ich bin in Hagen in Nordrheinwestfalen geboren, 1953 mit der Familie nach Saarbrücken gezogen und dann ab 1955 in Witten an der Ruhr aufgewachsen. Ich habe im Wintersemester 66/67 an der gerade neu gegründeten »Arbeiter-Uni« in Bochum Geschichte, Deutsch und Soziologie fürs Höhere Lehramt studiert und dort die Anfänge der Student*innenbewegung miterlebt. Meine erste Demo war im Mai 1968 gegen die Notstandsgesetze. Wir Studierenden holten die Arbeiter von den Stahlwerken Bochum ab und zogen gemeinsam zum Gewerkschaftshaus. Die Gewerkschaften waren leider nicht geschlossen gegen die Notstandsgesetze: Die Arbeiter in den Betrieben, die Vertrauensleute und Betriebsräte in der Mehrheit wohl, da die Notstandsgesetze ein staatliches Machtinstrument zur Aushebelung der Grundrechte waren und einen Bundeswehreininsatz nach innen erlaubten. Die Gewerkschaftsführung aber hat diesen Kampf nur halbherzig unterstützt, denn die SPD war im Bundestag für die Notstandsgesetze. Hier zeigte sich für mich zum ersten Mal, dass die Beschränkung gewerkschaftlicher Streiks auf tarifliche Auseinandersetzungen eine große Machteinschränkung war. Generalstreik war »verboten«, Streiks außerhalb des Tarifkampfes waren als sogenannte wilde Streiks diffamiert.

Nach dem Wechsel an die Universität Hamburg zum Sommersemester 1969 kam ich stärker in Bewegung, demonstrierte gegen den Krieg in Vietnam und Kambodscha. Ich setzte mich mit den Schriften der Frankfurter Schule, Marx und Engels sowie den verschiedenen Faschismustheorien auseinander. Die Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit empfand ich als unerträglich. Dass die Gewerkschaften die wichtigsten gesellschaftlichen Massenorganisationen waren, um eine gerechtere Gesellschaft durchzusetzen, war mir bei den Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze klar geworden; für ihren Er-

folg mussten sie parteiunabhängig strukturiert sein und ihr politisches Mandat ernstnehmen.

Ich machte die Erfahrung, dass ich mich persönlich engagieren muss, um den Auftrag unseres Grundgesetzes einzulösen, eine demokratische und menschenwürdige Gesellschaft für alle Menschen zu gestalten. Ich brachte mich in der studentischen Interessenvertretung ein, arbeitete in der Studienreformkommission für ein Projektstudium Geschichte und in den betreffenden Mitbestimmungsgremien. Außerdem organisierte ich mich im *Marxistischen Studentenbund Spartakus*.

Mein Einstieg und ein drohendes Berufsverbot – aber die GEW an meiner Seite

Mit Beginn meines Referendariats 1973 trat ich in die GEW ein. Die Betriebsgruppe des Hauptseminars wurde für uns der wichtige Ort, um alles zu besprechen, was verbessert werden musste, und wir konnten vieles durchsetzen: die inhaltliche Mitgestaltung, die didaktische Organisation der Seminare und die Gruppenteilnahme an Hospitationen.

In der GEW waren wir Referendare durch die *AG Studienseminar* vertreten, wo ich auch von 1973 bis 1975 im Leitungskollektiv mitarbeitete. Auf den Versammlungen ging es neben den Fragen um die Verbesserung der Ausbildungssituation auch um die »richtige Linie« in der Gewerkschaftsarbeit, trafen doch hier – wie vorher in der Universität und der Studierendenbewegung – die Mitglieder unterschiedlicher linker Gruppen aufeinander. Über das richtige strategische und taktische Handeln gingen die Meinungen auseinander. Es gab viele Kampf-abstimmungen über personelle und inhaltliche Themen, die sehr zeitraubend waren. Diese Auseinandersetzungen setzten sich auch in den Fachgruppen der GEW fort.

Ich war inzwischen in die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP) eingetreten, deren Ziel eine antimonopolistische Demokratie und der Sozialismus waren. Solche Forderungen gingen über die sozialökonomischen und politischen Tagesforderungen der Gewerkschaft hinaus und wurden natürlich nicht von allen Mitgliedern geteilt. Für die meisten Kolleg*innen ging es vor allem um eine Interessenvertretung, persönlichen Schutz und die Verbesserung ihrer aktuellen Lage. Viele forderten jedoch, dass die GEW sich politisch mehr für eine sozial gerechte und demokratische Gesellschaft engagieren sollte, kritisierten die Führung und waren mit Beschlüssen unzufrieden. Sie stellten weitergehende gesellschaftsverändernde Forderungen, für die es oft keine Mehrheit gab, und gefährdeten so nach Meinung vieler das gemeinschaftliche Handeln. Man warf ihnen »gewerkschaftsfeindliches und spalterisches Verhalten« vor. So wurden ab

1974 eine Reihe von Mitgliedern von K-Gruppen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, unrechtmäßig auf der Basis des Unvereinbarkeitsbeschlusses – wobei sich die GEW nun endlich aufgemacht hat, diese Praxis kritisch aufzuarbeiten. Für mich war die Einheitsgewerkschaft eine Errungenschaft der Arbeiter*innenbewegung, ein hohes Gut. Ständische Organisationen wie den *Deutschen Lehrerverband* und den *Beamtenbund* lehnte ich ab, da sie die Kampfkraft der abhängig Beschäftigten schwächten.

1971 war Hamburg Vorreiter bei den Berufsverboten und einige meiner Kolleg*innen und Freund*innen waren betroffen, auch mein Lebensgefährte. Als die Behörde im März 1977 meine Lebenszeitverbeamtung nicht planmäßig wie bei den anderen Referendar*innen vornahm, war ich alarmiert und hatte das Gefühl, dass man mich verunsichern wollte. Mit Hilfe des Rechtsbeistandes der GEW habe ich Widerspruch eingelegt und wurde

dann etwas später auf Lebenszeit verbeamtet. Ab 1979 war unter Schulsenator Joist Grolle dann offiziell die Berufsverbotspraxis in Hamburg beendet und ich hatte eigentlich nichts weiter zu befürchten. Aber das war ein Trugschluss!

Am 30. August 1982 erhielt ich ein Schreiben der *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB), dass gegen mich disziplinarische Ermittlungen angeordnet worden seien. Ich hätte mich bei den Hamburger Wahlen vom 6. Juni 1982 um ein Mandat für die DKP in der Bezirksversammlung Bergedorf beworben und man wolle mich anhören, um Zweifel an meiner Verfassungstreue zu überprüfen. Solch ein Schreiben bekamen vier weitere Lehrer*innen in Hamburg, die für die DKP kandidiert hatten. Das war ein Skandal! Die Behörde hatte diese Anhörungen aufgrund des sogenannten Hans-Peter-Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes angeordnet, bei dem der betreffende Postbeamte wegen seiner Kandidatur für die DKP aus dem Dienst entlassen worden war. Die DKP war zwar nicht verbo-

ten, aber man hatte ihr »verfassungsfeindliche Ziele« unterstellt, ein Begriff, der rechtlich fragwürdig war. Ich war empört. Eine Welle des Protestes entstand an meiner Schule und in der Stadt. Eltern, Kolleg*innen und Schüler*innen schrieben Protestbriefe an die Behörde und den Senator. Meine Kolleg*innen, vor allem aus der Betriebsgruppe, begleiteten mich zu der vierstündigen Anhörung, warteten mit meinem Lebensgefährten und unserem drei Monate alten Sohn im Gang vor der Tür. Die GEW hatte schon von Beginn an die Berufsverbote verurteilt und gab mir wieder Rechtsschutz, so dass der Rechtsanwalt Klaus Dammann bei der Anhörung dabei sein konnte. Meine Kolleg*innen trugen das Thema auf die *Landesvertreterversammlung* (LVV), die sich auch solidarisierte. Eine große Demonstration mit allen fünf Betroffenen und vielen Unterstützer*innen zog durch die Innenstadt. Nach Tagen der Ungewissheit bekam ich am 29. September Bescheid, dass der Zweifel an meiner Verfassungstreue aufgrund der Anhörung ausgeräumt und das Verfahren eingestellt worden sei. Ich war erleichtert. Wenn es nach der CDU gegangen wäre, hätten wir fünf betroffenen Kolleg*innen entlassen werden sollen.

Die Betriebsgruppe – das Herz der Gewerkschaftsarbeit

Für mich war gewerkschaftliche Arbeit wesentlich die Betriebsgruppe an meiner Schule. Die Schule war mein täglicher Arbeitsplatz und hier konnten wir die Schule mitgestalten. Ich habe mich als Vertrauensfrau engagiert und auch hier gab es Kampf-abstimmungen um die richtige Linie. Wir schafften es, die Betriebsgruppe zu einem wichtigen Faktor zu machen, kurzum: Ohne uns lief nichts, ob es um die pädagogische Gestaltung ging, die Wahl neuer Leitungsmitglieder oder um die Anordnung von Mehrarbeit. Auch für die Wahrnehmung des Streikrechts, das die Behörde verweigerte und mit Sanktionen bedrohte, war es wichtig, dass man in der Schule in einer starken Betriebsgruppe verankert war! Doch wir griffen auch die großen politischen Fragen der Frauen-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegung auf, beteiligten uns an den Demonstrationen.

Wir machten als Gesamtschule regelmäßig Betriebsgruppen-Wochenenden, um uns zu erholen und pädagogisch unsere Schule weiterzuentwickeln, z. B. mit offenem Unterricht, Montessori-Pädagogik oder sozialem Lernen. Vor allem vom Wissen der Grundschulkolleg*innen konnten wir viel profitieren, für die das Gestalten gemeinsamen Lernens selbstverständliche Praxis war. Wir organisierten zusammen mit den anderen Schulen in der Stadt den Widerstand gegen die behördlichen Zumutungen: Sparmaßnahmen, Reglementierungen und Demokratieabbau. Man könnte sagen, die

Betriebsgruppe war nach innen stark und nach außen kampfbereit.

1976 legte der Senat ein neues Schulgesetz vor, das auf großen Widerstand stieß. Die GEW und der DGB Nordmark lehnten den Entwurf ab und veröffentlichten einen Forderungskatalog. Hatte man vor der Wahl 1974 noch vieles versprochen (Vorschulklassen für alle bis 1978, Gesamtschule als Regelschule bis 1980 und qualifizierte Berufsausbildung für alle Jugendlichen), gab es aktuell ein Sparprogramm mit überfüllten Klassen und Stundenausfall. Im geplanten Gesetz sollten Weiterbildungsmöglichkeiten eingeschränkt werden und die Gesamtschule war als neuer Standard passé. Ein weiterführender Schulbesuch sollte abhängig von der Kassenlage sein, die kleine Lehrmittelfreiheit und Schulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildung und für ausländische Schüler*innen abgeschafft werden. Man wollte mit dem Gesetz außerdem mehr Einfluss aufs Schulleben nehmen und einen gesetzlichen Disziplinarkatalog schaffen mit Möglichkeiten von Verweis, Ausschluss vom Unterricht und Versetzung in eine andere Schule. Und das bei steigender Arbeitslosigkeit der Jugend und Lehrer*innen!

Die Empörung war groß – auch an unserer Schule. Die Schulsprecher*innen und die Betriebsgruppe taten sich zusammen. Gewerkschaftlich waren wir mit den umliegenden Schulen in der *Schulkreis-konferenzen* (SKK) vernetzt. Die Schulsprecher*innen hatten den Kontakt zur *Schülerkammer*, die Eltern zu den Kreiselternräten. Gerade durch die Elternarbeit der Betriebsgruppe gingen Hunderte unserer Schule mit zur Demonstration – während der Unterrichtszeit. Die Demo mit 15.000 Menschen hat das 1977 beschlossene Schulgesetz nicht verhindert, dafür bekamen wir das sogenannte Elternwahlrecht.

Das Elternwahlrecht – ein dornenreicher Umweg zu mehr Gesamtschulen

Ein wichtiges Ziel in der Bildung ist die Chancengleichheit. Die Dreigliedrigkeit des Schulwesens – das Aussortieren statt Integrieren und Differenzieren – steht dem diametral entgegen. Diese Systemfrage wurde zu einer zentralen Frage, viele Eltern wollten mehr Gesamtschulen und die Gewerkschaften forderten sie als Regelschule, denn bei uns gab es sie nur als Versuchsschule. Durch mein Referendariat 1973/74 an der Peter-Petersen-Gesamtschule (später Irene-Sendler-Schule) war ich von der Arbeit der Gesamtschulen überzeugt. Dort konnten Kinder des Stadtteils von der Grundschule bis zum Abitur zusammen lernen! 1975 kam ich aber erstmal ans Aufbaugymnasium Hermelinweg.

Fotos: Michael Meyborg



Kolleg*innen und Eltern der GS Farmsen-Berne und der FG Gesamtschule nach der Anhörung im Flur der Schulbehörde. Im Vordergrund von links: Horst Stöterau, Hannes Holländer, Karin Haas

Die Koalition aus SPD und FDP hatte trotz Wahlversprechen nicht den Mut, die Gesamtschule als Regelschule einzuführen. Sie gaben dem Druck der konservativen Kräfte nach, die vor allem das Gymnasium erhalten wollten, und verzichteten auf die politische Gestaltungsmöglichkeit. Ein schwerer Fehler, wie sich später herausstellen sollte! Statt die bestehenden acht Gesamtschulen in Regelschulen umzuwandeln und so diese Form Schritt für Schritt einzuführen, überließen sie dies dem Votum der Eltern. Es entstand das sogenannte Elternrecht: Wenn genügend Eltern in einem Schulkreis ihr Kind nach der 4. Klasse auf eine Gesamtschule schicken wollten, musste eine neue Gesamtschule eingerichtet werden. Das war der Startschuss für einen harten, zwanzigjährigen Kulturkampf in Hamburg um die *Schule für Alle*, der mit der Verordnung eines ›Schulfriedens‹ 2010 enden sollte.

Diese Chance haben wir genutzt, gab es doch in unserem Schulkreis 53 (Farmesen, Berne, Bramfeld) nach einer Erhebung viele Eltern, die eine Gesamtschule für ihre Kinder wünschten, so dass unsere Betriebsgruppe und die Elterninitiative der Schule »An der Berner Au« ein gemeinsames Ziel verband. Aber auch die Gegner*innen traten auf den Plan: Gymnasialschulleiter*innen und Kolleg*innen, besonders aus Kreisen des *Deutschen Lehrerverbands*, Elternräte und Springerpresse machten Stimmung für den Erhalt ihres Gymnasiums und gegen die Errichtung einer Gesamtschule. Dagegen trafen sich Delegierte und Vertrauensleute der Gymnasien Bramfeld, Farmesen, Grootmoor, Hermelinweg und Osterbek, um Maßnahmen für die Errichtung einer integrierten Gesamtschule im Schulkreis 53 zu beraten. Und 1979 hatten wir diesen Kampf gewonnen: Die Gesamtschule Farmesen-Berne wurde gegründet! Ich war glücklich, war doch erreicht worden, was ich bildungsmäßig am vernünftigsten fand. 1980 war ich dann endlich Gesamtschullehrerin und habe auf Wunsch der Eltern aus der Initiative der Grundschule eine 4. Klasse geschlossen in die 5. Klasse mit 30 Kindern übernommen und bis zur 10. Klasse geführt.

Ich war nun in der betreffenden Fachgruppe organisiert und wir hatten mit dem Grundmodell für die neuen Gesamtschulen zu kämpfen. Wie bei jeder Reform versuchte auch hier die Behörde, das Neue auf Kosten des Bestehenden zu schaffen, und so mussten die Gesamtschulen unter Kürzungen leiden.

Eine ›Schule für alle‹ – ein langer Weg, der noch nicht zu Ende ist!

Wir neuen Gesamtschulen waren mit anderen Schulen (vor allem den Gymnasien) in einen Kampf um die Gunst der Eltern gezwungen, um jährlich die

erforderlichen Anmeldezahlen zu erreichen: Das war für Gesamtschulen mindestens Dreizügigkeit, bei Gymnasien nur Zweizügigkeit. Erbittert wurde um den Erhalt der bestehenden neun Gesamtschulen und um die Schaffung neuer gestritten. Hierbei waren die GEW und die Betriebsgruppen sehr gefordert. Im Raum Farmesen versuchten die Gegner sogar durch eine Verleumdungskampagne unsere Gesamtschule zu beseitigen. In Altona-Nord und Rahlstedt ist ihnen das leider gelungen. Unsere wichtigsten Bündnispartner*innen waren die Eltern, die sich seit Bestehen der Gesamtschulen 1970 zusammengeschlossen hatten zur *Arbeitsgemeinschaft der Elternräte der Gesamtschulen (ARGE)*, ab 2010 *Gemeinschaft der Elternräte in Stadtteilschulen (GEST)*.

Es gab viele Versuche, die Gesamtschulen zu beschneiden, nicht zuletzt durch Sparmaßnahmen: Lehrer*innenmangel, Beratungsdienstverkleinerung, Stundentafelkürzungen, volle Klassen, Kürzung der Grundstockmittel. Und doch war sie seit 1990 zur zweitstärksten Schulform geworden. »Die Gesamtschule darf nicht kaputtgespart werden« – mit dieser Forderung riefen die ARGE, die *Schülerkammer* und die *FG Gesamtschule* zu einem Protesttag am 7. Juni 1990 auf, unsere Betriebsgruppe natürlich mit von der Partie.

Das Elternwahlrecht schuf zwar neue Gesamtschulen, brachte sie aber in eine ständige Verteidigungs- und Rechtfertigungsposition. Die Situation überforderte die Eltern, die keine Expert*innen in Sachen Bildungspolitik sein konnten. Und sie spaltete die Bildungslandschaft. Sie machte die Schulen zu Werbeagenturen für ihre Arbeit und band so wichtige Ressourcen. Eine vernünftige, ruhige, an den Erfordernissen und Bedarfen orientierte pädagogisch sinnvolle und wissenschaftlich begründete Schulentwicklung war so nicht möglich.

Ich engagierte mich sehr bei der Initiative *Eine Schule für Alle*, weil ich hier eine Chance sah, endlich die Umsetzung der Gesamtschule als Regelschule von unten durchzusetzen. Ver.di und GEW, ARGE, Elternverein und die *Schülerkammer* unterstützten diese Initiative. Unsere Gewerkschaft war das organisatorische Zentrum. Ich war inzwischen in der LINKEN und dort warben wir für eine Unterstützung der Kampagne, an der sich weder die Grünen noch die SPD offiziell beteiligten.

50.000 Hamburger*innen haben sich für die Gesamtschule ausgesprochen, uns fehlten 10.000 Unterschriften. Ich bin mir sicher, wenn die über 200.000 Hamburger*innen mit Migrationsgeschichte, deren Kinder zu einem großen Teil die Gesamtschulen besuchten, Stimmrecht gehabt hätten, wäre das Ergebnis anders ausgefallen! Die Enttäuschung war groß und die Aussicht, die Gesamtschule als Regelschule zu bekommen, ziem-



Die fünf 1982 aufgrund der Kandidatur für die DKP vom Berufsverbot bedrohten Kolleg*innen (von links): Karin Haas (GS Farmesen-Berne), Herbert Flick (GS Mümmelmannsberg), Anette Kleyenstüber (GS Stellingen), Hartwig Baumann (Volks- und Realschullehrer), Heidrun von der Stück (GS Mümmelmannsberg)

lich gering. Der Volksentscheid war eine Niederlage.

2010 stellten wir erneut die Systemfrage, bestand doch die Chance, wenigstens sechs Jahre gemeinsames Lernen wie in der Grundschule zu erreichen. Die schwarz-grüne Regierung hatte auf die Primarschule gesetzt. Alle Fraktionen in der Bürgerschaft befürworteten die Primarschule. Wie zwei Jahre zuvor kamen wieder die Unterstützer*innen des Bündnisses *Eine Schule für Alle* zusammen, erweitert um Teile der *Grün-Alternativen Liste (GAL)* und der CDU.

Wir rechneten nicht damit, dass die Auseinandersetzung so groteske Formen annehmen und zur Gründung der Initiative *Wir wollen Lernen* führen würde, in der sich der gesamte konservative Bildungsblock der Stadt versammelte. Es begann eine von der Springerpresse unterstützte beispiellose Demagogie gegen gemeinsames Lernen, das als Behinderung für eine gute Bildung diffamiert wurde. Dem waren wir nicht gewachsen, fehlten uns doch die Mittel, eine professionelle Werbekampagne und Unterschriftensammlung durchzuführen.

Durch die beiden sich gegenüberstehenden Initiativen war die Abstimmung verändert. Man musste alternativ für »Wir wollen lernen« oder die »Primarschule« abstimmen. Die Initiative, die die meisten der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte und das Quorum erfüllte, hatte gewonnen. Das

Abstimmungsergebnis am 18. Juli 2010 lautete: 218.065 stimmten für die Primarschule (17,4 %) und 276.304 Wähler*innen (22,1 %) dagegen. Damit war die Primarschule vom Tisch und konnte nur als Schulversuch eingeführt werden. Die strukturellen Probleme des Bildungssystems wurden nicht angegangen. Die Spaltung der Schule und die Abhängigkeit des Schulerfolges vom Elternhaus in Deutschland, wie es die PISA-Studien jährlich als kontraproduktiv für ein gutes Bildungsergebnis kritisieren, blieben bestehen..

Aus den Kämpfen resultierte aber für 2010 auch ein substantieller Erfolg mit Verbesserung in einem Umfang von 60 Millionen Euro: die Rücknahme des Büchergeldes und Senkung der Klassenfrequenzen in der Grundschule auf 23 bzw. 19 pro Klasse. Das Elternwahlrecht blieb erhalten. Über 400 Lehrer*innen wurden zusätzlich eingestellt, war doch im Jahr zuvor eine machtvolle Demonstration der Gewerkschaften und der sie unterstützenden Parteien durch die Stadt gezogen unter dem Motto: *Alte entlasten – Junge einstellen!*

Die Primarschule war nur ein Teil der von Schwarz-Grün geplanten Reform, die Einführung des Zwei-Säulen-Modells in Stadtteilschule und Gymnasium wurde für das Schuljahr 2010/2011 durchgeführt. Die Gymnasiallobby hatte gesiegt, indem ein einheitliches Schulsystem verhindert, die Ergebnisse

der Wissenschaft und international anerkannte Schulmodelle ignoriert wurden. Die soziale Selektion, die schon durch die unterschiedlichen Stadtteile in Hamburg erfolgt, ist nun noch zusätzlich durch die zwei Schulformen zementiert.

Glücklicherweise arbeiten die Stadtteilschulen sehr erfolgreich und die Zahl der Schulabgänger*innen mit Abitur hat sich durch sie deutlich erhöht. Einige sind sogar bundesweit mit Preisen ausgezeichnet worden! Für die gute Bildung der Hamburger Kinder und Jugendlichen sind sie ein sehr entscheidender Faktor. Eine große Ungerechtigkeit sehe ich darin, dass die Stadtteilschulen mehrheitlich auch die Inklusion und Integration ›stemmen‹ müssen. Sie haben die meisten internationalen Vorbereitungsklassen und nehmen die meisten Kinder mit Inklusionsbedarf auf. Ich sehe darin ein Versagen der Politik!

Der verordnete ›Schulfrieden‹ war und ist nur ein Scheinfrieden! Und hinter der vom Schulsenator verkündeten Verlängerung bis 2024 scheint die Angst zu stecken, dass die Unzufriedenheit an den Schulen gerade angesichts des aktuell akuten Lehrer*innenmangels wächst. Die GEW wird sich entsprechend einmischen!

AZM und Einführung der Schulpersonalräte – ein Fortschritt?

1994 bin ich an die Gesamtschule Neustadt (später Rudolf-Roß-Gesamtschule und ab 2010 Stadtteilschule am Hafen) gewechselt, um eine der neuen Schulen mit aufzubauen und auch einen kürzeren Arbeitsweg zu haben. Ich konnte den Beratungsdienst dort unterstützen. Wieder habe ich eine 4. Klasse geschlossen in die 5. mitgenommen, weil die Eltern es wünschten. Wieder musste die Werbetrömmel geführt werden, denn auch hier war der Standort gefährdet. Viele Ressourcen, die ich für die pädagogische Arbeit hätte besser einsetzen können, flossen da hinein.

Auch in der Neustadt war die gewerkschaftliche Arbeit in der Betriebsgruppe mein Schwerpunkt. Ich wurde zur Vertrauensfrau gewählt. Die erste Herausforderung war im Schuljahr 1999/2000 die Einführung der verlässlichen Halbtagsgrundschule von 8 bis 13 Uhr. Für die Eltern, die Kinder und für die pädagogische Arbeit war das positiv, aber für viele Kolleg*innen wurden dadurch Freiräume eingeengt und die Arbeitszeit verdichtet, z. B. durch Vertretungsunterricht.

Eine viel schlimmere Arbeitszeitverdichtung sollte uns aber erst im neuen Jahrtausend erwarten: die Einführung des *Arbeitszeitmodells* (AZM). Man hatte den Eindruck, die Koalition aus CDU, FDP und Schill-Partei hatte etwas gegen Lehrer*innen, denn sie sollten länger arbeiten, weniger Weihnachtsgeld bekommen und kein Urlaubsgeld mehr,

das Eingangsgehalt wurde für den gehobenen Dienst auf A12 gesenkt. Unsere Betriebsgruppe war Teil des Widerstandes, der 50.000 Menschen mobilisieren sollte – und trotz alledem scheiterte. Für mich bedeutete das AZM einen ganzen Tag Mehrarbeit, die mein Wochenende halbierte. Diese Verordnung hat sich negativ auf das Schulklima und die Bereitschaft ausgewirkt, sich zu engagieren. War das die Absicht?

Das war aber noch nicht alles. Die Behörde hatte 2007 noch weitere grundlegende Veränderungen im ›Köcher‹: Die Schulen wurden zu ›selbstverwalteten Schulen‹ und die Leitungen erhielten mehr Befugnisse. Sie waren nicht mehr ›Primus inter Pares‹, sondern Chefs. Sie mussten dafür sorgen, dass die Schule ›Ziel- und Leistungsvereinbarungen‹ entwickelt, und eine ›Steuerungsgruppe‹ sollte bei der Umsetzung helfen. Es wurde ein Beurteilungssystem eingeführt, durch das die Kolleg*innen in bestimmten Abständen bewertet wurden. Die neoliberale Verbürokratisierung war dank der CDU-Regierung in der Schule angekommen.

In diesem Kontext wurde auch das Personalvertretungsgesetz geändert: Die Kapitelpersonalräte wurden aufgelöst, der Gesamtpersonalrat verkleinert und an den Schulen Schulpersonalräte eingeführt, die vom Kollegium als Interessenvertretung gegenüber der Leitung gewählt wurden.

Ob von der GEW oder den Personalräten der verschiedenen Schulen, diese ›Reform‹ wurde heftig kritisiert und abgelehnt, da sie eine Entmachtung in den direkten Auseinandersetzungen mit der Behörde bedeutete. Wir befürchteten, dass sich die Personalräte an den Schulen nicht durchsetzen könnten. Ich war erst ein Jahr vorher in den Gesamtschulpersonalrat gewählt worden und war für drei Schulen zuständig, meine eigene eingeschlossen. Die Schulpersonalräte waren nun für alle Beschäftigten an der Schule zuständig. Ich sah die Chance, direkt vor Ort mehr ausrichten zu können und kandidierte zusammen mit anderen Kolleg*innen.

Wir wurden gewählt und ich war bis zu meiner Pensionierung 2014 Personalratsvorsitzende. Unser Hausmeister, der von ver.di in die GEW gewechselt war, richtete uns ein professionelles Personalratszimmer unterm Dach ein und es begann eine sehr fruchtbare Arbeit. Wir setzten durch, dass wir eine angemessene Entlastung bekamen, dass es monatliche Dienststellenkonferenzen mit der gesamten Leitung gab, dass regelmäßig Personalversammlungen stattfanden, so dass an unserer Schule nichts lief, ohne dass wir darüber informiert wurden und uns einmischen konnten. Bei Einstellungen, Findung neuer Leitungsmitgliedern waren wir dabei, bei Prüfungen und Beurteilungsgesprächen auf Wunsch. Wir hatten ein neues Instrument der Mitbestimmung und haben es intensiv genutzt!

Die Betriebsgruppenarbeit war aber weiterhin unser Ort für alle Angelegenheiten der Schule. Dort organisierten wir die Personalratswahlen, besprachen die Konferenzen, organisierten den Widerstand gegen Sparmaßnahmen. Unsere Schule war z. B. der Startpunkt für die Protestdemonstration der Hausmeister*innen gegen Outsourcing und Privatisierung.

Eine antirassistische Offensive

Durch unsere Schülerschaft in der Neustadt wurde ich mit ganz neuen Problemen konfrontiert: dem ›Ausländerrecht‹ und den Abschiebungen. 150 Familien sollten 2007 nach Afghanistan abgeschoben werden, da dort angeblich sichere Lebensbedingungen herrschten, was von Expert*innen bestritten wurde. Wir gründeten 2007 den *Bleiberechtsausschuss*.

Die Familien hatten nur eine Duldung. Das hieß, dass sie jederzeit in ihr Land zurückgebracht werden konnten, obwohl sie schon viele Jahre in Hamburg wohnten und oft sogar ihre Kinder hier geboren waren. Einige waren auch an unserer Schule. Wir vernetzten uns, auch mit Vertreter*innen afghanischer Organisationen und dem *Flüchtlingsrat Hamburg* und organisierten zusammen den Protest. Gespräche mit dem Senat (CDU/GAL) und Abgeordneten wurden geführt. 1200 Schüler*innen bildeten eine Menschenkette um die Binnenalster unter dem Motto *Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir dann zusammen!* Unser Protest war erfolgreich und die Familien konnten vorerst für ein Jahr bleiben.

Der *Bleiberechtsausschuss* blieb auch nach diesen Aktionen bestehen und arbeitete zu dem Thema weiter. Er wurde zur Anlaufstelle für Kolleg*innen, deren Schüler*innen von Abschiebung bedroht waren, und für die Unterstützung bei Protestaktionen. Wir trafen uns regelmäßig mit dem *Flüchtlingsrat* und den betroffenen Kolleg*innen und Schüler*innen; wir konnten verschiedene Male Abschiebungen verhindern und sogar einmal Kinder einer armenischen Familie zurückholen. Besonders häufig waren Rom*nja-Familien betroffen, die Anfang der 90er aufgrund des Jugoslawienkrieges nach Deutschland geflohen waren. Sie hatten sich integriert, die Kinder gingen zur Schule und jetzt sollten sie wieder zurückgeschoben werden. Von unserem Ausschuss ging auch die Beteiligung der GEW an dem bundesweiten Bildungstreik am 17. Juni 2009 aus: *Eine Schule für Alle!* war die erste Forderung. Wir haben bei den Vorbereitungsitzungen die Forderung *Kein Mensch ist illegal* eingebracht, um den Blick auf die Lage der Menschen ohne Papiere zu lenken. Am 29. Mai 2009 hat die Landesvertreterversammlung einen Antrag dazu beschlossen. Auch gegen das geplante zent-

rale Schülerregister mit Zugriff durch die Polizei wurde protestiert. Wir konnten bundesweit über 240.000 Menschen mobilisieren!

Der *Bleiberechtsausschuss* hatte zusammen mit Kolleg*innen der ver.di für den Tag nach dem Streik eine Veranstaltung organisiert zum Thema *Menschen ohne Papiere in Hamburg*. Die Schulsenatorin Christa Goetsch, auch GEW-Mitglied, ließ uns dort die Nachricht zukommen, dass auch die Kinder ohne Papiere die Schulen in Zukunft besuchen könnten – ohne Registrierung. Das war ein großer Erfolg für uns, den wir durch unser Engagement vorbereitet hatten. Durch den *Flüchtlingsrat* vernetzten wir uns in der Stadt mit anderen Initiativen, regelmäßig begann ich für die GEW in der *AG Flucht – Solidarische Stadt Hamburg* mitzuarbeiten, die Protest- und Aufklärungsaktionen zur Lage der Geflüchteten organisiert, aktuell zum Abbau des Asylrechtes durch das *Gemeinsame Europäische Asylsystem*.

In meiner Schullaufbahn hat sich die Zusammensetzung der Schüler*innen grundlegend verändert: War es in den 80ern in Farmsen bei 30 Schüler*innen ein Kind, hatten nun fast die Hälfte der Kinder in der Neustadt eine Migrationsgeschichte. Im Kollegium spiegelte sich die Internationalität aber kaum wider. Da gibt es noch viel zu tun!

Die PISA-Studie hat deutlich gemacht, dass wir die Schüler*innen mit Migrationsgeschichte nicht genügend fördern und besonders in Deutschland der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängig ist. Lernen in der Herkunftssprache, die Ausweitung des herkunftssprachlichen Unterrichtsangebots sowie die Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit im Unterricht wurden daher für mich zu einem wichtigen Anliegen. Seit meiner Pensionierung 2014 bringe ich mich schwerpunktmäßig im *Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus* (LAMBDA) ein, da im schulischen Alltag Mehrsprachigkeit, Interkulturalität und Antirassismus stärker in den Mittelpunkt gerückt werden müssen – gerade jetzt!

KARIN HAAS

Erinnern ist Befreiung

Eine Besprechung von Gabriele Teckentrups Interviewband ›Frauen in der 68er Bewegung‹, der sich den unbewussten Antriebskräften politischen Engagements widmet

Das wird wohl so weitergehen bis zu der Lebensphase, in der die Beschäftigung mit dem fühlbaren Lebensende bedeutsamer wird als die Vergangenheit: Das Erinnern an das eigene Leben oder genauer: von besonderen Phasen, Aspekten des eigenen Lebens. In dem Buch von Gabriele Teckentrup geht es darum, Erinnerungen von 68er-Frauen an die bewusst oder unbewusst erlebte Konflikthafte des Verhältnisses zu den Eltern unter psychoanalytischen Perspektiven anzuschauen. Das interessiert mich, gehöre ich doch jahrgangsmäßig und in Teilen sicher auch erlebnismäßig zu diesen ›Frauen in der 68er Bewegung‹ (so der Titel des Buches). Mal abgesehen davon, dass ich von den 11 interviewten Frauen einige persönlich kenne. Wir haben uns ›seinerzeit‹ nie zielgenau über diese Thematik unterhalten; umso neugieriger bin ich nun, von dem damals ausgeblendetem Biografischen etwas zu erfahren. Dazu kommt, dass ich davon ausgehe, eigene Erfahrungen mit denen der Frauen zusammenlesen zu können.

Den 11 Interviews vorgeschaltet ist der theoretische Teil, in dem Gabriele Teckentrup ihre Vorgehensweise skizziert. Ihr Vorgehen basiert auf psychoanalytischen Reflexionen und deren (Trauma-) Konzepten. Für Leser*innen ohne Vorkenntnisse wie mich sind diese Ausführungen herausfordernd, aber frau kann ja während des Lesens immer wieder zurückblättern, um sich zu vergewissern, dass etwas richtig verstanden worden ist.

Worum geht es Gabriele Teckentrup in ihrer Untersuchung? Es geht ihr »um die unbewussten Motive, die Frauen 1968 zu ihrem politischen Aufbruch bewegen haben« (S.23). Hierzu stellt sie eine Hypothese

auf, nämlich: »dass die Motive der Frauen für ihren politischen Aufbruch 1968 im Zusammenhang mit wohl traumatisierenden Erfahrungen und Erlebnissen zu sehen sind, die die Frauen auf dem Hintergrund von NS-Zeit, Krieg und Nachkriegszeit selbst und vermittelt erfahren haben« (S.24). Auch zu ihrer Arbeitsweise macht die Autorin erläuternde Anmerkungen: Sie führt narrative Interviews mit den Frauen, das sind erzählte Texte. Schon bei einem oberflächlichen Blick auf das Druckbild fällt auf, wie äußerst sparsam die Frage- oder Kommentaranteile der Interviewerin sind. Da kann wirklich viel und von außen ungenlenkt erzählt werden.

Das Geschilderte entspricht einerseits dem, was inzwischen zum Glück doch in zahlreichen Forschungsschriften und Erzählungen über diese Thematik veröffentlicht worden ist, andererseits ist jede individuelle Mädchengeschichte unglaublich und oft auch erschreckend empörend. Und was die anfängliche Hypothese angeht: Bis auf eine Ausnahme waren tatsächlich die Eltern oder andere Familienangehörige der interviewten Frauen mindestens Mitläufer*innen, wenn nicht aktive Unterstützer*innen des NS.

So wird in der abschließenden Betrachtung die Hypothese zur These: »Die Motive der Frauen der zweiten Generation für ihren politischen Aufbruch waren vor allem durch den unbewussten Wunsch geprägt, sich von der Schuld und Scham zu befreien, die, transgenerativ vermittelt, im Innern zunehmend als Last empfunden wurden und somit die eigene Autonomie- und Identitätsentwicklung zu blockieren drohten.« (S.201)

Mir hat der offene, wertschätzende, vorsichtige Ton in den Interviews sehr gefallen. Und dass die Autorin sich beim Blick auf ein unbewusstes Reagieren und Verhalten selbst einbezogen hat, hat eine Wärme in das Geschilderte gebracht, die das Buch über eine rein wissenschaftliche Darstellung hinaushebt.

Aber – und ein Aber ›muss‹ es ja geben: Die Frauen in der 68er-Bewegung sind nicht alle in NS-belasteten Familien groß geworden. Es gab auch Mädchen, die aufgewachsen sind mit unge-

schönten Erzählungen darüber, was ideologisch, politisch, gesellschaftlich und menschlich in der Nazi-Zeit ›los war‹, deren Eltern möglicherweise im Widerstand waren (ich habe das Glück, in einer solchen Familie groß geworden zu sein) – und sie waren als junge Frauen trotzdem (?) in der 68er-Bewegung aktiv. Da war offensichtlich ein anderes inneres Erleben Motor für das 68er-Engagement als die Schuld der Eltern. – Vielleicht eine weitere Untersuchung?

SUSANNE BERG, GEW Hamburg

»Es geht darum, sich die eigene Geschichte anzueignen«

Ein Gespräch mit der Psychoanalytikerin Gabriele Teckentrup

Liebe Gabriele, dein aktuelles Buch arbeitet an einer Sichtbarmachung der Protagonistinnen der 68er Revolte, die ja nicht nur in den damaligen politischen Praxen, sondern dann auch in der geschichtlichen Aufarbeitung eher marginalisiert wurden. Du hast 16 Frauen interviewt, die zu dieser Zeit waren, einige sind es noch immer. Was ist deine Verbindung zu ›1968‹ und diesen Frauen?

Gabriele Teckentrup: Ich bin selbst eine von den Frauen, die in der 68er Zeit politisch aktiv wurden und ausgebrochen sind aus den traditionellen Vorstellungen darüber, wie Frauen zu sein haben. Es ist für mich eine enorm wichtige Zeit gewesen, um Erfahrungen zu sammeln, was gesellschaftlich und politisch als Frau möglich und was nicht möglich ist. Anfang der 70er Jahre bin ich dann in der GEW aktiv geworden, Ende der 70er Jahre war ich stellvertretende Vorsitzende, zusammen mit Peter Daschner und Dietrich Lemke als Vorsitzenden. Es war die Zeit der Berufsverbote, der Auseinandersetzung um Meinungsäußerungsfreiheit und die der zunehmenden Anti-AKW-Bewegung. Und wir haben den ersten Beamtenstreik organisiert. Alle Frauen, die ich interviewt habe, kenne ich persönlich auch aus der GEW-Arbeit und aus meinem späteren Engagement bei den *Grünen*. 1988 haben wir die *Frauenliste* initiiert, bei der es darum ging, dass für die GAL (damals *Grün-Alternative Liste*)

ausschließlich Frauen bei der Bürgerschaftswahl kandidieren sollten.

Was hat dich dann motiviert, diese Interviews zu führen?

Ich habe Mitte der 80er Jahre eine psychoanalytische Ausbildung begonnen und danach, Anfang der 90er Jahre auch meine Beamtenstelle als Lehrerin gekündigt, weil mich zunehmend die Fragen hinter den Fragen interessiert haben: Was sind die unbewussten Beweggründe für das, was wir tun, was treibt uns eigentlich an? Ein Thema, das mich dabei ganz wesentlich beschäftigt hat, ist die Bedeutung, die Nationalsozialismus und der Krieg für uns hat. In dem Zusammenhang habe ich mich mit der Bedeutung von Traumatisierung und der transgenerativen Vermittlung von Traumatisierung beschäftigt. Das war damals noch ein Forschungsschwerpunkt insbesondere von jüdischen Analytiker*innen wie beispielsweise Ilany Kogan und Judith Kestenberg. Dan Bar-On hat erstmals über die Kinder von NS-Tätern geforscht und deren Interviews in seinem Buch *Die Last des Schweigens* veröffentlicht. Das hat mich damals sehr beschäftigt, auch in Bezug auf mein eigenes Leben, meine eigene Vergangenheit und meine Motivation für das, was ich tue. Dass es einen Zusammenhang zwischen unserer faschistischen Vergangenheit und dem 68er-Aufbruch gibt wurde ja zunehmend ein Thema auch in der öffentlichen Diskussion, aber weniger, was denn die unbewussten Antriebskräfte für den gesellschaftlichen und politischen Aufbruch gewesen sein könn-

ten. Margarete und Alexander Mitscherlichs Buch über *Die Unfähigkeit zu trauern* war zwar bereits 1967 veröffentlicht, aber die Diskussion drüber wurde weniger breit ausgetragen. Gleichzeitig war mir aufgefallen, wie wenig Frauen in den Publikationen über '68 auftauchen. Mein Anliegen war es, mithilfe der Interviews mehr über die unbewussten Beweggründe von Frauen der sogenannten Zweiten Generation zu erfahren, die dazu geführt haben, dass Frauen 1968 ausgebrochen sind aus ihren traditionellen Rollen und sich gesellschaftlich und politisch engagieren wollten, und welche Bedeutung dabei die Einstellung ihrer Eltern zum Nationalsozialismus und Krieg und deren mögliche Traumatisierung durch die NS-Zeit hatte.

Die Interviews hast du ja schon 1995 geführt, warum erscheint dein Buch erst jetzt?

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Ich habe das Buch tatsächlich erst jetzt fertig gemacht. Ich hatte lange Zeit das Gefühl, dieses Thema sitzt mir so unter der Haut, dass ich keinen angemessenen, das heißt objektiven oder distanzierten Blick darauf bekommen kann. Bei der Auseinandersetzung habe ich mich immer wieder mit der Schuldfrage beschäftigt. Es ging mir ja nicht nur darum, die Interviewtexte zu veröffentlichen, sondern ich wollte nach den unbewussten Motiven für den Aufbruch der Frauen forschen. Dabei hatte ich immer wieder die Befürchtung, ich könnte den Frauen und ihrer Geschichte nicht gerecht werden, bis hin, dass ich befürchtete, ich könnte zur Verräterin an der Sache der Frauen werden. Ich verstand zunehmend, wie bedeutsam Gefühle von Scham und Schuld waren und auch wie die Schuld der Elterngeneration an uns weitervermittelt wurde.

Ein weiterer Grund ist die mangelnde Unterstützung in der Zeit, als ich das Projekt als Dissertation geplant hatte. Ich hätte aus finanziellen Gründen ein Stipendium gebraucht und habe deswegen am *Hamburger Institut für Sozialforschung* mit Wolfgang Kraushaar gesprochen, dessen Forschungsschwerpunkt damals die 1968er-Bewegung war. Der fand das Thema und meine Fragestellung nicht wichtig, er hielt meine Frage für »nicht forschungsrelevant«. Interessant daran ist, dass ich mich davon ins Bockshorn habe jagen lassen: Kraushaar hat mein Projekt entwertet und ich habe mich damit identifiziert, indem ich es beiseitegelegt habe. Hinzu kam, dass es zu dieser Zeit einige private Einbrüche gab, so dass ich nicht die Zeit und die Kraft hatte, mein Vorhaben weiterzuverfolgen.

Vor einigen Jahren sind einige der von mir interviewten Frauen gestorben, und ich habe gedacht: Jetzt muss ich das zu Ende bringen. Die Frauen sind Zeitzeuginnen von einer ganz wichtigen ge-

sellschaftlichen Bewegung. Ich fühlte mich den Frauen, aber auch mir selbst verpflichtet, das Buch fertigzustellen. Also auch hier war es wieder ein Gefühl von Schuld, das mich antrieb, aber auch getragen hat, das Projekt abzuschließen.

Wie bist du in der Deutung der Interviews vorgegangen, was bedeutet es, eine psychoanalytische Perspektive einzunehmen?

Meine Methode war die der Tiefenhermeneutik, bei der es darum geht, das, was unverstanden und undeutlich geblieben ist, aufzuklären oder ihm näher zu kommen. Dabei ging es mir nicht drum, die Frauen und ihre Beweggründe zu analysieren, sondern die Texte ihrer Interviews. Es ging mir weniger darum, zu fragen: *Was* erzählt der Text, sondern, *wie* wird etwas erzählt und wie erlebe ich mich in der Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Text? Alfred Lorenzer hat diese Zugangsmethode »szenisches Verstehen« genannt.

Ein wiederkehrendes Moment in den biografischen Reflexionen der Frauen ist das Schweigen: als Ausdruck gesellschaftlicher und persönlicher Tabuisierung der Mittäterschaft der Elterngeneration, als Ausdruck von Verdrängung und Verleugnung...

...ja, über diesen psychischen Mechanismus, der sich ja unbewusst einstellt, wird der Zugang zu dem Gefühl versperrt, das mit dem Thema verbunden sein könnte. Ich würde dem Schweigen noch das *Beschweigen* und das *Banalisieren* hinzufügen, denn wenn das Thema innerhalb der Familien aufkam, dann wurde es häufig übergangen, darüber sollte, durfte nicht weiter geredet werden. So blieb es undeutlich, wodurch die Ahnung von der Gefährlichkeit des Themas, aber auch die Neugier daran zusätzlich verstärkt wurde. Oder es wurde banalisiert, z. B. dadurch, dass Väter unterhaltsame Geschichten über ihre Erlebnisse an der Front erzählten. Das diente unbewusst dem Schutz vor bedrohlichen Gefühlen, z. B. von dem Erleben unerträglichen Grauens, aber auch von Schuld und Beschämung. Zugleich wurde durch Schweigen und Tabuisieren der Zugang zum Erleben der eigenen Geschichte versperrt. Genau das ist das Wesen des Traumas: Es durchtrennt die Verbindung zwischen dem als unerträglich erlebten Ereignis und dem Empfinden dazu. Ein Trauma trennt immer das Wissen um das Ereignis von den Gefühlen darum. Das hat auch eine psychische Schutzfunktion: Es schützt vor dem, was ich nicht ertragen oder wofür ich mich schämen oder schuldig fühlen könnte. Was dennoch bleibt ist eine Ahnung davon, dass es



Foto: Heike Günther

da doch etwas gibt, worüber nicht gesprochen oder wonach nicht gefragt werden darf. So blieben viele Fragen ohne Antworten und vielleicht haben die Töchter sich auch nicht getraut sie zu stellen, in der Ahnung, dass sie die Eltern damit in ihrem Sicherheitsgefühl bedroht hätten. Diese Schuld kann man als Kind nicht auf sich laden, die Eltern zu gefährden, auf die man als Kind ja auch angewiesen ist.

Dass ein bestimmtes Sprechen, eine Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus nicht stattfinden konnte, hatte doch aber sicherlich nicht nur individuelle, sondern auch gesellschaftliche Ursachen?

Darüber habe ich lange nachgedacht. In den Interviewtexten wird oft deutlich, wie distanziert die

Frauen über sich und ihre Geschichte sprechen. Ich habe mich, auch im Gespräch mit Kolleg*innen, gefragt, ob diese Art, so distanziert über die eigene Geschichte zu sprechen, auch damit zu tun hat, dass es selbst in den 90er Jahren noch sehr schwierig war, für die eigenen Gefühle eine Sprache zu finden. Das ist vielleicht erst durch die Psychotherapiebewegung möglich geworden, die sich seit den 70er Jahren zunehmend entwickelt hat.

Aber hat das nicht auch etwas damit zu tun, dass diese Aufarbeitung nach '45 gesellschaftlich nicht in einer Weise vollzogen wurde, die es ermöglicht hätte, sich im Sprechen über diese Zeit angemessen zu sich selbst in ein Verhältnis zu setzen?

Das stimmt. Die 50er Jahre waren eine Zeit, in der man nicht über das Vergangene sprechen wollte: »Es ist vorbei... vorbei ist vorbei... ich will an meine Schuld nicht rühren... ich bin daran nicht schuld gewesen... es ist mir so passiert... das war doch Hitler...« – Darüber zu sprechen, könnte alles nur schlimmer machen, Vergangenes aufrühren. Die Mitscherlichs sprechen in *Die Unfähigkeit zu trauern* davon, dass alle Anlässe, die Empfindungen von Schuld oder Scham bezüglich des Nationalsozialismus hätten auslösen können, zu einem Tabu wurden, über das nicht gesprochen werden durfte, das verleugnet werden musste. Dieser Mechanismus dient dazu, das Unerträgliche fernzuhalten und es schützt auch vor der Angst vor einem psychischen Zusammenbruch.

Und diese Dynamik spiegelt sich ja dann auch im Umgang der Töchter mit dem Beschweigen der Eltern?

Das meine ich im Buch mit dem Begriff »Familiengeheimnisse«, die dann als Gefühlserbschaften transgenerativ an die nächste Generation vermittelt werden, wie Sigmund Freud das beschreibt: Ein Gefühl, das nicht in Sprache gebracht werden kann, weil es unerträglich erscheint, wird unbewusst an die nächste Generation vererbt. Dieses Erbe führt dazu, dass die Erben, also die Töchter der nächsten, der zweiten Generation nicht auseinanderhalten können, welches Empfinden zum eigenen Erleben gehört und welches eigentlich fremd ist, weil es von der vorherigen Generation weitergegeben wurde. Die Verwirrung, die daraus entstehen kann: – Was gehört eigentlich zu mir? Was hat mit mir gar nichts zu tun? – wird dann agiert, als eine Möglichkeit, sich von dem Unerträglichen zu befreien. Wir nennen es den »Wiederholungszwang«. Meine These ist, dass viele der Frauen in den Rollen, die sie nach '68 in den politischen Organisationen eingenommen hatten, so eine Art von Schuld abgeleistet haben, die eigentlich nicht ihre war – z. B. indem sie sich den »herrschenden« Anforderungen – also denen der Männer – angepasst haben, einige haben bis zur Erschöpfung die sogenannten »niederen« Arbeiten übernommen, keinen Widerstand geleistet. Allerdings zeigt sich in den Interviews auch, dass die Frauen über ihre Beschämung darüber sprechen konnten und somit auch die Verantwortung für ihr Verhalten übernommen haben.

Interessant ist ja auch, dass die Wut der Frauen über die in den Politgruppen noch vorherrschende traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung oft erst sehr viel später hochkam – oder bis heute anhält. In dem Interview von Sabine Breustedt kommt das ja sehr

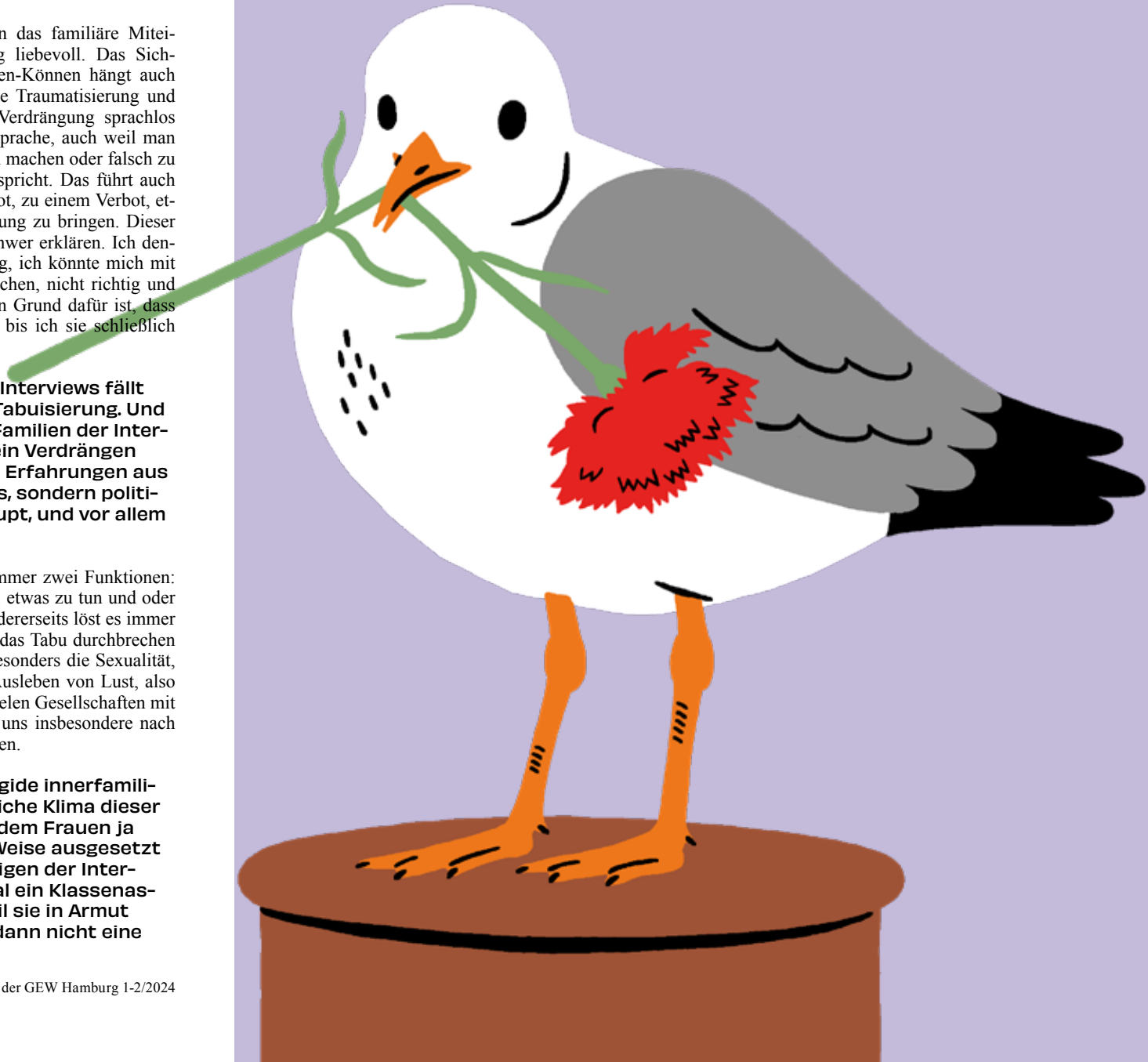
deutlich zum Ausdruck, als sie sagt, dass sie »noch heute Wut auf solche Mackertypen [habe], wie sie da waren«. Aber nochmal zurück zur Problematik des Schweigens: In den Interviews zeigt sich auch, dass das Schweigen innerhalb der Familie stark die Beziehungsweisen prägte: Es konnte wenig miteinander gesprochen werden, die Beziehungen zwischen den Eltern und zu den Kindern waren überwiegend eher gewaltgeprägt als liebevoll und zuwendend.

Ja, die Frauen beschreiben das familiäre Miteinander eher als wenig liebevoll. Das Sich-nicht-Mitteilen- oder Zeigen-Können hängt auch damit zusammen, dass eine Traumatisierung und die damit einhergehende Verdrängung sprachlos macht: Man findet keine Sprache, auch weil man befürchtet, sich schuldig zu machen oder falsch zu sein, wenn man etwas ausspricht. Das führt auch zu einer Art von Denkverbot, zu einem Verbot, etwas sinngemäß in Verbindung zu bringen. Dieser Mechanismus lässt sich schwer erklären. Ich denke, dass meine Befürchtung, ich könnte mich mit meiner Arbeit schuldig machen, nicht richtig und gut genug zu sein, auch ein Grund dafür ist, dass es so lange gebraucht hat, bis ich sie schließlich abschließen konnte.

In deiner Analyse der Interviews fällt auch der Begriff der Tabuisierung. Und diese betrifft in den Familien der Interviewten ja nicht nur ein Verdrängen und Beschweigen der Erfahrungen aus der Zeit des Nazismus, sondern politische Themen überhaupt, und vor allem auch Sexualität...

Ja. Aber, ein Tabu hat ja immer zwei Funktionen: Einerseits ist es ein Verbot, etwas zu tun und oder über etwas zu sprechen, andererseits löst es immer auch eine Faszination aus, das Tabu durchbrechen zu wollen. Von daher ist besonders die Sexualität, in der es ja auch um das Ausleben von Lust, also von Triebhaftem geht, in vielen Gesellschaften mit einem Tabu belegt, so bei uns insbesondere nach dem Krieg in den 50er Jahren.

Wenn man sich das rigide innerfamiliäre und gesellschaftliche Klima dieser Zeit vor Augen führt, dem Frauen ja nochmal in härterer Weise ausgesetzt waren – wobei bei einigen der Interviewten auch nochmal ein Klassenaspekt hinzukommt, weil sie in Armut aufwuchsen – ist es dann nicht eine



ungeheure Leistung, sich von Elternhaus und Autoritäten zu emanzipieren, zu widersprechen, sich selbst politisches Wissen anzueignen, überhaupt zu einer Sprache und Artikulationsfähigkeit zu finden, Phantasie zu entwickeln für andere Lebensweisen und Beziehungsformen? Es waren ja enorme Widerstände zu überwinden, um selbst widerständig werden zu können.

Durchaus. Bei diesen Widerständen spielte auch das Schuldgefühl, die sogenannte Separationsschuld, eine große Rolle, die Angst vor dem Verrat an den Eltern. Sie war einerseits Antrieb, weil es in der Adoleszenz, in der die meisten der Frauen sich befunden haben, entwicklungsbedingt um Trennung und Ablösung von den Eltern geht – was andererseits hemmend sein kann, weil Trennung ja immer auch mit Schuldgefühlen einhergeht oder mit Trotz, deren heftiger Abwehr. Gefühle von Ambivalenz und Unsicherheit haben dabei eine wichtige Bedeutung, auch für die 68er-Frauen, wobei Unsicherheit und die Befürchtung, nicht richtig zu sein, mit heftigem Trotz und einer enormen Arroganz abgewehrt wurde: Wir machen es jetzt besser, wir schaffen die bessere Welt – das war auch ein bisschen megamanisch.

Und – jedenfalls lässt sich das den Schriften der männlichen Protagonisten von '68 entnehmen – auch stark von einem Omnipotenzgefühl getragen.

Ja. Es war ein Gefühl von: »Es gibt nichts, was uns aufhalten kann! Wir verändern die Welt, wie es uns gefällt und wie wir sie richtig finden. Wir leisten dafür Widerstand gegen die Mächtigen, anders als unsere Eltern.« Mich beschleicht eine Scham, wenn ich unsere Welt jetzt sehe, auch darüber, welche Arroganz mich damals getragen hat bei der Vorstellung, alles anders und richtig machen zu können. Wir hatten dabei die Schuldigen klar ausgemacht: Das war die Generation der Eltern. Und die überwiegende Mehrheit hatte ja auch Schuld an der Diktatur und dem Krieg. Was aber entscheidend dazu beitrug, dass die 68er-Bewegung möglich wurde, das war die Lust und der Spaß, von dem viele Frauen berichten: Die Lust an Bewegung, etwas in Bewegung bringen zu können, Erstarrtes aufzubrechen, Verbotenes zu tun, diese Lust hat eine unglaubliche Energie verliehen.

Was aber können wir deiner Ansicht nach aus den Erfahrungen der Frauen in der 68er-Bewegung lernen für Prozesse der Politisierung und des Emanzipierens von Autoritäten?

Was für mich wichtig war, ist, dass Frauen sich ihre Geschichte aneignen, und das geht nur, wenn wir verstehen, warum wir gehandelt haben, wie wir gehandelt haben. Dann ist es doch auch eine interessante Frage, warum nicht alle Frauen um '68 politisch aktiv wurden, so z. B. die Schwestern von vielen der Interviewten oftmals nicht. Wir waren gesellschaftlich ja eine Minderheit, dabei hatten wir eine große Chance, zu erleben, was es heißt, Gesellschaft zu gestalten aber auch die Verantwortung dafür zu übernehmen. So ist die *Frauenliste* der GAL später aus dieser Vorstellung entstanden, dass die Frauen jetzt mal die politische Verantwortung in die Hand nehmen müssten.

Gibt es etwas, was dich in deiner Auseinandersetzung mit den Interviews überrascht hat?

Ich bin überrascht und bedaure das auch ein wenig, dass ich auf die Frage der nächsten Generation, als Generation meiner Töchter, nicht gekommen und eingegangen bin. Es ist doch spannend, dass in den aktuellen Bewegungen wie z. B. *Fridays for Future* oder der *Letzten Generation* überwiegend Frauen nun vorne stehen und namentlich bekannter sind als Männer? Ich finde es eine interessante Frage, woran das liegt. Das würde ich gerne mehr verstehen.

Was ist für dich die am stärksten nachwirkende Einsicht, die du gewonnen hast?

Wie stark die transgenerativ vermittelte Schuld in der 68er-Bewegung eine antreibende Rolle gespielt hat. Zu glauben, man könnte die Schuld loswerden, indem man sie abwirft oder negiert, ist ein schwerwiegender Irrtum. Dass alles so grau und drückend erlebt wurde in den 50ern, das hat natürlich etwas damit zu tun, dass vieles in uns nicht lebendig werden durfte. Und was vor allem nicht lebendig werden durfte, war die Frage danach, was unser Anteil daran ist, dass es zu so einer Katastrophe kommen konnte. Sich von der Schuld an dieser Katastrophe befreien zu wollen, aber auch von der Enttäuschung – von der Beschämung, sich so haben täuschen zu lassen –, das wurde unbewusst von den ja tatsächlich schuldigen Eltern an die nachfolgende Generation weitergegeben und wurde auf diese Weise unbewusst sicherlich zu einem wesentlichen Motor, '68 in Bewegung zu kommen. Für mich ist es enorm wichtig, dass Frauen – wir alle – die Verantwortung für unsere eigene Geschichte übernehmen. Ein Weg dahin ist, sich zu erinnern und dafür eine Sprache zu finden. Das ist für die meisten Eltern der ›zweiten Generation‹ nicht möglich gewesen.

Ich finde gut, dass du hier nochmal den Begriff der Verantwortung ins Spiel bringst. Eine positive Rede über den Impuls, sich von dem Drückenden der Schuld zu befreien, könnte sonst auf problematische Weise nahelegen, dass man damit auch eine Komplizenschaft loswürde – das wäre in Bezug auf die Auseinandersetzung mit so etwas wie all den Dimensionen von Mitwirkung an der mörderischen Politik des Nazismus sicherlich nicht wünschenswert.

Nein! Es geht ja darum, sich die eigene Geschichte anzueignen und dafür Verantwortung zu übernehmen, und das ist nur möglich, indem man sich die Motive für das eigene Handeln bewusst macht. Und dazu gehört immer auch, dass man schuldig werden könnte. Das ist, was Erwachsen-Werden oder -Sein eigentlich ausmacht.

Damit hängt ja auch eine Schlussfolgerung zusammen, die du am Ende des Buches ziehst: Was wir aus dem politischen Engagement dieser Frauen lernen können, wäre ja nicht nur, wie man politisch tätig wird, sondern wie man es schafft, es zu bleiben – über alle Enttäuschungen hinweg. Weder Desillusionierung noch Ohnmacht müssen in Hoffnungslosigkeit und Resignation münden. Die Interviews zeigen: Gerade in der Auseinandersetzung mit Ohnmacht kann man der Resignation etwas entgegensetzen. Also »Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten«?

Ich glaube, dieses Zitat von Freud gewinnt noch eine besondere Bedeutung, wenn man es auf die derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Konflikte und Krisen überträgt. Veränderung ist ein langer Prozess und es gibt keine einfachen Lösungen für komplexe Fragen, es sei denn populistische und das bedeutet zugleich Betrug. Es geht darum, für Prozesse offen zu sein, damit Entwicklungen möglich werden. Räume zu schaffen, im Außen wie im Innern, in denen alles, was gedacht werden kann, auch gedacht werden darf. Das klingt ein wenig simpel, aber das ist für mich Demokratie. Dieser Prozess ist ziemlich anspruchsvoll und oft schwierig auszuhalten. Ich denke, und so habe ich die Frauen verstanden, dass sie sich für so einen Weg entschieden haben.

Gespräch: hlz (ANTJE GÉRA)

GABRIELE TECKENTRUP ist Psychoanalytikerin, Dozentin und Lehrsupervisorin u. a. am Michael-Balint-Institut Hamburg. Ihre Forschung widmet sich u. a. Fragen der Geschlechterdifferenz, des Traumas und der transgenerativen Traumatisierung durch Krieg, Flucht und Migration. Ende der siebziger Jahre war sie stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg.

DAS BUCH: Gabriele Teckentrup, *Frauen in der 68er Bewegung. Psychoanalytische Perspektiven auf einen Generationenkonflikt*, Bielefeld: transcript 2023, 246 Seiten, 45 Euro

Erinnern für die Zukunft

Lesung und Diskussion mit Gabriele Teckentrup zu ihrem Buch: **»Frauen in der 68er Bewegung. Psychoanalytische Perspektiven auf einen Generationenkonflikt«** am 24. April um 19 Uhr im Curio-Haus

Eine Veranstaltung der hlz-Redaktion mit dem Literaturzentrum im Literaturhaus Hamburg (LIT). Moderation: Antje Géra



Herzlicher Austausch: Gün Tank (mitte) mit Gerlinde Hartmann, Eva Klock, Johanna Kreuder, Heidemarie Thiele vom AfGG – Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik der GEW Hamburg

Es ist nie zu spät!

Gün Tank las aus ihrem Roman ›Die Optimistinnen‹ (2022), der den phantasievollen Widerstand und die beeindruckenden Kämpfe der ersten Arbeitsmigrantinnen würdigt.

Die vom AfGG – Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik der GEW Hamburg organisierte Lesung am 16. November 2023 ist gut besucht. Die Gäste finden sich zu einem kleinen Imbiss und Getränken in den Räumen des Curio-Hauses ein. Nach einem Grußwort der stellvertretenden GEW-Vorsitzenden stellt Eva Klock vom AfGG die Autorin Gün Tank vor, die dann beginnt, aus ihrem Buch *Die Optimistinnen. Roman unserer Mütter* zu lesen.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, wie wenig eigentlich über die sogenannten Gastarbeiterinnen der ersten Stunde bekannt ist, die ab den 70er Jahren in den Fabriken für Deutschland gearbeitet haben, dieses Land mit aufbauten und veränderten. Es zeigt sich, dass die vorherrschenden Bilder von diesen Frauen oft vorurteilsbehaftet sind – Zeit, mit diesen Vorurteilen aufzuräumen, was Gün Tank sowohl in ihrem Roman als auch in der Gesprächsrunde beeindruckend gelingt. Sou-

verän und freundlich begegnet die Autorin den unterschiedlichen Sichtweisen der Anwesenden und reichert das Bild migrantischer Frauen um oft unterschlagene Facetten an.

Ein weiteres wichtiges, spannendes und der Realität entnommenes Thema ist der Streik und der gewerkschaftliche Einsatz der Protagonistinnen des Romans. Dieser Arbeitskampf hat ein reales und historisches Vorbild in der bundesrepublikanischen Geschichte der Nachkriegszeit.

Einer ZuhörerIn, die sich wundert, dass Frauen immer noch schlechter bezahlt werden, antwortet Gün Tank: »Es ist nie zu spät, sich gewerkschaftlich zu engagieren!«, und als diese daraufhin erwidert, die Gewerkschaft habe diesen Zustand ja bisher nicht ändern können, antwortet eine weitere ZuhörerIn: »Wir sind die Gewerkschaft!«. So zeigte der Abend mit Gün Tank auch, wie wichtig gewerkschaftliche Arbeit ist.

EVA KLOCK, AfGG

Ein starker AfGG für starke Frauen* in der GEWertschaft!

Besonders gerne komme ich den Einladungen der Frauen des AfGG nach – ob für Grußworte wie bei der Lesung von Gün Tank, zu den bereits traditionellen Filmsichtungen zum internationalen feministischen Kampftag am 8. März oder den Sitzungen der Gruppe selbst. Für die GEW ist dieser Ausschuss einer der wichtigsten, denn die Rechte der Frauen* und die Gleichstellung (genderübergreifend) sind seit langem zentrale Querschnittsthemen. Weibliche* Biografien hervorzuheben, an denen deutlich wird, wie Gleichberechtigung funktionieren und hergestellt werden kann, an denen auch deutlich wird, warum es sich lohnt,

gemeinsam gegen Unrecht einzustehen und über Gleichstellung in Diskussion und ins Handeln zu kommen – das ist nur ein Bereich der wichtigen Arbeit des AfGG.

Mein großer Dank gilt den umtriebigen Frauen in unserer Gewerkschaft: Danke für euer Engagement bei Veranstaltungen, in den verschiedensten Gremien und bei den verschiedensten Themen! Es lohnt sich immer, den Einladungen des AfGG nachzukommen!

YVONNE HEIMBÜCHEL,
1. stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg

Maria Montessori – La nouvelle femme (Frankreich 2024)

Einladung des AfGG zur Filmpräsentation am Dienstag den 5. März um 19 Uhr im Abaton-Kino

Unerwartete Einblicke in das Leben einer berühmten Frau und Reformerin (1870-1952): Maria Montessori war persönlich und öffentlich feministisch engagiert, aber nicht ohne Widersprüche und Irrtümer. So war sie 1896 Vertreterin Italiens in Berlin beim *Internationalen Kongress für Frauenbestrebungen* in Berlin, zugleich aber – wie neuere Forschungen zeigen – durchaus bestrebt, ihr Bildungskonzept ab 1924 in das Bildungssystem des faschistischen Italien einzubringen. Erst 1934 distanzierte sie sich von diesem Weg. Zeitgleich

verbot Mussolini die Montessori-Pädagogik in allen italienischen Einrichtungen.

Mit der Filmpräsentation als Auftakt will die GEW Hamburg eine kritische Auseinandersetzung mit Montessori in Gang setzen.

Die Veranstaltung findet statt im Rahmen der Hamburger Angebote zum Internationalen Frauentag 2024. Anmeldung unter www.gew-hamburg.de, der Eintritt ist frei.

Warm Up zum Internationalen Frauentag

Der DGB Hamburg lädt die Frauen* unserer Stadt zu einem feministischen Abend ins Gewerkschaftshaus ein – zum **Begegnen, Kennenlernen, Vernetzen, Diskutieren, gemeinsam Essen, Lachen und Pläne schmieden!**

Wir freuen uns auf spannende Themen an unseren Diskussionstischen, auf ein tolles Rahmenprogramm und einen gemeinsamen Abend mit euch!

Grußworte hört ihr von:

Tanja Chawla – Vorsitzende DGB Hamburg

Katharina Fegebank – Zweite Bürgermeisterin & Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Bedra Duric – IG BAU & Vizepräsidentin Arbeitnehmende Handwerkskammer HH

Unser Abend dreht sich inhaltlich in diesem Jahr besonders um Themen von **Frauen* mit Migrationsgeschichte**, die in der Regel mit mehrfacher Benachteiligung in ihrem Erwerbsleben und bei der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe konfrontiert sind. Deutlich wird das oft am Gehalt, aber auch bei der Teilhabe an Digitalisierung oder an Weiterbildung. Es ist wichtig, dass Frauen* mit Migrationsgeschichte nicht nur im Arbeitsleben, aber ganz sicher auch dort sicht- und hörbarer werden; wir stehen Seite an Seite und sind Verbündete.

Darüber und noch viel mehr wollen wir uns mit euch austauschen und gemeinsam auf den Internationalen Frauentag einstimmen.

Wann und wo?

→ 7. März 2024, 18 Uhr ←

**Musiksaal, Gewerkschaftshaus
am Besenbinderhof 57a**

Die Veranstaltung ist kostenfrei, die Plätze begrenzt, eine persönliche Anmeldung zur Teilnahme notwendig bis **spätestens 23.02.2024** an:
hamburg@dgb.de

hlz

101. Jahrgang 2023

**Verfasser*innen-
verzeichnis 2023**

Abrams, Rudolf: 100 Jahre Schulpsychologie in Deutschland 1-2/67

AG Queere Lehrer*innen Hamburg: Ein Umfeld schaffen, das diskriminierungsarm ist 3-4/33

Ammonn, Anna/Riekmann, Barbara: »Ich hab' die Wörter verloren« – zu den Herausforderungen der Stadteilschule seit der Corona-Pandemie 1-2/28

Artus, Ingrid: Frauen* streiken anders 5-6/31

Augs, Mo: Kleine Geräte – große Gefahren 11-12/56

Bachteler, Frieder: s. Paul, Jürgen 3-4/79

Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin /Kubon, Sebastian: Forschung auf ALG 1 und Hartz IV 7-8/43

Beer, Florian/Heimbüchel, Yvonne /King, Alexander: Niemals wieder! Nie wieder Auschwitz! 1-2/68

Berg, Susanne/Geffers, Joachim /Heede, Manni /Svensson, Wolfgang: Das hätten wir uns früher gewünscht 1-2/11

Bernhardt, Frank: Zur Ideologie der »Leistungsgerechtigkeit« 5-6/62
- Wessen Digitalisierung zu wessen Nutzen? 3-4/80
- Die reaktionäre Offensive 9-10/75

Bispinck, Reinhard: Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: zur Geschichte des TVöD und TV-L 5-6/13

Boateng, Gloria: »Nio« – eine Unterrichtsidee zum Entdecken von Vielfalt 3-4/69

Bohn, Karsten/Stêrk, Dilan: Şahmaran: »Frau, Leben, Freiheit!« 9-10/52

Brandt, Eberhard: Arbeitsstudien als gewerkschaftliche Kampfmittel 11-12/21

Brigitte/Edith/Hans/Jochen /Renate/Veronika/Volker: Otto fehlt uns! 9-10/19

Brauer, Gerhard: Solidarität in den Gewerkschaften ist unabdingbar 11-12/15
/Hufert, Karin: Beihilfeberechtigung anpassen! 1-2/15

Bredefeld, Charlien: Prekäre Lehre 7-8/24

Bularo Ye, Aline: s. Offen, Zuri 3-4/74

Bullan, Klaus/Strauß, Sigrid: Kinderarmut und Kinderrechte in Zeiten von Corona 1-2/30

Chawla, Tanja: Keine Zeit für Ablenkungsmanöver 3-4/34

Dehnert, Fredrik/Rettmer, Birgit: Nicht nachlassen! 9-10/10

Driesner, Lena: Alle wollen Inklusion, niemand möchte dafür zahlen! 7-8/13

Edith: s. Brigitte 9-10/19

Eichhorn, Kristin: s. Bahr, Amrei 7-8/43

FG Sonderpädagogik & Inklusion der GEW Hamburg: Für das Recht auf Bildung aller! 3-4/18

Fasshauer, Helga/Hartmann, Gerlinde /Jacobs, Susanne /Klock, Eva/Kreuder, Johanna /Thiele, Heidemarie: Geschlechtergerechte Sprache: Sicht- und Hörbarkeit für alle Geschlechter 3-4/32

Fechner, Rainer: Die »Initiative Flexible Oberstufe« 11-12/24

Fuchs, Christiane/Heinrich, Mathis: »Eine bewusste politische Entscheidung« 7-8/47

Gedai, Manfred: Außer bloßen Ankündigungen passiert nichts! 7-8/10

Geffers, Joachim: s. Berg, Susanne 1-2/11
- Haltet den Dieb! 5-6/48

Géra, Antje: Perspektiven aus der Krise 1-2/40
- Abwarten, aber nicht aufgeben 3-4/13
- Anti-Genderismus als Strategie 3-4/37
- Vom Verbindenden zum Verbündenden 3-4/47

- Shine Bright Like Fake Diamonds 3-4/57
- »Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in Bezug auf Vielfalt« 3-4/65
- »Eine Kröte schlucken« für mehr Kröten 5-6/10
- Aufbruch durch Streik 5-6/36
- »Das Haus brennt!« 5-6/41
- Prekärer Kopf formuliert nicht gern 7-8/15

- »...wenn man sich entsprechend des AZM verhalten würde, würde »Schule« zusammenbrechen 9-10/34
- Neu, aber alles andere als besser 9-10/47
- »Ein Buch für alle, die schon mal gestolpert sind« 9-10/58
- »Der Schnee ist mit uns!« 11-12/10

/Sebastian Schreull: »Um den Kampf kommt man nicht herum« 9-10/25

Geschäftsführender Vorstand der GEW: Solidarität mit der israelischen Bevölkerung und humanitäre Unterstützung für Gaza 11-12/72

GEW-Betriebsgruppe der Max Brauer Schule: Sind wir noch zu retten? 7-8/74

GEW Bund: Arbeitgeber*innen legen kein Angebot vor 1-2/9
- Geschlossene Kitas am Internationalen feministischen Kampftag 3-4/8

GEW Fachgruppe Berufliche Schulen: Eine Reform muss dringend angestoßen werden! 9-10/23

GEW Hamburg: »Kolleg*innen, Ihr braucht mehr!« 11-12/11

Gondermann, Susanne: Hamburger Arbeitszeitmodell? Nein danke! 9-10/44

GPR: Vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit? 1-2/19
- Welcome to the Jungle – Gesundheitsschutz in der BSB 1-2/20
- Nichts, nada, niente 7-8/11
- Mehrarbeit durch die Hintertür

7-8/12
- Zum Jubiläum 9-10/21
- Kein Arbeits- und Gesundheitsschutz, nirgends 11-12/43
- Wozu Gesundheitsschutz, wenn sich eine Pandemie auch aussitzen lässt? 11-12/54

Greiff, Tom: s. Nwosu, Amma 7-8/77

Gruber, Svea: »Tutorin zu sein, muss man sich leisten können!« 7-8/25
- Gemeinsam in die Offensive! 7-8/31
- **/Patzker, Stina/Vollmer, Simon:** Israel: Eine Erkundungsreise 5-6/56
- **/Heil, Heidi/Koch, Merle:** Jung, akademisch, prekär 7-8/17

Hans: s. Brigitte 9-10/19

Hansen, Marianne: Unterwegs in der Geschichte; Senior*innenpolitische Fachtagung 9-10/18
/Sohns, Christel/Raabe Wolfgang: Pensionär*innen werden abgehängt 1-2/18

Hansen, Nils: Rückenwind für starke Stadtteilschulen 1-2/24

Hansen, Tim: Was spricht für eine Vier-Tage-Woche als freiwilliges Angebot in der pädagogischen Arbeit? 3-4/16

Hartmann, Gerlinde: Wut und Mut 3-4/44
- s. Fasshauer, Helga 3-4/32

Hartmann, Thilo: Dürfen Beamt*innen streiken? 5-6/23

Haß, Bodo: Mit langem Atem zum Erfolg 9-10/12
/Quiring, Sven: »Rechtsoffen« – reales Problem oder Kampfbegriff? 11-12/30
- s. Quiring, Sven 1-2/3
- s. Quiring, Sven 3-4/3
- s. Quiring, Sven 5-6/3
- s. Quiring, Sven 7-8/3
- s. Quiring, Sven 9-10/3
- s. Quiring, Sven 11/12/3

Heede, Manni: Urteil zur Nazi-Biographie erneut verschoben 1-2/72
- Gericht verbietet Zitate von NS-Senator Toepffer 7-8/73
- s. Berg, Susanne 1-2/11

Heil, Heidi: s. Svea Gruber 7-8/17

Heimbüchel, Yvonne: Warum ein innergewerkschaftlicher Diskurs zur Geschlechterdemokratie notwendig

ist 3-4/30
- Es wird Zeit für echte Arbeitszeit! 9-10/45
- Statt »G9 vs. G8«: eine Debatte um ein zukunftsfähiges Schulsystem! 11-12/24
- s. Quiring, Sven 1-2/3
- s. Beer, Florian 1-2/68
- s. Quiring, Sven 3-4/3
- s. Quiring, Sven 5-6/3
- s. Quiring, Sven 7-8/3
- s. Quiring, Sven 9-10/3
- s. Quiring, Sven 11-12/3

Heinrich, Mathis: s. Fuchs, Christiane 7-8/47

Heitmann, Daniel: Die Situation des Pädagogisch-Therapeutischen Fachpersonals an Hamburger Schulen 1-2/46

Heitzmann, Daniela: Wir müssen (mehr) reden! 7-8/68

Hergenhan, Jutta/Tauche, Henning: Rückkehr zur Klassenfrage? 7-8/59

Hinzelin, Marc: ...und sie bewegen sich doch! 7-8/33
- Ein akademisches Trauerspiel in fünf Aufzügen 7-8/41

- **/Hoth, Julian, Meissner, Jochen:** Kommt zur GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung! 7-8/42

Hoch, Uli: s. Quiring, Sven 1-2/50

Hufert, Karin: Gesund in den Ruhestand 1-2/17, 3-4/25, 5-6/53, 7-8/81, 9-10/55, 11-12/19
- Es geht los! 11-12/20
- s. Brauer, Gerhard 1-2/15

Huber, Christina Maria: Das Sprachliche ist politisch 3-4/35

Jacobs, Susanne: Eine Relektüre nach fünf Jahren 3-4/41
- (M)ein Blick auf (m)eine Mutter 3-4/46
- s. Fasshauer, Helga 3-4/32

Jochen: s. Brigitte 9-10/19

Kalwies, Hannelore: »Und was machen Sie so, um Geld zu verdienen?« 1-2/58
- Sternstunden der Hamburger Schülerkonzerte 3-4/75

Kastner, Jens: Ohne Warnstreiks geht es nicht! 3-4/12

Keller, Andreas: Forschenden an Unis helfen, nicht schaden 7-8/46

King, Alexander: Menstruationstassen nach

Havanna! 1-2/74
- s. Beer, Florian 1-2/68

Kirsche, Gaston: Mantelpaviane und Elefanten – Streik im Zoo 9-10/79
- Der Hafen ist kein Casino! 11-12/76

Klaß, Jutta: Es war ein Verbrechen des Staates 1-2/79

Klock, Eva: »Frauen* – seid solidarisch« 3-4/44
- s. Fasshauer, Helga 3-4/32

Klotz, Andreas/Zunker, Detlef: VHS Fair- wir protestieren weiter! 1-2/12

Koch, Merle: s. Svea Gruber 7-8/17

Koch, Rhonda: Fürs Gemeinwohl streiken 5-6/27

Krempkow, René: Gleiche Chancen für alle? 7-8/63

Kreuder, Johann: s. Fasshauer, Helga 3-4/32

Kubon, Sebastian: Frist first 7-8/49
- s. Bahr, Amrei 7-8/43

Kühnel, Liese: Der Fucktor 9-10/32
- Ladenhüter Beziehungsarbeit 9-10/42
- Tod oder Beamtin? 11-12/58
- Vormittags Überlastung, nachmittags Meditation 11-12/60

Lafrentz, Sabine: Die Mittel sind dem Bedarf anzupassen, und nicht umgekehrt! 1-2/11

Landesschulbeirat Hamburg: Gesundheitsschutz als Maßnahme gegen Fachkräftemangel 11-12/49

Lehrer*innenkammer: In Systematik, Prozess und Wirksamkeit unzureichend 11-12/45

Lein, Gerhard: Problematisch und nicht verfassungskonform 5-6/54

Mettlau, Christiane: Mission Inklusion – im (un)sozialen Raum verglüht? 5-6/45

Michalik, Kerstin: »Werte und Normen« statt »Religionsunterricht für alle« 1-2/51

Mittelbau Initiative Hamburg: Berliner Gesetz, Bremer Modell, Hamburger Weg? 7-8/38

Müller, Ivy May: Vom Ringen um Inklusion in einem exkludierenden

Bildungssystem 1-2/26

Muhl, Florian: Sondervermögen für eine Bildungswende, statt Militarisierung 11-12/27

Neckermann, Carla: Studieren ohne staatliche Unterstützung: Zur prekären Lebensrealität von Studierenden 7-8/23

Netzband, Bernd: Von den antifaschistischen Anfängen einer »Sonderschule für spastisch Gelähmte« bis zur »inkluisiven« Gegenwart 1-2/62

Niedrig, Heike/Petersen, Anke: Wer und was spaltet hier wen? 9-10/16

Nittel, Dieter: Die Macht der Ideologie – oder: »Folge der Spur des Geldes« 1-2/55

Nowak, Jörg: Ein bisschen verboten: Politischer Streik 5-6/17

Nwosu, Amma/Greiff, Tom: Mit Empowerment und Sensibilisierung zusammenwachsen 7-8/77

Offen, Zuri/Sillah, Leonie /Buaro Ye, Aline: »Don't touch my Crown!« 3-4/74

Pahle, Birgit: Prekäre Publikums- und Selbstbeschimpfung 7-8/71

Paresse, Charles: Vermeintlich neutrale Experten 9-10/72

Paul, Jürgen/Bachteler, Frieder: Von Mao zu Kant 3-4/79

Peters, Volker: Der gewerkschaftliche Kampf für Schulbildung in Malawi 1-2/76

Petersen, Anke: s. Niedrig, Heike 9-10/16

Pospiech, Felix: Schichtarbeit als Gesamthafenarbeiter 11-12/78

Quiring, Sven/Heimbüchel, Yvonne/Haß, Bodo: hlz-Notiz 1-2/3, 3-4/3, 5-6/3, 7-8/3, 9-10/3, 11-12/3
- Traumjob Schulleitung – oder Albtraum Burnout? 11-12/62
- s. Haß, Bodo 11-12/24
/Hoch Uli: Der Schuh drückt weiter 1-2/50

Raabe, Wolfgang: s. Hansen, Marianne 1-2/18

Radtke, Holger: Das Jahresgespräch Beihilfe 2022 1-2/14

Redaktion: Jetzt streikt's 1-2/6
- Frühlings Erwachen – oder die Schönheit des »Megastreiks« 3-4/6
- Gendern in Hamburg 3-4/27
- Wie streikbereit wirst Du gewesen sein? 5-6/6
- Endlich feiern! 7-8/6
- Für einen hilfsbereiten Antifaschismus 9-10/6
- The Heat Is On! The Beat Goes On! 11-12/6
- We Got 99 Problems, but »Rechtsoffenheit« Ain't One? 11-12/30

Remmers, Lea: 45 Jahre Frauenhäuser in Hamburg 3-4/49

Renate: s. Brigitte 9-10/19

Rettmer, Birgit: s. Dehnerdt, Fredrik 9-10/10

Riekmann, Barbara: s. Anna Ammann 1-2/28

Römer, Bruni: »Unterschiede machen uns reich« 11-12/74

Sass, Katharina: Die Politik der Gesamtschulreform 1-2/35

Schmerheim, Philipp /Stenzel, Gudrun: An die, die wir nicht werden wollen 1-2/60

Schreull, Sebastian: s. Antje Géra 9-10/25
- Die Hamas hat den Traum vom Frieden ermordet 11-12/65

Schumann, Brigitte: Inklusion heißt Abschaffung der frühen Leistungsselektion 1-2/32

Schuster, Anthony: Wie weit kann die Rechte gehen? 9-10/64

Schwede, Olaf: Amtsangemessene Alimantation 5-6/52

Sillah, Leonie: s. Offen, Zuri 3-4/74

Sohns, Christel: s. Hansen, Marianne 1-2/18
- Eine gute Tradition 11-12/14

Steffens, Sarah: Ein Krümel macht nicht satt 3-4/54

Stenzel, Gudrun: s. Schmerheim, Philipp 1-2/60
Stêrk, Dilan: s. Bohn, Karsten 9-10/52

Strauß, Sigrid: s. Bullan, Klaus 1-2/30

Svensson, Wolfgang: s. Berg, Susanne 1-2/11
- Die Wahrheit in den Fakten suchen 9-10/66

Thiele, Heidemarie: Eine Tochter erinnert sich (anders) 3-4/45
- Feste Feiern 7-8/9
- s. Fasshauer, Helga 3-4/32

Tügel, Nelli: Die reaktionäre Tradition brechen 5-6/19

Veronika: s. Brigitte 9-10/19

Volker: s. Brigitte 9-10/19

Vorstand des Verbandes für Stadtteilschulen Hamburg: »G9«: ine unnötige Debatte, elitär und teuer 11-12/26

Wälz, Christoph: Streikrecht ist Menschenrecht 5-6/21

Wehner-Wöbbeking, Bettina: Am gesellschaftlichen und politischen Leben mitwirken – ohne Altersdiskriminierung! 11-12/18

Zunker, Detlef: Erfolg der Kampagne »VHS-Fair« 9-10/14
s. Klotz, Andreas 1-2/13

Sachverzeichnis 2023
45 Jahre Frauenhäuser in Hamburg 3-4/49

AK Philosophie und Religion 1-2/51, 5-6/54
Akademische Prekarität als Privileg und Diskriminierung 7-8/59
Aktivitäten der BG Ruheständler*innen 9-10/18
Antifa 1-2/68, 7-8/73, 9-10/64, 11-12/30
»Anti-Genderismus« als Strategie 3-4/37
Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien 1-2/60
Arbeitszeitstudien als gewerkschaftliche Kampfmittel 11-12/21
Aufbruch durch Streik 5-6/36

Beihilfe 1-2/14
Betriebsgruppe Ruheständler*innen 1-2/18, 5-6/53, 9-10/18, 11-12/14

Crappy Birthday, AZM! 9-10/21-45

Das Sprachliche ist politisch 3-4/35
Der Schnee ist mit uns! (Streik) 11-12/10

Die Hamas hat den Traum vom Frieden ermordet 11-12/65

Die Macht der Ideologie 1-2/55
Die Mittel sind dem Bedarf anzupassen, und nicht umgekehrt! 1-2/11
Die Offene Liste 1-2/10, 3-4/16, 5-6/8, 7-8/10; 7-8/8, 9-10/9, 11-12/13
Die Politik der Gesamtschulreform 1-2/35
Die reaktionäre Tradition brechen 5-6/19
Dürfen Beamt*innen streiken? 5-6/23

Editorial 1-2/6, 3-4/6, 5-6/6, 7-8/6, 9-10/6, 11-12/6
Ein bisschen verboten: Politischer Streik 5-6/17
Ein Umfeld schaffen das diskriminierungsarm ist 3-4/33
Erste-Hilfe-Paket Antisemitismus: 11-12/73
Es geht los! 11-12/20

FG Sonderpädagogik & Inklusion 1-2/50, 3-4/18, 5-6/45
Fonds gegen Diskriminierung 3-4/74, 7-8/77
Frauen* - seid solidarisch! 3-4/44
Frauen* streiken anders 5-6/31
Fürs Gemeinwohl streiken 5-6/27

G9: Eine unnötige Debatte, elitär und teuer 11-12/26
Gendern in Hamburg 3-4/26
Gesamtpersonalrat 1-2/19, 7-8/11
Geschlechtergerechte Sprache 3-4/32, 40
Gesundheitsschutz als Maßnahme gegen Fachkräftemangel 11-12/49
GEW vs. Bundesrepublik 1-2/22
Guerrilla Girls und feministisches Grafikdesign 3-4/54

Hamburger Gewerkschaftstag 2023 5-6/41
Hamburger Schülerkonzerte 1-2/58, 3-4/75

Ich hab' die Wörter verloren – zu den Herausforderungen der Stadteilschule seit der Corona-Pandemie 1-2/28
In Systematik, Prozess und Wirksamkeit unzureichend 11-12/45
Inklusion heißt Abschaffung der frühen Leistungsselektion 1-2/32
Internationales: Feministischer Aktivismus auf Kuba 1-2/74
Internationales: Fair Childhood in Malawi 1-2/76
Internationales: Verschwinden der 43 Studenten von Ayotzinapa 1-2/79
Internationales: Bildungsgewerkschafter*innen des autonomen Nord- und Ostsyriens

JungeGEW 5-6/56, 7-8/30

Kein Arbeits- und Gesundheitsschutz, nirgends 11-12/43
Keine Zeit für Ablenkungsmanöver 3-4/34
Kinderarmut und Kinderrechte in Zeiten von Corona 1-2/30
Kleine Geräte – große Gefahren 11-12/56
Kolleg*innen, Ihr braucht mehr! 11-12/11

Lesen! 3-4/79, 5-6/55, 9-10/58

Menstruationstassen nach Havanna! 1-2/44

Nachruf 9-10/19

Pädagogische Praxis 1-2/58, 3-4/74, 9-10/52
Pensionär*innen 5-6/48
Perspektiven aus der Krise? 1-2/40
Prekarisierungsmaschine ›WissZeitVG‹ 7-8/43

Rechtsoffen – reales Problem oder Kampfbegriff? 11-12/30
Resolution 5-6/53
Rückenwind für starke Stadteilschulen 1-2/24

Schulgeschichte 1-2/62
Solidarität mit der israelischen Bevölkerung 11-12/72
Sondervermögen für eine Bildungswende 11-12/27
Streik! 9-10/79, 11-12/76
Streikrecht ist Menschenrecht 5-6/21
Studentisch prekär – und kampfbereit 7-8/17

Tarifabschluss 5-6/9
Tarifkämpfe 7-8/13, 9-10/10, 11-12/10
Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: zur Geschichte des TVöD und TV-L 5-6/13
Tod oder Beamtin? 11-12/58
Traumjob Schulleitung – oder Albtraum Burnout? 11-12/62
TVöD 1-2/9, 3-4/8, 3-4/12, 3-45-6/10

Unterrichtsidee zum Entdecken von Vielfalt 3-4/69
Unterschiede machen uns reich 11-12/74

VHS Fair 1-2/12
Vom Ringen um Inklusion in einem exkludierenden Bildungssystem 1-2/26
Vormittags Überlastung, nachmittags Meditation 11-12/60

Warum ein innergewerkschaftlicher Diskurs zur Geschlechterdemokratie notwendig ist 3-4/30
Wider die Prekarisierung des (Hamburger) Mittelbaus 7-8/33
Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in Bezug auf Vielfalt 3-4/65
Wozu Gesundheitsschutz, wenn sich eine Pandemie auch aussitzen lässt 11-12/54

Queerfeministischer Tanz 3-4/57

Schwerpunkte 2023
Zur Lage der Stadteilschulen II – Perspektiven aus der Krise 1-2/23
Gendern in Hamburg 3-4/26
Mehr Streik! 5-6/16
akademisch prekär 7-8/15
Crappy Birthday, AZM! 9-10/21
Krank! ...ohne Arbeits- und Gesundheitsschutz 11-12/43

Gespräche mit
 - Sam Olazabal (Gründerin von uVe) 1-2/74
 - Klaus Bullan (FairChildhood), 1-2/76
 - Jens Kastner (GEW-Tarifreferent) 3-4/13, 5-6/10
 - René Reith (Choreografin & Tänzerin) 3-4/57
 - Gloria Boateng (Bildungsaktivistin & Autorin) 3-4/65
 - Alexander Kübler (Kampagne für ein umfassendes Streikrecht) 5-6/19
 - Fanny Zeise (Gewerkschaftsreferentin RLS) 5-6/27
 - Birgit Rettmer (GEW-Tarifreferentin)
 - Daria (Tutorin) 7-8/25
 - Christiane Fuchs (Bund demokratischer Wissenschaftler*innen) 7-8/47
 - Hans-Peter de Lorent (ehem. Vorsitzender GEW Hamburg) 9-10/25
 - Hans Voß, (ehem. Personalrat) 9-10/34
 - Kirsten Hitter (ehem. Leiterin des Lehrertrainings) 9-10/47
 - Josefine Sonneson (Autorin) 9-10/58
 - Annegreth Spieker (Gesundheitsbeauftragte) 11-12/60
 - Remko Leemhuis (Direktor des Berliner Lawrence and Lee Ramer Institute) 11-12/65

hlz
 101. Jahrgang 2023

GEW Vorteile für
 GEW-Mitglieder!

BB Bank
 Better Banking

Ihr Konto mit Startvorteil.

Jetzt ganz bequem
 zur BBBank wechseln

Bis zu
150 €
 Startprämie¹

On Top
50 €
 für GEW-Mitglieder
 und ihre
 Angehörigen



Jetzt informieren

Antje Stets
 Landesdirektorin für den ÖD - Gebiet Nord
 E-Mail: antje.stets@bbbk.de
 Telefon 0162 2730942

¹ Voraussetzungen Startprämie: 75,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokontos, mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahre, Geldzugang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles Bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Weitere 75,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Mitarbeitende der BBBank (einschließl. Familienmitglieder) sind von dieser Aktion ausgeschlossen. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten. Start der Aktion: 01.01.2024



»Wir waren sichtbar, wir waren laut, wir waren viele...!«

Am 9. Dezember 2023 wurden die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder abgeschlossen. Wir haben die Kolleg*innen der Hamburger GEW-Arbeitskampfleitung zu ihren Einschätzungen und Erfahrungen befragt.

Birgit Rettmer

Tarifreferentin
in der GEW

Für welchen Bereich hast du dich eingebracht und was waren eure Forderungen?

Als Tarifreferentin gehörten die gesamte Organisation der Tarifrunde, die Information unserer Mitglieder und die Beratung unserer Hamburger

Mitglieder der Bundestarifkommission sowohl bei dem Beschluss der Forderungen als auch in der entscheidenden dritten Verhandlungsrunde zu meinen Aufgaben.

Wie beurteilst du in Bezug darauf die Ergebnisse des Abschlusses?

Es gibt Licht und Schatten. Ein Abschluss in dieser Höhe war angesichts der Inflation und des Abschlusses im TVöD dringend notwendig. Das wussten die Arbeitgeber, auch wenn ihnen mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur

Umgehung der Schuldenbremse Argumente in die Hände gelegt wurden, den Gewerkschaften die geforderten 12 % zu versagen. Sicher haben sich viele Kolleg*innen über die Einmalzahlung der Inflationsausgleichsprämie zum Jahresbeginn gefreut. Ich persönlich hätte mir für alle unsere Mitglieder jedoch eine höhere und früher wirksame prozentuale Erhöhung der Tabellenwerte gewünscht, da nur diese über den Zinseszinsseffekt langfristige und rentenwirksame Gehaltssteigerungen bedeuten. Dass wieder einmal keine Verbesserungen für Lehrkräfte verhandelt wurden, empfinde ich als ignorant. Angesichts der weiteren Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes – die ich den Kolleg*innen von Herzen gönne – darf es nicht sein, dass über diese große Beschäftigtengruppe nicht verhandelt wird. Beispielsweise verdienen in anderen Bundesländern Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen an den Schulen nur deswegen inzwischen schmerzhaft weniger, weil sie dort als »pädagogische Mitarbeiter*innen« tariflich als Lehrkräfte gelten. Hier erwarte ich, dass die *Tarifgemeinschaft deutscher Länder* (TdL) jetzt unverzüglich die zugesagten Gespräche mit der GEW terminiert. Aus Hamburger Sicht tut ebenfalls weh, dass weder über die schulischen Therapeut*innen verhandelt wurde noch über die stufengleiche Höhergruppierung. Die von ver.di in die Tarifrunde eingebrachte Stadtstaatenzulage, die ausschließlich dem Sozial- und Erziehungsdienst zugutekommt, trägt vor diesem Hintergrund zu weiterer Frustration bei. Nicht nur bei den schulischen Therapeut*innen, sondern auch bei den engagierten tarifbeschäftigten Lehrkräften und Vorschulleitungen – und natürlich auch in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Hamburg. Deshalb bezweifle ich, dass dieser Abschluss insgesamt dazu beiträgt, den Fachkräftemangel in Hamburg zu bremsen.

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Tarifkampf?

Besonders im Gedächtnis geblieben ist mir der bundesweite GEW-Bildungsstreiktag. Die Beteiligung war enorm. In Hamburg waren Kolleg*innen aus insgesamt vier Landesverbänden unterwegs – und das bei eisigen Temperaturen. Angesichts der Dynamik der Tarifrunden wird es auch zukünftig wichtig sein, die Forderungen der in der Bildung Tätigen besonders hervorzuheben. Großartig war unsere GEW-Arbeitskampfleitung. Die Zusammenarbeit dort und in der GEW-Geschäftsstelle hat es ermöglicht, dass die GEW Hamburg nicht nur den Bildungsstreiktag, sondern auch die weiteren drei großen und insgesamt 12 dezentralen Warnstreiktage gut organisiert hat. Für die Planung und Durchführung dieser Warnstreiks

wünsche ich mir allerdings für die Zukunft eine bessere Kommunikation mit unserer Schwestergewerkschaft ver.di. Das würde es den Beschäftigten vor Ort sicher erleichtern, gemeinsam für unsere Tarifforderungen auf die Straße zu gehen.

Was steht jetzt an?

Zunächst findet am 29. Januar die Informationsveranstaltung der GEW-Hamburg zum Tarifabschluss statt. Dort wollen wir unseren Mitgliedern Rede und Antwort stehen. Die Baustellen sind ja nicht weg: Wir brauchen Verbesserungen in der Eingruppierung von Lehrkräften (einschließlich Vorschulleitungen), eine gleiche Bezahlung für schulische Therapeut*innen und Erzieher*innen an speziellen Sonderschulen, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, feste Stellen für Daueraufgaben und, und, und... Hinzu kommt, dass der Tarifvertrag mit dem Besoldungsanpassungsgesetz noch auf die Hamburgischen Beamt*innen übertragen werden muss. Wie der Hamburger Gesetzgeber »wirkungsgleich« konkret interpretiert, wird sich zeigen, wenn wir den Gesetzentwurf bekommen.

Varsenik Vardanyan

Erzieherin und Referentin
im Bereich Tarif sowie Kinder- und Jugendhilfe (KiJu)

Für welchen Bereich hast du dich eingebracht?

Ich habe für die Social Media-Kommunikation Videos gedreht, anschließend bearbeitet und als Reel auf Instagram hochgeladen.

Wie beurteilst du die Ergebnisse des Abschlusses?

Obwohl in den sozialen Medien viele negative Kommentare kamen, denke ich, dass die Mehrheit zufrieden ist. Die Inflationsprämie ist viel Geld, über das man sich freuen kann. Die momentane Krise betrifft alle Bereiche – die Politik sollte vor allem Transparenz sein, wir sitzen alle im selben Boot.

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Tarifkampf?

Man muss einen langen Atem haben, viel Geduld und Ausdauer, um sich organisieren zu können. Auch habe ich die streikenden Lehrer*innen kennengelernt und konnte mich mit ihnen austauschen.

Was steht jetzt an?

Für mich steht an: Meinen Arbeitsbereich KiJu kennenzulernen. Ich besuche regelmäßig Einrichtungen wie die Kitas und GBS-Standorte. So kann ich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Erzieher*innen aufbauen und mich auf weitere Tarifkämpfe freuen.

Fredrik Dehnerdt

Pressesprecher und Internetredakteur

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Prozess des Tarifkampfes?

In den sozialen Medien waren wir erneut sehr aktiv, und neben Aufrufen zu Warnstreiks, Fotos und Reden sind auch unsere Videos sehr gut angenommen worden. Ein besonderer Dank geht an unsere neue KiJu-Referentin Varsenik Vardanyan, die mich dabei unterstützt hat. Die Unterstützung der Kolleg*innen mit Zitaten, Ideen für Memes und Bildmaterial war wieder super, vielen Dank!

Was steht jetzt an?

Für die nächste Tarifrunde im öffentlichen Dienst im Herbst planen wir, bei TikTok einzusteigen und zu testen, ob dieses Format von den Erzieher*innen angenommen wird. Mit Tim Hansen haben wir einen Erzieher, der uns dabei unterstützen wird, diese Zielgruppe anzusprechen. Da freu ich mich schon drauf!

Svea Gruber

Sprecherin der GEW Studis

Für welchen Bereich hast du dich eingebracht und was waren eure Forderungen?

Ich war für die Studentischen Beschäftigten an den Universitäten in der Arbeitskampfleitung vertreten. Diese forderten im Rahmen der Tarifrunde einen bundesweiten Tarifvertrag, den TVStud.

Wie beurteilst du in Bezug darauf die Ergebnisse des Abschlusses?

Auch wenn der bundesweite TVStud nicht erkämpft werden konnte, ist es uns gelungen,

erstmal in der Geschichte die Arbeitsbedingungen von Studentischen Beschäftigten bundesweit zwischen Tarifvertragsparteien zu regeln. Für viele Studentische Beschäftigte verbessert sich der Stundenlohn, und die Mindestvertragslaufzeit von 12 Monaten ermöglicht den Beschäftigten einerseits bessere Planbarkeit, für die Initiative TVStud bedeutet sie andererseits eine starke Verbesserung in Bezug auf Organizing.

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Tarifkampf?

Wir waren in der Tarifrunde sehr präsent, vor allem der bundesweite *Hochschulaktionstag* war ein voller Erfolg. Besonders gefreut haben wir uns auch über die Solidarität der vielen Kolleg*innen, mit denen wir gemeinsam unsere Forderungen auf die Straße getragen haben. Doch trotz all der positiven Erfahrungen bleibt am Ende vor allem die Wut und Verständnislosigkeit über die Arbeitgeber*innen, die die politische Mehrheit für einen bundesweiten TVStud dreist ignoriert und unsere Forderung blockiert haben.

Was steht jetzt an?

In den kommenden Monaten werden wir vor allem die Umsetzung auf Länderebene begleiten und genau beobachten. Langfristig bleibt das Ziel natürlich der bundesweite Tarifvertrag und in diesem Sinne gilt, ähnlich wie im Fußball: Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde. An diesem Ziel werden wir weiterarbeiten und Studentische Beschäftigte organisieren.

Marc Hinzelin

Wiss. Mitarbeiter an der Uni Hamburg und Sprecher der GEW-FG Hochschule und Forschung (HuF)

Für welchen Bereich hast du dich eingebracht und was waren eure Forderungen?

Ich habe mich für den Bereich Hochschule eingebracht. Unsere Forderungen waren die Tarifierung einer Dauerstellen-Mindestquote, die Sicherung von mindestens 50 Prozent der regelmäßigen Arbeitszeit für die eigene Qualifizierung für Beschäftigte auf befristeten Qualifikationsstellen, weitere Maßnahmen zum Nachteilsausgleich bei befristeter Beschäftigung, eine Wertung der Promotion als wissenschaftlichen Hochschulabschluss und die

Anrechnung abgeschlossener Promotionen auf die Stufenlaufzeiten. Zudem forderten wir stufengleiche Höhergruppierungen nach § 17 Abs. 4 TV-L und unter Anrechnung der bereits zurückgelegten Stufenlaufzeit sowie einen eigenen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud).

Wie beurteilst du in Bezug darauf die Ergebnisse des Abschlusses?

Zwiespältig: Einerseits ein einigermaßen annehmbares Ergebnis bei den Gehaltssteigerungen, das jedoch in E13 weiterhin einen gewissen Reallohnverlust bedeutet. Andererseits ist das Ergebnis einfach katastrophal bei den hochschulspezifischen Forderungen: keine Einschränkungen beim Befristungsunwesen, keine 50 % Arbeitszeit für die eigene Qualifikation und auch kein TVStud. Dass Gewerkschaften durchaus mehr durchsetzen können, sieht man in anderen Bereichen. Bei den Tarifverhandlungen zum TV-L beobachte ich nun wiederholt »die Angst vor der eigenen Courage«: Man muss auch mal etwas wagen, um mehr durchsetzen zu können. Es gibt eine deutlich wahrnehmbare Frustration über die Tarifabschlüsse der letzten Jahre, ganz zu schweigen von dem unsäglichen Manteltarifvertrag, dessen arbeitnehmerunfreundliche Regelungen leider nie angetastet werden. Wenn man jedoch immer von der Angst getrieben wird, etwas zu verlieren, kann man auch nichts gewinnen. Mehr Mut der Gewerkschaften würde ich mir da schon wünschen!

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Tarifkampf?

Insgesamt gab es eine gute Streikbeteiligung: Die Höhepunkte aus meiner Sicht waren der *Hochschulaktionstag* am 20. November und der *Streiktag Bildung* am 28. November mit großer Beteiligung auch aus den benachbarten Bundesländern. Ein großes Lob geht auch an die Hauptamtlichen der GEW Hamburg, die mit viel Einsatz das alles sehr gut organisiert haben, und an unsere Vorsitzenden, die mit vielen kämpferischen Reden Präsenz gezeigt haben.

Was steht jetzt an?

Auf Bundesebene steht die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes an. Derzeit erwartet leider kaum noch einer etwas davon, da das FDP-Ministerium mehr als reformunwillig ist und alle irgendeinen faulen Ampelkompromiss befürchten, der letztendlich niemandem nützt. Hier muss die GEW weiterkämpfen, um im Bundestag dann doch noch etwas zu erreichen! In Hamburg steht die Umsetzung der Hamburger Erklärung der Landeshochschulkonferenz an. Arbeitgeberseitig wird hier viel versprochen, doch ohne eine konkrete und konsequente Umsetzung

vor Ort in den jeweiligen Hochschulen würde es nur bei schönen Worten bleiben. Hier müssen Gewerkschaftsaktive in den Personalräten und Gremien die versprochenen Verbesserungen engagiert einfordern.

Marit Heindl

Ergotherapeutin an einer speziellen Sonderschule und in der Inklusion an einer Schwerpunkt-Grundschule in Hamburg

Für welchen Bereich hast du dich eingebracht und was waren eure Forderungen?

Ich bin Therapeutin und habe mich gemeinsam mit dem Team der Arbeitskampfleitung und allen Kolleg*innen für die Überleitung von uns Therapeut*innen in die Sozial- und Erziehungsdienst-Tabelle des Tarifvertrages eingesetzt. Wir haben seit Jahren dieses Ziel vor Augen und durch verschiedene Aktionen sowohl vor dieser als auch der Tarifrunde davor auf uns und unsere Forderungen aufmerksam gemacht. Dieses Mal hatten wir die Arbeitgeber Hamburgs sogar auf unserer Seite und sie haben die Forderung für uns in die Tarifverhandlungen mit eingebracht – leider erneut ohne Erfolg. Deshalb lautet unsere aktuelle Forderung: »Wir brauchen eine Hamburger Lösung für uns Therapeut*innen an Hamburger Schulen. Denn die ungleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit ist nicht länger hinnehmbar. Wir müssen als Pädagogisch-Therapeutische-Fachkräfte endlich wieder alle gleich bezahlt werden! Nicht in einem Jahr, nicht in 25 Monaten! JETZT!« Diese Forderung ist nach dem Tarifabschluss noch bedeutsamer geworden, denn die Kluft zwischen den Erzieher*innen und uns Therapeut*innen ist durch den Abschluss noch größer geworden.

Wie beurteilst du in Bezug darauf die Ergebnisse des Abschlusses?

Ich sehe den Abschluss zwiespältig. Unsere Therapeut*innen-Forderung wurde erneut nicht umgesetzt, sowie andere wichtige Forderungen ebenfalls nicht, dennoch sehe ich den Gesamtabschluss als durchaus positives Ergebnis an.

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Tarifikampf?

Wir waren sichtbar, wir waren laut, wir waren viele auf den Straßen und das hat zu diesem Abschluss geführt. Dennoch ist nicht alles glatt gelaufen. Viele sehr wichtige Forderungen der GEW konnten nicht erreicht werden. Die Kommunikation mit der verhandlungsführenden Gewerkschaft war oft nicht die, die ich mir persönlich gewünscht hätte. Für kommende Verhandlungen – und sie kommen – wünsche ich mir, dass das anders läuft, denn am Ende wollen wir alle faire Bezahlungen für unsere wertvolle Arbeit und stehen hierfür immer gemeinsam Seite an Seite auf den Straßen – egal, wer welche Fahne in den Wind hält!

Bine Bielefeldt

Angestellte Lehrerin an einer Grundschule und Vertrauensfrau der GEW

Für welchen Bereich hast du dich eingebracht und was waren eure Forderungen?

Ich arbeite als angestellte Lehrerin an einer Grundschule in einem sozialen Brennpunkt. Früher war ich Schulpersonalrätin und im Gesamtpersonalrat. Mit einem Kollegen zusammen habe ich die Fachgruppe Grundschule geleitet. Heute bin ich die Vertrauensfrau der GEW bei uns an der Schule. Außerdem bin ich Mitglied der Bundestarifkommission und war deshalb in Potsdam dabei. Ich habe mich hauptsächlich für die angestellten Lehrkräfte, aber auch für die Erzieher*innen, Therapeut*innen, und Sozialpädagog*innen eingesetzt. Eine der Forderungen war: bessere Arbeitsbedingungen für ALLE und einen besseren Gesundheitsschutz. Unsere Gehaltsforderungen waren 10,5 % mehr!

Wie beurteilst du in Bezug darauf die Ergebnisse des Abschlusses?

Positiv ist natürlich die Inflationsausgleichsprämie, die demnächst ausgezahlt wird. Aber das Problem der Sozialpädagog*innen, die eine Vorschulklasse leiten, ist in Hamburg noch nicht geklärt. Leider gibt es auch immer noch keine stufengleiche Höhergruppierung. Für mich persönlich ist es ärgerlich, dass es immer noch keine Paralleltabelle gibt. Die Arbeit der *Tarifgemeinschaft deutscher Länder* (TdL) liegt seit einigen Jahren brach. Darauf liegt jetzt auch mein Hauptaugenmerk,

dass diese Verhandlungen endlich aufgenommen werden!

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Tarifikampf?

Trotz der Temperaturen hat es wie immer viel Spaß gebracht, mit meinen GEW Kolleg*innen auf die Straße zu gehen. Am besten hat mir der Streiktag *Bildung* gefallen, als Kolleg*innen aus Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zu uns gekommen sind!

Marlies Tatje

Stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Für welchen Bereich hast du dich eingebracht und was waren eure Forderungen?

Ich engagiere mich für die angestellten Lehrkräfte. Unserer Forderung ist die Angleichung der Vergütung an das Gehalt der verbeamteten Kolleg*innen. Gleicher Lohn für die gleiche Tätigkeit! Hier gibt es defacto einen Unterschied von mindestens 500 € netto monatlich und teils noch darüber. Dazu hat die Bodo Haß für die GEW kürzlich ein ausführliches Interview im *Hamburger Abendblatt* (05.01.2024) gegeben.

Wie beurteilst du in Bezug darauf die Ergebnisse des Abschlusses?

Die Anliegen der angestellten Lehrkräfte sind in dieser Tarifrunde überhaupt nicht berücksichtigt worden. Für Kolleg*innen, die die gleiche Tätigkeit an Schulen ausüben und aus unterschiedlichen Gründen nicht in den Beamtenstatus wechseln konnten oder wollten, ist das sehr demotivierend und schafft Unzufriedenheit. Diese wiederum ist nicht zielführend beim Arbeitsklima sowie dem Arbeitseinsatz. Weiterhin ist anzumerken: Wenn wir davon ausgehen, dass wir kurz oder auch längerfristig auf angestellte Lehrkräfte zurückgreifen müssen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist die Ausparung dieser Gruppe als kontraproduktiv zu bewerten!

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Tarifikampf?

Wenn Interessen nicht berücksichtigt werden, kommt es zu unterschiedlichen Reaktionen, wie zum Beispiel Frustration und Rückzug oder die Einstellung ›Jetzt erst recht, weiterkämpfen!‹, um auf die Ungerechtigkeiten und die Situation aufmerksam zu machen. Darin, weiterhin auf Verbesserungen

zu drängen und die Verantwortlichen nicht aus der Pflicht nehmen, sehe ich den mit Nachdruck zu beschreitenden Weg.

Was steht jetzt an?

Kurz gesagt, die angestellten Kolleg*innen zu motivieren und gewerkschaftlich zu unterstützen, um ihre Interessen durchzusetzen. Wenn wir es nicht tun, wer sonst?!

Daniel Heitmann

Erzieher und Mitglied im Fachgruppenvorstand der FG Pädagogisch-Therapeutisches Fachpersonal an Schulen (PTF)

Für welchen Bereich hast du dich eingebracht und was waren eure Forderungen?

Ich war für den Bereich Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) im Arbeitskampfteam. Unsere Forderungen waren 10,5 %, mindestens 500 Euro mehr Lohn, eine Aufnahme der ›Tätigkeiten im Rahmen des inklusiven Schulbetriebs‹ als Heraushebungsmerkmal für schwierige Tätigkeiten (Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen, Sozialpädagog*innen und Therapeut*innen) sowie die Verbesserungen aus dem kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst auch im TV-L zu übernehmen.

Wie beurteilst Du in Bezug darauf die Ergebnisse des Abschlusses?

Grundsätzlich bin ich für mich und meine Profession zufrieden, da die meisten Erwartungen im Ansatz erfüllt wurden, auch wenn es nicht ganz 500 Euro mehr Lohn geworden sind. Es fehlt im Abschluss die Aufnahme der ›Tätigkeiten im Rahmen des inklusiven Schulbetriebs‹ als Heraushebungsmerkmal für schwierige Tätigkeiten, was sehr ärgerlich ist, da viele Erzieherkolleg*innen eine Stufe schlechter bezahlt werden, als ehemalige Integrations- bzw. Inklusionserzieher*innen, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Grundsätzlich möchte ich aber hervorheben, dass alle Erzieher*innen an Schulen inklusiv arbeiten und diese Arbeit als ›schwierige Tätigkeit‹ zu werten ist – und dementsprechend bezahlt werden muss. Eine große Enttäuschung ist für mich, dass die schulischen Therapeut*innen, ebenfalls ein Teil des sogenannten Pädagogisch-therapeutischen Fachpersonals, nicht in den SuE übernommen worden sind. Der Abstand in der Bezahlung zu

uns Erzieher*innen wird immer größer. Das ist absolut ungerecht, da die Therapeut*innen häufig die gleiche Arbeit machen und dafür aber wesentlich schlechter bezahlt werden.

Was wirkt nach an Erfahrungen aus dem Tarifikampf?

Leider war ich beim großen *Bildungsstreiktag* der GEW krankheitsbedingt außer Gefecht gesetzt und konnte nicht mit unterstützen. Ich habe mich aber sehr gefreut, dass so viele Kolleg*innen auf die Straße gegangen sind und wir das auch sehr transparent begleiten konnten. Insbesondere der tolle Filmbeitrag von Jamil Jalla und das großartige Interview meiner beiden tollen Erzieherkolleg*innen Kathy Konitzky und Manuela Kirschbaum im *Deutschlandfunk* haben mich sehr gefreut. Aber auch der große Warnstreik eine Woche später, an dem wir trotz Schneefalls doch nochmal so viele Kolleg*innen mobilisieren konnten, war großartig!

Ein Wermutstropfen ist leider, dass die Absprachen mit unserer Schwestergewerkschaft nicht gut funktioniert haben. Insbesondere die Streikaufrufe für die von ihr organisierten Streiktage kamen sehr spät, häufig erst am späten Nachmittag, so dass wir dementsprechend auch erst spät reagieren konnten, um selbst Streikaufrufe an unsere Mitglieder zu senden. Für die nächste Tarifrunde wäre es hilfreich, wenn Streiktermine frühzeitig mit uns abgesprochen werden, auch wenn sie noch nicht offiziell sind, so dass wir Streikaufrufe von unserer Seite dementsprechend vorbereiten und organisieren können. Insgesamt wünsche ich mir hier also eine bessere Absprache vorab!

Was steht jetzt an?

Nach der Tarifverhandlung ist vor der Tarifverhandlung – hier gibt es noch ganz viele Forderungen, die für eine gerechtere Bezahlung der Kolleg*innen noch nicht umgesetzt worden sind. Für die nächste Runde ist es zwingend notwendig, dass die schulischen Therapeuten in die SuE-Tabelle eingruppiert werden. Auch für die Vorschulklassenlehrer*innen ist noch keine faire Bezahlung erreicht worden. Hier möchte ich mich dafür einsetzen, dass die Kolleg*innen noch von E10 auf E11 höhergruppiert werden. Auch für die Aufnahme der ›Tätigkeiten im Rahmen des inklusiven Schulbetriebs‹ als Heraushebungsmerkmal für schwierige Tätigkeiten für die schulischen Erzieher*innen möchte ich mich weiterhin einsetzen. Der TV Stud ist auch noch nicht eingeführt und genauso fehlt noch die stufengleiche Höhergruppierung!



Krise im Hamburger Kita-Bereich?!

An dieser Stelle habt ihr bisher die Artikel **Der Offenen Liste (DOL)** gefunden. Die Artikel werden zukünftig auf die *GEW-Betriebsgruppe Elbkinder Kitas und GBS* erweitert.

Die Situation in den Kitas

Die Beschäftigten in den Kitas und in der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) merken, dass neben dem Personalmangel auch die Auswirkungen der Preissteigerungen und der Inflation in den Kitas ankommen. Neu ist, dass in einigen Stadtteilen der Kita-Markt angeblich gesättigt ist und nicht mehr alle Plätze belegt werden können. Sollte das zutreffen, wird es Auswirkungen haben.

Wie ist es zu der krisenhaften Lage gekommen?!

Das Hamburger Kita-System ist schon seit Jahren unterfinanziert. Die allgemeine wirtschaftliche Krise hat die Bedingungen verschärft. Die *GEW-Betriebsgruppe Elbkinder Kitas und GBS* ist der Ansicht, dass die Politik des Senats dafür verantwortlich ist. Tarifabschlüsse werden in den Vertragsverhandlungen – ebenso wie die Kosten der Inflation bei den Sachmitteln – bisher nicht voll finanziert. Der Senat benachteiligt durch die Pauschalierung der Personalkosten tarifreue Kitaträger und bevorteilt Billiganbieter. Jetzt besteht die Gefahr, dass die Beschäftigten wie in privatwirtschaftlichen Großbetrieben die Zeche zahlen sollen. So würden gute Tarifabschlüsse dann nachträglich sanktioniert. *Wenn die Beschäftigten in Kitas und GBS systemrelevant sind, dann behandelt sie auch so!*

Was tun, um mögliche Kürzungsmaßnahmen in Hamburger Kitas abzuwenden?

Wenn die Mitglieder der Vertragskommission etwas unternehmen, um die Finanzierung der tatsächlichen Personalkosten zu erreichen, werden sie von der *GEW-Betriebsgruppe Elbkinder Kitas und GBS* darin unterstützt. Daran solltet ihr euch

auch beteiligen! Ihr, die Beschäftigten der *Elbkinder*, seid nicht die Einzigen, die von möglichen Kürzungsmaßnahmen bedroht sind. Es trifft Kolleg*innen etlicher Träger. Deshalb ist es an der Zeit, sich wieder zusammenzutun – z. B. im *Kita-Netzwerk* – und gemeinsam Aktionen in Richtung Senat, vor allem der Sozialsenatorin und der Schulsenatorin zu starten. Wenn der Kita-Markt wirklich stellenweise gesättigt sein sollte, wäre es angemessen, über Verbesserungen des Erzieher*innen-Kind-Schlüssels zu verhandeln, anstatt die schlechten Personalschlüssel mit ihren negativen Folgen für Beschäftigte und Kinder beizubehalten. Dabei sollten – wie in der ersten großen Sparrunde zum Kita-Gutschein-System – die Beschäftigten und ihre Organisationen beteiligt werden.

Was tun, um mögliche Auswirkungen auf die Elbkinder abzuwehren?

Die GEW Hamburg hat bereits Hinweise und Anfragen von Mitgliedern erhalten, aber die Informationen können noch nicht kommuniziert werden. Wir beobachten und begleiten die Entwicklungen kritisch. Die *GEW-Betriebsgruppe Elbkinder Kitas und GBS* wird euch so früh wie möglich detaillierter auch über andere Kanäle informieren und euch zu den dann geplanten Aktivitäten aufrufen. Sollten in euren Einrichtungen Veränderungen angekündigt oder umgesetzt werden, könnt ihr euch an die *GEW-BG Elbkinder Kitas und GBS* wenden. Wir kommen als GEW-Vertreterinnen auch gern vor Ort in eure Einrichtungen. Wenn sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern oder ihr euch überfordert fühlt, schreibt Überlastanzeigen.

Ihr müsst nicht alles mitmachen! Die Krise muss woanders ausgeglichen werden!

GEW-Ansprechpartner*innen

Sabine Lafrentz	0151 / 22523919		lafrentz@gew-hamburg.de
Varsenik Vardanyan	0151 / 67354273	040 / 41463327	vardanyan@gew-hamburg.de

Sozialarbeiter*innen wollen das Zeugnisverweigerungsrecht!

Warum es für Mitarbeiter*innen der Sozialen Arbeit eine Reform des § 53 StPO braucht

Sozialarbeiter*innen sind Berufsgeheimnisträger*innen. Ihnen im Rahmen ihrer Arbeit Anvertrautes darf nicht einfach so offenbart werden. Vor der Strafkammer gilt aber anderes. Hier müssen sie aussagen, wenn sie als Zeug*innen geladen werden. Das Vertrauen ihrer Klient*innen erfordert aber Vertraulichkeit, sonst ist die Basis der Zusammenarbeit von Anfang an gestört.

»Wir Sozialpädagogen arbeiten ja am Ziel eines legalen Verhaltens. Wenn mir aber ein Jugendlicher erzählt, er sei ohne Fahrschein gefahren, dann habe ich Kenntnis einer Straftat, der Leistungserschleichung. Falls ich als Zeuge geladen werde, muss ich die Wahrheit sagen, das ist absurd und erschwert die Arbeit«, erzählt Mario Schwandt, langjähriger Sozialpädagoge aus Bayern.

Einigen Berufsgruppen steht ein Zeugnisverweigerungsrecht zu, um das Vertrauensverhältnis zu schützen: so beispielsweise Seelsorger*innen, Anwält*innen, Hebammen, Journalist*innen und auch Sozialarbeiter*innen in Drogenberatungsstellen öffentlicher Trägerschaft (nicht aber freier Trägerschaft!).

»Unserer Berufsgruppe ist zuzutrauen, selbst zu entscheiden, wann der Kontakt zur Polizei oder Staatsanwaltschaft erforderlich ist und wann wir das sogar müssen. Es ist ein Katalog schwerster Straftaten geregelt, bei denen wir auch anzeigen müssen, wenn wir von der Planung erfahren. Beispielsweise Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Im Alltag geht es aber meistens nicht um schwerste Straftaten, sondern um den Besitz von Drogen wie Cannabis, Ladendiebstahl, teilweise auch Raub, der schneller begangen ist als viele denken, oder Betrug. Macht ein Klient einen Vertrag, obwohl er pleite ist, begeht er einen Betrug.«

Aktuell sorgt ein Fall des Fanprojekts Karlsruhe für bundesweites Aufsehen. Die GEW berichtete darüber in der E&W Dezember 2023.

Die GEW ist Mitglied im bundesweiten Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht geworden. Es braucht eine Reform des § 53 StPO durch Aufnahme der Mitarbeiter*innen der Sozialen Arbeit!

VARSENİK VARDANYAN,
Referentin im Arbeitsbereich Kinder- und Jugendhilfe

Gewerkschaftstag der GEW Hamburg am 30. April 2024

Liebe Delegierte, Vertrauensleute und Gastdelegierte zum Gewerkschaftstag der GEW Hamburg, das höchste Gremium der GEW Hamburg tagt das nächste Mal am 30. April 2024, von 9 bis 16 Uhr im großen Saal des Curio-Hauses.

Antragsfristen

Satzungsändernde Anträge müssen bis 19. März 2024, andere Anträge bis 2. April 2024 in der Geschäftsstelle eingegangen sein (per Briefpost oder Mail).

Abstimmungen und Debatten

Stimmberechtigt sind gewählte Vertrauensleute und Delegierte. Der Gewerkschaftstag ist mitgliederöffentlich.

Anmeldung

Bitte meldet Euch zu unserem Gewerkschaftstag an, das könnt Ihr ab sofort tun (info@gew-hamburg.de).

Am 1. Mai 2024 wird unsere GEW-Bundsvorsitzende Maïke Finner die Hauptrede auf der Kundgebung in Hamburg halten.

Wie macht's eigentlich Niedersachsen?

Ein Bericht über den Informationsabend ›Alternativen zum Hamburger Religionsunterricht in der Grundschule‹ am 9. November 2023 im Curio-Haus der GEW-Hamburg

Wie macht's eigentlich Niedersachsen? – Jedenfalls besser als Hamburg, was das Angebot für Religionsunterricht *und* wahlweise einem Alternativfach angeht. Denn in Hamburger Regierungskreisen und Religionsgemeinschaften wird der ›Erfolg‹ des Religionsunterrichts für alle (RUfa) gefeiert und den Schülern der Jahrgänge 1–6 ein multikonfessioneller Religionsunterricht als Pflichtfach in den Stundenplan eingemeißelt.

Aber darf der RUfa abgewählt werden? So geht's in Hamburg:

- 1.) Aufmerksames Lesen des Stundenplans ergibt das Sichten des Faches Religion im Stundenplan.
- 2.) Kontaktaufnahme mit dem Klassenlehrer zwecks höflicher Anfrage, wie man das Fach am besten wieder loswird.
- 3.) Aufgeschreckte Auskunft des Klassenlehrers (der sehr wahrscheinlich auch der Religionslehrer in den Klassen 1–6 ist): Ein Antrag soll an die Schulleitung gestellt werden. Nein, es gibt kein fertiges Antragsformular. Aber eine E-Mail reicht, wenn der richtige Text drinsteht.
- 4.) Antwort der Schulleitung: »Sie wissen nicht, was Sie da tun. Kommen Sie doch bitte zu einer Diskussionsrunde in unserem Kollegium.« Praktisch: Das Ergebnis der ›Diskussion‹ wird schon bekannt gegeben: »Wenn Sie p. c. (politically correct) sind, ziehen Sie den Antrag umgehend zurück.«
- 5.) Was? Sie sind nicht p. c.? Herzlichen Glückwunsch! Ihr Kind darf sich auf regelmäßige Auszeiten auf dem Flur, in einem Nebenraum oder auf das Abgestellt-Werden in einer Parallelklasse freuen.

So macht der Schuleinstieg den Erstklässlern und Eltern richtig Spaß! Alle Weichen sind gesetzt für ein Schulleben zum Wohlfühlen und unbesorgte Arbeitszeiten der berufstätigen Eltern.

Warum macht es Niedersachsen nicht wie Hamburg?

Die Ausgangslage in Niedersachsen ist grundlegend anders, weil man hier »p. c.« anders definiert. Aber fangen wir erst einmal von vorne – mit unserem Informationsabend – an: Die erste Referentin des Abends, Melanie Gehrman, ist Schulleiterin in Goslar und die zweite Referentin, Jana Rodenbeck, ist Grundschullehrerin und Fachkraft für das Fach *Werte und Normen*. Sie haben die Einführung des Faches *Werte und Normen* an Grundschulen in Niedersachsen von Anfang an begleitet. An diesem Informationsabend stellten die beiden Pionierinnen und Expertinnen ihre Erfahrungen bei der Einführung des Faches *Werte und Normen* vor.

Ein kurzer Rückblick auf das Jahr 2016: Die damalige Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (2013–2017, SPD) hat das Grundgesetz nicht nur gelesen, sondern auch verstanden. Der Artikel 4 Absatz 1 des Grundgesetzes liest sich wie folgt: »(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.« Dieser Artikel beinhaltet auch die Freiheit des ›Unglaubens‹ und damit das Recht auf säkulare Bildungsinhalte.

Des Weiteren hat Frau Heiligenstadt den zahlreichen Eltern zugehört, die es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren wollten und konnten, ihren Kindern in der Schule eine konfessionelle Weltanschauung vorschreiben zu lassen. Dieser Elternwille ging auch aus einer Petition der Humanisten im Jahr 2016 hervor, die zwar nicht die erforderlichen 5000 Stimmen einfuhr, aber doch einen enormen Druck aus der Elternschaft widerspiegelte. Damit war für die Kultusministerin klar: Das Fach *Werte und Normen* muss in Niedersachsen auch in der Grundschule eingeführt werden.

Wie halten es die anderen Bundesländer?

Fast alle Bundesländer bieten ein Alternativfach für Religion in der Grundschule an, nur Hamburg und das Saarland nicht. Niedersachsen ist der neueste Zuwachs.



Die Referentinnen Jana Rodenbeck (links) und Melanie Gehrman (mitte)

Die Erprobungsphase

Das Fach *Werte und Normen* wird seit 1974 in Niedersachsen ab der Sekundarstufe 1 als Alternativangebot für Religion angeboten, also ab der 5. Klasse. In der Grundschule hatte man damit noch keine Erfahrung, so dass 2017 erst eine Erprobungsphase mit wenigen Klassen gestartet wurde. Die erste Erprobungsphase wurde von Melanie Gehrman auf dem Weg gebracht. Das Ziel war, herauszufinden, wie das Fach in der Grundschule funktionieren kann. Ca. 10 Lehrkräfte wurden in dem Projekt eingebunden.

In der zweiten Erprobungsphase 2018–2021 wurde das Projekt über 40 Schulen ausgedehnt, die Nachfrage war allerdings um ein Vielfaches höher. Jana Rodenbeck wurde hinzugeholt. In dieser Phase mussten Lehrpläne in einem engen Takt erstellt, erprobt, evaluiert und verbessert werden. Seit 2021 nach der zweiten Erprobungsphase wird *Werte und Normen* in Niedersachsens Grundschulen ausgerollt und kann dort frei gewählt werden, wenn entsprechend ausgebildete Lehrer*innen zur Verfügung stehen.

Wie erfassen die Schulen den Bedarf an *Werte und Normen* / Religion?

Vor der Pileteinführung von *Werte und Normen* wurden die Eltern der 1. Klassen mit einem Anmeldebogen von den Eltern befragt, ob ihr Kind an dem Fach Religion teilnehmen wird: »Ja oder

Nein?« Ab Start des Pilotprojekts im Jahr 2016/17 wurde bei den am Projekt beteiligten Schulen die Abfrage geändert auf: »Welches Fach wird bei Schulanfang von Ihrem Kind gewählt: *Werte und Normen* oder *Religion*?«

Wie beliebt ist das Fach *Werte und Normen*?

2017 wählten 27 % der Schüler ab der Sekundarstufe 1 das Fach *Werte und Normen*. In der Grundschule wählten noch 91 % der Grundschulkind Religion. Seit der Einführung des Faches *Werte und Normen* ist die Wahl des Faches Religion stark rückläufig. Allerdings gibt es noch keine aktuellen Zahlen.

Was kann Hamburg von Niedersachsen lernen?

- Eltern und Schüler*innen endlich auch in den Klassen 1–6 ihr Grundrecht auf ungestörte Glaubensfreiheit zu gewähren und ein Alternativfach für Religion anzubieten.
- Aus der Erprobungsphase des Faches *Werte und Normen* in Niedersachsen können Rückschlüsse auf die Einführung eines Alternativfaches für *Religion* in Hamburg gezogen werden.
- Es bedarf des Drucks von Eltern auf die Politik (erinnere: Petition in Niedersachsen!), vielleicht die Initiierung einer Kampagne.

ANDREA OLTMANN,
DaZ-Lehrerin und GEW-Mitglied

Jemanden zum Pferde stehlen...

Ein Rückblick zur Fachtagung der AJuM, die sich vom 10.-12. November 2023 in Hofgeismar dem Thema ›Freundschaft in Kinder- und Jugendmedien‹ widmete.

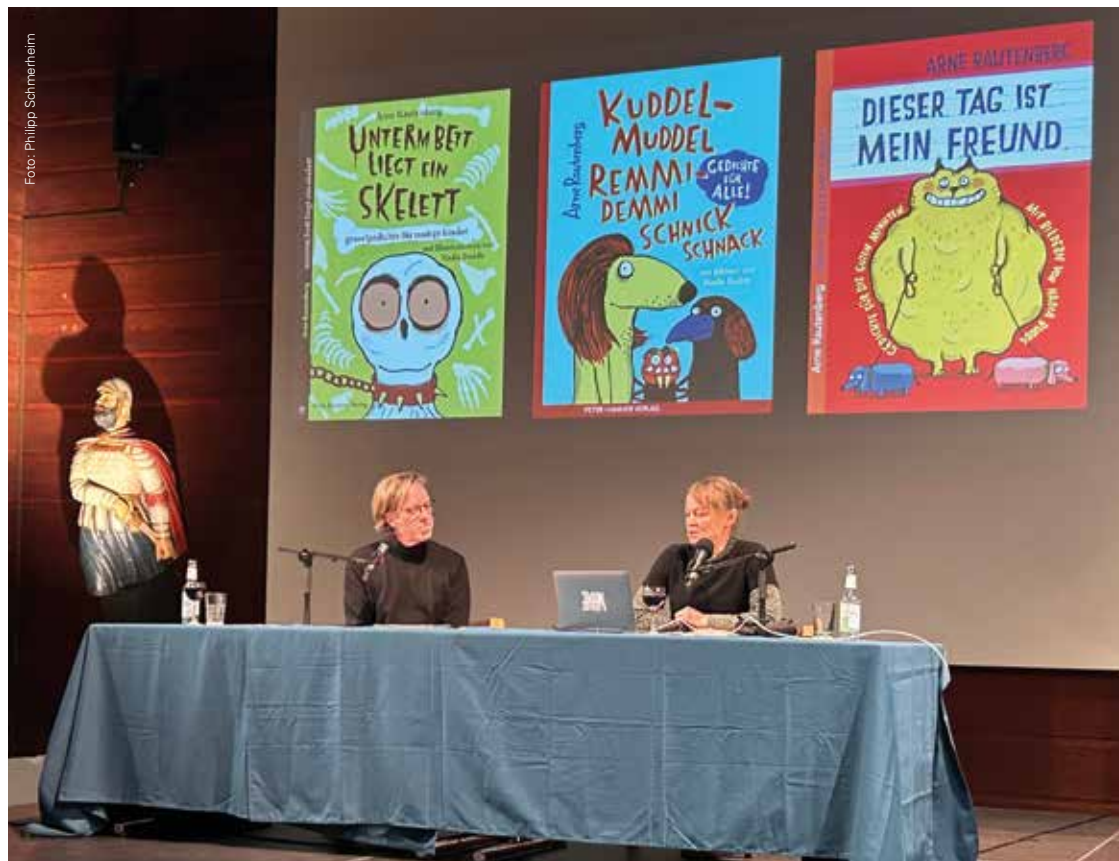
Freundschaftsbeziehungen sind grundlegende Entwicklungskontexte von Heranwachsenden, in denen sich diese im elternfreien Raum autonom mit Peers auseinandersetzen und erproben können. Damit korrespondierend sind Freundschaften wesentliche handlungsleitende Strukturelemente von kinder- und jugendliterarischen Narrationen, wobei hier nicht nur die Freundschaften zwischen Kindern und Jugendlichen zur Darstellung kommen, sondern auch jene zwischen Tieren, zwischen Menschen und Tieren oder zwischen Menschen und imaginären oder fantastischen Figuren. Erstaunlicherweise erhielten Freundschaften bisher nur selten Aufmerksamkeit in literaturwissenschaftlichen Diskursen. Diese Lücke (wenigstens in Ansätzen) zu schließen, war Anliegen der diesjährigen Fachtagung der *Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien* (AJuM), die von der GEW und ihrem Bildungs- und Förderwerk (BFW) gefördert und von Alexandra und Michael Ritter (*Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*) und Christoph Jantzen (*Universität Hamburg*) organisiert wurde.

Michael Ritter eröffnete den Denkraum mit einem Vortrag, der anhand zahlreicher Beispiele sowohl Funktionen und Typologien (kinder-)literarischer Freundschaften aufzeigte, als auch überzeugend eine Entwicklungslinie andeutete, die von eher idealisierten Freundschaftsbeziehungen hin zu zunehmend prekären oder unsicheren Freundschaften in aktuellen Texten führt. Hierzu fügte sich bereichernd der interdisziplinäre Ansatz von Svenja Wiertz ein, die das Thema aus philosophischer und sozialwissenschaftlicher Perspektive aufschloss, indem sie diskutierte, was eine ›wahre‹ und ›gute‹ Freundschaft auszeichne – auch in einer Welt, die immer stärker durch die Digitalisierung geprägt ist. Im dritten Plenarvortrag wurden von Ricarda Freudenberg literaturdidaktische Implikationen zum Tagungsthema ausgelotet. Ein breites Workshopangebot bot den Tagungsteilnehmer*innen die Möglichkeiten, sich mit einzelnen Themenfacetten bzw. Medien- und Genreschwerpunkten auseinanderzusetzen und didaktische Perspektiven und Materialien zu erproben.

Bereichert wurde die Tagung durch zwei wichtige Stimmen der aktuellen Kinder- und Jugendliteratur: (Bilderbuch-)Künstler Sebastian Meschen-

moser sprach über seine Bilderbücher, in denen Leser*innen vor allem tierische Freund*innen begegnen, deren Beziehungen mitunter herausgefordert werden und sich bewähren (müssen). Nils Mohl, der sowohl für seine Kinderlyrik als auch für seine Jugendromane bekannt ist, las unter anderem aus seinem aktuellsten Buch, in dem die titelgebenden Figuren Henny und Ponger ein besonderes Freundschaftsband knüpfen, und gab Einblicke in die Rezeptionen von Schüler*innen.

SUSANNE DROGI,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg



Wie malt man ein Gedicht?

Die zweite Veranstaltung der Reihe ›Kinder- und Jugendliteratur im Dialog‹ erkundete mit Nadia Budde und Arne Rautenberg das Zusammenspiel von Lyrik und Illustration

Welche Rolle hat die Kinderliteratur im literarischen Feld? Wie unterscheiden sich Erwachsenengedichte von Kindergedichten? Treten Unterschiede zutage, wenn zuerst das Gedicht oder erst die Illustration entsteht? Welche Themen und welche Formen mögen Kinder und was interessiert sie, wenn sie den Autor*innen und Illustrator*innen begegnen? Kann man mit Lyrik im Deutschunterricht punkten? – Diese Fragen wurden am 30. November 2023 mit Nadia Budde und Arne Rautenberg im Kinderbuchhaus Hamburg diskutiert. Die Illustratorin und der Autor sprachen in der beeindruckenden Atmosphäre des Gallionsfigurensaals des Altonaer Museums von ihrer Zusammenarbeit. Begonnen hat diese bei einer Tagung der

Internationalen Jugendbibliothek München (IJB): Zuerst verfassten Autor*innen Texte, die nach ihrer Abreise den Illustrator*innen anonym als Auswahl zur Verfügung gestellt wurden. Nadja Budde und Arne Rautenberg haben sich damals also nicht getroffen, aber Nadia Budde hatte nur Texte von Arne Rautenberg ausgewählt. So war diese Tagung der Grundstein einer fruchtbaren Zusammenarbeit, aus der eine Reihe gemeinsamer Bücher entstanden ist: *kuddelmuddel remmidemmi schnickschnack: Gedichte für alle!* (2020) zum Beispiel oder auch *dieser tag ist mein freund: Gedichte für die guten Minuten* (2023).

Illustratorin und Autor erzählten, wie sie zum Illustrieren und zum Schreiben von Gedichten gekommen sind und welche besonderen Herausforderungen und Chancen das Schreiben oder Zeichnen für Kinder bereithält. Sie berichteten auch von ihren Erfahrungen in Schulklassen und anderen Situationen der Begegnung mit Kindern und Jugendlichen, die sie insgesamt als anregend und bereichernd erleben. Ihre Zusammenarbeit sei so fruchtbar, weil sie beide kreativ und intuitiv auf Themen und Anregungen reagieren.

Der Abend zeigte, wie spannend und anstrengend, aber auch wie vergnüglich das Schreiben und Zeichnen für Kinder sein kann. Nadia Budde und Arne Rautenberg zeigten eine Lust am spielerischen und kreativen Umgang mit Themen, Wörtern, Sprache und Bildern, die dem Publikum wiederum Lust machte auf Lyrik und Illustration.

Veranstaltet wurde dieser interessante Abend vom *Kinderbuchhaus e. V.*, dem Fach Germanistik der *Universität Hamburg* und der *Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien* (AJuM) der GEW, Landesverband Hamburg. Unterstützt wurde die Veranstaltung zudem von der *Mara und Holger Cassens-Stiftung*.

ASTRID HENNING-MOHR
und GUDRUN STENZEL,
Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur
und Medien (AJuM)

Nadia Budde und
Arne Rautenberg im Dialog

Einmischen und Engagieren weiterhin dringlich!

Der Rechenschaftsbericht der Betriebsgruppe Ruheständler*innen von August 2022 bis Dezember 2023

Der letzte Jahresbericht für unsere Betriebsgruppe erschien in der hlz-Ausgabe 9-10/2022, nach unserer gut besuchten Jahres-Mitgliederversammlung am 15. Juni 2022 zum Thema *Ruheständlerinnen und Ruheständler abgehängt?* und der Ergänzung der Listen zu den Wahlen für den Vorstand und der Delegierten zum Hamburger Gewerkschaftstag. Aufgrund der allgemeinen politischen Lage und der sozialen Verwerfungen gab es in den vergangenen Monaten viel zu diskutieren und zu überlegen, woran wir uns beteiligen, was wir selbst planen und durchführen könnten.

So bereiteten Mitglieder unserer Betriebsgruppe folgende Aktionen und Veranstaltungen mit vor:

- Am 25. August 2022 fand in der Innenstadt die Demonstration zum Thema *Ruheständler*innen abgehängt?* unter Beteiligung der Kolleg*innen von ver.di und der *Gewerkschaft der Polizei* (GdP) statt.
- Am 1. November 2022 und am 10. Oktober 2023 wurden sehr bewegende ›Ehrenfeiern‹ durchgeführt für die Mitglieder der GEW, die 50 Jahre Mitglied oder 80 Jahre alt geworden sind. Federführend werden diese Veranstaltungen von Mitgliedern unserer Betriebsgruppe gemeinsam mit Annette Meents gestaltet. Einen schönen Rahmen bot wieder der kleine Saal im Curio-Haus.
- Am 4. April 2023 fand in der GEW gemeinsam mit dem DGB, ver.di und der GdP die Großveranstaltung *Pensionär*innen abgehängt?* zur amtsangemessenen Alimentation statt, die aus unserer Gruppe heraus aktiv mitgeplant und vorangetrieben wurde.
- Nach vielen Diskussionen in Sitzungen zu dem Beschluss des Landesvorstandes, das *Hamburger Forum* und den *Jour Fixe* wegen angeblicher ›Rechtsoffenheit‹ nicht mehr kostenfrei in den Räumen der GEW tagen zu lassen, fand auf Antrag unserer Betriebsgruppe Anfang Januar 2024 eine überaus gut besuchte Veranstaltung

Rechtsoffen – reales Problem oder Kampfbergriff? statt, die vorrangig von unseren Mitgliedern vorbereitet wurde. Dieses Thema ist nicht zu Ende diskutiert und wird weiterverfolgt.

- Im Oktober 2023 konnte endlich die ehemals im Rathaus wegen des Todes von Uwe Seeler zu früh abgebrochene Ausstellung zu den Berufsverboten *Abgelehnt. Der Radikalenbeschluss von 1972 in Hamburg* in der *Zentralbibliothek* wieder gezeigt werden.
- Erneut hatten wir die GEW-Stiftung *Fair Childhood* auf der Tagesordnung, in der uns Klaus Bullan über ein Projekt in Malawi informierte und ein kurzer Film gezeigt wurde. Auch Mitglieder unserer Hamburger Betriebsgruppe engagieren sich stark für die Stiftung, informieren über den Sinn und Zweck und sammeln Spendengelder.
- Vier Kulturangebote boten wir unseren Mitgliedern an, die großes Interesse hervorriefen und schnell ausgebucht waren: die Falckenberg-Ausstellung mit dem Schiebearchiv in Harburg, zwei Stadtrundgänge mit der Geschichtswerkstatt Eppendorf *Auf den Spuren von Wolfgang Borchert* anlässlich seines 100. Geburtstages und einen Stadtrundgang des Geschichtskontors Bergedorf *Bergedorf im Gleichschritt*, der die Verflechtungen Bergedorfer Betriebe mit dem Nationalsozialismus aufzeigte.
- Gemeinsam mit dem *Gewerkschaftlichen Bildungswerk* der GEW Hamburg (GBW) und Frank Hasenbein haben wir das zweitägige Seminar *Den Übergang gestalten* initiiert, das den Übergang in den Ruhestand vorbereiten und von nun an jedes Jahr im Fortbildungsplan angeboten werden soll.

Im Oktober 2022 trafen sich in Bremen zum ersten Mal einige Mitglieder unserer Betriebsgruppe mit Mitgliedern der Ruheständler*innen der GEW Berlin und Bremen, um sich auszutauschen und ge-

genseitig Tipps für die Weiterarbeit zu geben. Das Treffen wurde als recht produktiv empfunden und soll in Hamburg fortgesetzt werden.

Auch begab sich der Vorstand der Betriebsgruppe Ruhestand zum ersten Mal seit Bestehen der Betriebsgruppe mit Interessierten auf eine zweitägige Klausurtagung außerhalb Hamburgs, um Inhalte und Themen für die folgende Zeit zu diskutieren und zu planen. Dort wurde der Wunsch geäußert und beschlossen, dass wir 2024 auf jeden Fall einen erneuten *Senior*innentag* planen und durchführen sollten, da die *Senior*innentage* von 2016 und 2018 großen Zuspruch bei unseren Mitgliedern gefunden hatten. Er soll am 25. Juni 2024 stattfinden, und befindet sich schon in Vorbereitung.

In unseren Sitzungen, die außerhalb der Ferien jeden ersten Mittwoch im Monat von 10:15 bis 12:30 Uhr im Raum ABC der GEW-Geschäftsstelle stattfinden, diskutierten wir neben den bereits genannten auch folgende Themen: die Kriege in der Ukraine und in Nahost mit der Auswirkung auf die deutsche Politik, die Flüchtlingskrise und die ›Lösungsversuche‹ der EU, die Ermordung der 43

Lehramtsstudenten in Mexiko, auch widmeten wir uns dem Kontaktstudium der Hamburger Universität. Natürlich diskutieren und bewerten wir auch die Beschlüsse des Landesvorstandes und des Gewerkschaftstages, Fragen der Tarifpolitik und die Auseinandersetzungen um bessere Arbeitsbedingungen und gerechten Lohn.

Zum Schluss gäbe es noch zu ergänzen, dass viele unserer Mitglieder in anderen Gremien der GEW, der GEW-Bund, des DGB, in den Bezirksseniorenversammlungen und in der Koordination der Senior*innenpolitik im DGB (KoSePo) aktiv mitarbeiten.

MARIANNE HANSEN, CHRISTEL SOHNS
und WOLFGANG RAABE,
Leitungsteam der Betriebsgruppe Ruheständler*innen

Protokolle und Termine unserer Arbeit veröffentlichen wir auf unserer Seite der Homepage der GEW: www.gew-hamburg.de/mitmachen/personengruppen/bg-ruhestaendlerinnen

EINLADUNG

Jahres-Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Ruheständler*innen

Mittwoch den 6. März 2024 um 15 Uhr, Raum ABC im Curio-Haus

Thema: Digitalisierung und Künstliche Intelligenz – Chancen und Probleme
Referent: Frank Hasenbein

Weitere Themen:

- Grußwort der Vorsitzenden und aktuelle Vorhaben der GEW Hamburg
- Aus der Arbeit der Betriebsgruppe: Jahresbericht und Ausblick auf das kommende Jahr

Wir freuen uns auf Euch, Christel, Marianne und Wolfgang

Arbeitszeit von Lehrer*innen ist messbar!

Anfang Februar starteten weit mehr als 1.000 Teilnehmende mit der sechsmonatigen Erfassung in der Hamburger Lehrkräftearbeitszeitstudie

Seit November haben sich mehr als 200 Multiplikator*innen von über 100 Gymnasien und Stadteilschulen auf der Plattform der Studie zur Hamburger Lehrkräftearbeitszeit registriert. Sie wurden in der Methodik und im Umgang mit dem Zeiterfassungstool geschult. Sie begleiten vor Ort weit über 1.000 Lehrkräfte, die mittlerweile für die Teilnahme registriert sind.

Die nun startende sechsmonatige Erfassungszeit der Studie, welche von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Universität Göttingen unter Leitung von Dr. Frank Mußmann durchgeführt wird, umfasst auch eine Studie zur Lehrkräftebelastung. Die GEW unterstützt diese Untersuchung während ihrer Laufzeit unter anderem mit der Kampagne *Zeit für echte Zeit!* Die Notwendigkeit, die Lehrkräftearbeitszeit zu überprüfen und an die Realität anzupassen, hat die GEW bereits seit Jahren an die Schulbehörde und die Politik adressiert. Deshalb packt die GEW Hamburg, wie auch bei der Arbeits- und Belastungsstudie für Hamburger Schulleitungsmitglieder, nun auch durch Unterstützung dieser wissenschaftlichen Studie selbst mit an!

Vertrauensarbeitszeit in Schule kann erfasst werden

Eine GEW-Expert*innengruppe hat zusammen mit Frank Mußmann, dem Leiter der Studie, 28 Tätigkeitskategorien von Lehrkräften identifiziert. Mittels dieser Kategorien tragen die Teilnehmenden in den kommenden Monaten tagtäglich ihre echte Arbeitszeit in ein webbasiertes Zeiterfassungstool ein, welches von der Kooperationsstelle der Universität Göttingen zusammen mit dem Erhebungsinstitut UZ-Bonn generiert wurde. Somit werden Soll- und Ist-Zeiten vergleichbar. »Immer neue Aufgaben haben die Vertrauensarbeitszeit an den Schulen in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter strapaziert und einen auskömmlichen Umgang völlig unmöglich gemacht«, empört sich Torben Willander, langjähriger GEW-Experte für Lehrkräftearbeitszeit: »Es wurde Zeit, echte Arbeitszeiten zu erfassen!«

Erste Erkenntnisse gibt es jetzt schon

Bereits vorangegangene Studien zur Lehrkräftearbeitszeit haben gezeigt, dass die Kolleg*innen vor Ort von Beginn an einen individuellen Mehrwert

von der Zeiterfassung haben werden. »Der erste Aha-Effekt ist meist, dass auch die Wegezeiten oder das Lesen von schulischen Mails und Informationen der Behörde zur Arbeitszeit gerechnet werden. Auch, ob die empfundene Belastung wirklich von der Höhe der Arbeitszeit abhängt, ist gut während der eigenen Zeiterfassung zu verfolgen. Somit erhalten die Lehrkräfte eine neue Sichtweise und Bewertung ihrer eigenen Tätigkeiten«, hebt Frank Mußmann hervor.

GEW und Studienleiter sind sehr optimistisch gestimmt

»Wir sind begeistert von dem hohen Engagement der Kolleg*innen vor Ort«, führt Yvonne Heimbüchel, stellv. Vorsitzende der GEW Hamburg, an. Sie leitet das Projektteam der GEW-Kampagne, das wie die Studie selbst durch Ehrenamtliche unterstützt wird. »Dass es jetzt mit solch einer soliden Beteiligung losgehen kann, ist schon ein Erfolg der Lehrkräfte in den Hamburger Schulen und stimmt optimistisch, was die wissenschaftliche Absicherung der Ergebnisse angeht«, äußert Mußmann.

Zeichen der Zeit und Zeichen für die Politik

»Diese hohe Beteiligung ist auch ein Zeichen für etwas, das die GEW seit langem wusste und auch in den Wahlkampf zur Bürgerschaft im kommenden Jahr wieder einbringen wird. Eine Überprüfung und letztendlich Anpassung der Lehrerarbeitszeitverordnung steht an!«, so Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg. Denn der Arbeitsalltag an Hamburger Schulen ist zunehmend bestimmt von großem zeitlichem Druck, Personalmangel, ungenügender räumlicher und zeitlicher Ausstattung, neuen Arbeitsformen und -techniken sowie immer mehr zusätzlichen Aufgaben ohne angemessenen Zeitausgleich. »Viel zu viele Kolleg*innen weichen unfreiwillig in Teilzeitarbeit aus, um den Belastungen und dem immensen Arbeitsumfang gerecht zu werden. Im letzten Jahr betrug die Teilzeitquote unter Lehrkräften in Hamburg 56 Prozent. Nirgendwo in Deutschland ist sie höher! Hamburg muss gesunderhaltende und motivierende Arbeitsbedingungen schaffen um dem Lehrkräftemangel zu begegnen!«, fordert Yvonne Heimbüchel.

GEW HAMBURG

Klare Position der GEW

(hlz 9-10/2023, Schwerpunkt: Crappy Birthday, AZM!)

Entgegen dem Eindruck der in der *hlz* und auf der Webseite der GEW Hamburg entstanden ist, möchte ich daran erinnern, dass die GEW Hamburg zur Arbeitszeit von Lehrkräften an Schulen auch jetzt schon eine klare Position formuliert hat. Auf dem Gewerkschaftstag am 20. September 2021 wurde folgender Antrag beschlossen: »Der Senat der FHH wird aufgefordert, die Arbeitszeit der Lehrkräfte an die tatsächlich anfallenden Arbeiten anzupassen. [...] Insbesondere ist eine Begrenzung der Unterrichtsverpflichtung eine in Vollzeit beschäftigten Lehrkraft auf maximal 20 Unterrichtsstunden wöchentlich vorzunehmen. [...] Gleichwohl hält die GEW-Hamburg an der Forderung der Abschaffung des Lehrerarbeitszeitmodells gemäß LehrArbVO fest.«

ANDREAS WOLF

Zu allgemeinpolitisch und altlinks

Sehr geehrte Mitarbeitende, ich lese die *hlz* gern, wenn es um Themen der Erziehung und Bildung geht, deshalb bin ich als Lehrerin schließlich GEW-Mitglied. Spannend, wenn unterschiedliche Meinungen es in Ihr Heft schaffen. Das könnte noch ausgebaut werden. Tatsächlich finde ich Ihre allgemeinpolitischen, oft sehr meinungseinseitigen Artikel im Heft einer Bildungsgewerkschaft in der Quantität überflüssig und auch ärgerlich, denn sie belegen Seiten, die Sie für Ihre Kernkompetenz Bildung besser nutzen könnten. In Gesprächen im Kollegium

habe ich zudem oft gehört, dass jüngere Lehrer*innen die GEW durchweg als »altlinks« wahrnehmen in ihren allgemeinen politischen Positionierungen. Dadurch wird so manche*r von einem Eintritt in die GEW abgeschreckt. Allgemeinpolitisch gibt es meiner Ansicht nach genügend differenzierter recherchierende und objektiver berichtende Medien, die Lehrer*innen in der Regel auch kennen und nutzen.

Freundliche Grüße,
ANJA WILKEN

Arrogant und beratungsbedürftig

(hlz 11-12/2023, S. 30 ff.: We Got 99 Problems, but »Rechtsoffenheit« Ain't One?)

Die Arbeit der neuen *hlz*-Redaktion ist insgesamt zu loben, allerdings: Mit etwas Beratung durch ältere Kolleg*innen wäre der Text zur Bewertung der Leserbriefe vielleicht besser geworden: Die hätten gewusst, dass VVN nicht »Verein« der Verfolgten des Naziregimes heißt, sondern »Vereinigung«. Sie hätten das verfälschte Zitat von Jean Amery moniert. Und sie hätten über die Betriebsgruppe Ruheständler*innen nicht geschrieben, es gäbe da »eine gewisse Beharrlichkeit [...] sich einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem Problem der Offenheit gegenüber rechten oder damit assoziierten Positionen überhaupt zu stellen.« Abgesehen davon, dass dieser Satz grammatisch unsinnig ist, könnte man das so verstehen: Die alten Säcke sind rechthaberisch und unfähig, ihre Irrtümer wahrzunehmen. Das schließt z. B. auch Willi Bartels ein – GEW-Urgestein und vielfacher *hlz*-Autor. So sollten wir nicht miteinander umgehen!

Über den schon von Paresse kritisierten General Vad heißt es, seine Position sei »ziemlich nahe an dem, was auch die Ideologen des Kremls oder aus Teheran fordern. [...] Er ist eben ein Neuer Rechter, der für einen Frieden mit Russland und gegen den Frieden durch Menschenrechte ist.« Man kann darüber streiten, inwieweit das zutrifft, aber ähnliche Ansichten wie Vad haben zunehmend mehr Wissenschaftler und Diplomaten in den USA und in Deutschland z. B. Klaus von Dohnanyi und der verstorbene Egon Bahr: »In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.« Weiter heißt es im Text, dass »die GEW eine antifaschistische Organisation« ist. Sie ist also in der Tat – wie das *Hamburger Forum* (HF) – verpflichtet, sich von rechten Gruppierungen fernzuhalten; aber wenn jeder auch nur lockere oder zeitweilige Bündnispartner darauf hin abgeklopft wird, ob er selbst sich selbst zu jeder Zeit ausreichend von möglicherweise rechten Gruppen oder Personen distanziert hat, dann landen wir schnell bei Überwachung und Schnüffelei – und das können wir nicht wollen. Es gibt in der GEW auch CDU-Mitglieder. Bekäme eine CDU-nahe Gruppe in der GEW Räume? Diese Partei ist ausgesprochen »rechtsoffen« – bisher nicht in Hamburg, aber in etlichen anderen Bundesländern. Unterstützer des *Hamburger Forums* in der GEW: »zwei, drei Handvoll [...], also ein ganz klein wenig mehr, als die Anzahl der Briefschreiber*innen.« – Das HF – und nur das HF! – organisiert in Hamburg wahrnehmbare Demonstrationen für den Frieden: Beim Ostermarsch, beim Antikriegstag und in

diesem Jahr auch am 3. Oktober. Die LINKE hat es in diesem Jahr auch dreimal versucht, und jedes Mal kam zu den Konkurrenzveranstaltungen ein Zehntel der Teilnehmer*innen, die das HF mobilisiert! Wie kann man so unglaublich arrogant sein, das HF eine »marginalisierte Gruppe« zu nennen?

Manche Kolleg*innen haben mir in den letzten Wochen gesagt: »Die GEW hat im letzten Jahr so viel Scheiße gemacht, ich trete aus.« Das halte ich für falsch: Ich bin begeistert über die Rolle der GEW in den Tarifikämpfen und dankbar dafür, dass sie auch für eine Erhöhung der Bezüge von Ruheständler*innen einsetzt. Ich werde also nicht austreten.

Mit freundlichen Grüßen,
JUTTA WALLMANN-JUNG,
Pensionärin

Richtigstellung des Autors

(hlz 11-12/2023, S. 35 ff.:
Zur innergewerkschaftlichen
Diskussion um Rechtsoffen-
heit: Leser*innenbriefe)

Zum Leserbrief von Werner Haertel, Ruheständler (S. 36): In meinem Artikel befasste ich mich u. a. mit dem Journalisten Hannes Hofbauer, dessen Artikel im Rundbrief des *Hamburger Forums* abgedruckt wurde, sowie mit der Partei *dieBasis* und deren Verbindungen zur Zeitschrift *Demokratischer Widerstand* (DW). Haertel schreibt über mich: »Der Versuch, eine Verbindung zwischen *Hamburger Forum* und DW bzw. *Basis* herbeizuschreiben [...] ist erfolglos.« – Ich habe in meinem Artikel nicht »herbeigeschrieben«, das *Hamburger Forum* hätte eine »Verbindung« zum DW. Vielmehr schrieb ich: »Hannes Hofbauer« muss »sich

fragen lassen«, warum er in einer Zeitung [DW] schreibt, die »ausgewiesene rechte Positionen [...] verbreitet«. Und: »Wer also in unserer Gewerkschaft die Partei *dieBasis*, wie das *Hamburger Forum* es macht, als »bürgerliche Partei« einordnet [...], der muss die Frage beantworten [...] warum sich viele Mitglieder dieser Partei in das Querfront-Bündnis [des DW] einbinden lassen oder es aktiv vorantreiben«. Aus meiner Formulierung folgt auch nicht: »Seine Schlussfolgerung: HF gehört zur Querfront«, wie mir Haertel unterstellt.

Es ist offensichtlich, dass viele Parteimitglieder der Partei *dieBasis* zum Querfront-Bündnis im DW bereit sind und Hannes Hofbauer mit seiner Veröffentlichung im DW zumindest fahrlässig handelte. Das *Hamburger Forum* duldet bei seiner Demonstration die Partei *dieBasis* und bezeichnet sie als »bürgerliche Partei«. Die Ambitionen dieser Partei nicht zu benennen, ist bedenklich. Mir, wie im selben Leserbrief geschehen, »Unterschlagung« vorzuwerfen ist unlauter. In meinem Artikel geht es gar nicht darum zu beweisen, *dieBasis* sei eine »faschistische Partei«.

Die Leserbriefschreiberin Barbara Kübel und ihr Co-Autor Manfred Klingele behaupten in ihrem *hlz*-Leserbrief über mich: »Ab S. 66 werden [...] aktive Mitglieder der GEW [...] gründlich diffamiert«. Die Aussage wird nicht belegt. In meinem Text nenne ich keine Namen. »Gründlich diffamiert« ist eine wahrheitswidrige Behauptung. Ich habe keine Mitglieder der GEW in meinem Text »diffamiert«. Die Autorin und der Autor bemängeln meine »langatmigen Ausführungen«. Ein Artikel wird nicht besser, je kürzer er ist. Komplexität erfordert andere Qualitätsmerkmale als kurzat-

mig zu sein! In der Psychologie wird kritisch vom »Twitter-X-Syndrom« gesprochen.

Ich hoffe, dass die eben zitierten Autor*innen die Unterstellungen und wahrheitswidrigen Behauptungen nicht mit Absicht niedergeschrieben haben. Respektvolles Umgehen miteinander in der GEW gehört zu den grundlegenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche gemeinsame Arbeit.

WOLFGANG SVENSSON,
Pensionär

ANTIFA

Rechtsoffen?

Stellungnahme der Vorsitzenden zu den aktuellen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um den Umgang mit verschwörungsideologischen und rechten Positionen

Die GEW Hamburg diskutiert seit mehr als einem Jahr über die Zusammenarbeit mit Gruppen, die in der Kritik der Coronaproteste (*JF Jour Fixe – Gewerkschaftslinker*) bzw. bei Friedensdemonstrationen (*Hamburger Forum*) mit mindestens fragwürdigen verschwörungsideologischen, rechts orientierten Gruppen zusammengearbeitet bzw. sich von diesen nicht klar abgegrenzt haben. Beide Gruppen dürfen seit vielen Jahren für ihre Veranstaltungen und Treffen kostenlos Räume der GEW nutzen und wurden in dieser Weise aus Mitgliedsbeiträgen gefördert.

Diese Kritik wurde mit Vertreter*innen beider Gruppen GEW-intern diskutiert und wird auch von vielen anderen antifaschistischen Gruppen (z. B. dem *Hamburger Bündnis gegen Rechts*) erhoben. Die beiden Gruppen konnten die Kritikpunkte leider nicht annehmen. Vor diesem Hintergrund beschloss der GEW-Landesvorstand mit großer Mehrheit im Januar und Mai 2023, beiden Gruppen keine kostenlosen Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Die Kritiker*innen dieses Beschlusses, besonders aus der Betriebsgruppe Ruheständler*innen, stellten daraufhin einen Antrag auf dem letztjährigen Gewerkschaftstag, den Vorstandsbeschluss zum *Hamburger Forum* wieder zurückzunehmen. Hier folgte eine lebendige bis hitzige Diskussion mit dem abschließenden knappen Votum des Gewerkschaftstages, den Beschluss des Landesvorstands zum *Hamburger Forum* weiter aufrechtzuerhalten. Wir Vorsitzende hätten damit dann die Diskussion beenden können. Von vielen Kolleg*innen (gerade den jüngeren) wissen wir auch, dass sie es dann getan haben (»Es gab intensive Diskussionen – gab kein Entgegenkommen – jetzt einen Beschluss des Gewerkschaftstages – so what, der Tag hat nur 24 Stunden und wir haben auch andere Dinge, die uns beschäftigen«). Uns war es aber wichtig, den Gesprächsfaden gerade zu den Ruheständler*innen aufrechtzuerhalten und zu schauen, welche Gemeinsamkeiten in der unterschiedlichen Auffassung von Bündnispolitik es gibt. Auf Initiative der Vorsitzenden entstand die Idee einer GEW-internen Diskussionsveranstaltung dazu.

Die Vorbereitungsgruppe zu dieser Veranstaltung

beschloss dann ein inhaltlich möglichst breit aufgestelltes Podium und eine externe Moderation, dies konnten wir mit den Experten Peter Wahl und Andreas Speit und dem Journalisten Axel Schröder als Moderation auch umsetzen.

Auf der mit etwa 80 Teilnehmer*innen gut besuchten Veranstaltung am 10. Januar 2024 gab es dann konträre Eingangsstatements der Referenten. Peter Wahl markierte die wichtige Frage, wo man in der Zusammenarbeit Grenzen steckt. Darüber wurde dann leider aber kaum gesprochen, es folgten eine Menge Statements, in denen wieder gesagt wurde, dass *Forum* und *Jour Fixe* nur wegen ihrer regierungskritischen Haltung angegriffen würden und das Ganze lediglich eine Scheindiskussion sei. Gleichzeitig wurde der Widerruf der kostenlosen Nutzung der GEW-Räume in die Tradition von KPD-Verbot, Berufsverbot und Unvereinbarkeitsbeschlüssen gestellt. Diese Vergleiche empfinden wir als eine Anmaßung gegenüber den damals betroffenen Menschen. Wir sehen in dieser Form der Diskussion ein fortdauerndes Ausweichen und Negieren des eigentlichen Konfliktes.

Die Neue Rechte mit AfD, Magazinen wie *Compact*, der *Identitären Bewegung* etc. wird stärker und versucht, sich aufkommenden sozialen Bewegungen anzuschließen und diese in ihrem Sinne umzuformen. Diese »rechten Wege« müssen wir als Gewerkschafter*innen deutlich machen, zurückweisen und uns ihnen entschlossen entgegenstellen.

Die aktuellen Demonstrationen der Landwirte zeigen diese Dynamik wieder sehr deutlich. Natürlich ist es richtig, als Gewerkschafter*innen in diesen Bewegungen aktiv zu sein und eigene Inhalte einzubringen. Es gibt dabei natürlich eine Auseinandersetzung um eine »Meinungshoheit« zwischen Gewerkschaften/der Linken« und der neuen Rechten, das darf aber nicht dazu führen, dass man unter anderem aus taktischen politischen Gründen gemeinsam mit Gruppen aus der neuen Rechten zu einer Veranstaltung aufruft oder sie unterstützt. Wenn während der Pandemie die Initiator*innen der »Kunsthallendemos« auf ihrer Homepage da-

mit werben, dass sie von dem »*Jour Fixe Gewerkschaftslinken*«, »*Rubicon*« und den »*Nachdenkseiten*« unterstützt werden, dann ist aus unserer Sicht ein rote Linie überschritten.

Im Jahr 2024 haben wir nun (wieder) diverse Krisen, zu denen wir uns als Gewerkschaft und Linke verhalten müssen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine führt auch dazu, dass rechte Gruppen und Netzwerke sich in Friedensdemonstrationen einmischen, beispielsweise um ihre Unterstützung für Putin deutlich zu machen. Auch das müssen wir als Gewerkschafter*innen aufzeigen und zurückweisen. Dieses Zurückweisen lassen *Jour Fixe* und *Forum* bisher vermissen.

Die GEW steht mit ihrer Haltung nicht alleine da. Die globalen Konflikte bleiben bestehen, gerade wenn wir auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas nach deren Terrorüberfall am 7. Oktober 2023 schauen. Der *Express*, eine Zeitung für linke Gewerkschaftsarbeit, hat seine Zusammenarbeit mit dem *Jour Fixe* eingestellt, nachdem dieser im Dezember 2023 in seinem Newsletter einen Artikel veröffentlichte, in dem eine Wesensgleichheit des Zionismus mit dem Nationalsozialismus festgestellt und behauptet wird, dass die

israelische Regierung Vernichtungslager für die Palästinenser*innen einrichten würde, wenn es ihr möglich wäre. Diese Position bedient antisemitische Sichtweisen und widerspricht derart eklatant den Haltungen und Beschlusslagen der GEW, dass eine Zusammenarbeit zukünftig nicht mehr denkbar erscheint.

Wie geht es jetzt weiter?

Auf dem Landesvorstand der GEW Hamburg im Januar wurde die Veranstaltung intensiv nachbereitet. Eine Nachbereitung mit der Vorbereitungsgruppe steht – während dieser Artikel geschrieben wird – noch aus, wird aber natürlich stattfinden. Auch die Diskussion darüber, ab wann eine Abgrenzung notwendig ist, ist noch nicht ausdiskutiert. Als Vorsitzende halten wir eine neuerliche Diskussion über eine Raumüberlassung nur für sinnvoll, wenn klar sichtbar wird, dass beide Gruppen ihre Bündnisarbeit ernsthaft verändern und sich von antisemitischen und verschwörungsideologischen Positionen eindeutig distanzieren.

Die Vorsitzenden der GEW Hamburg:
SVEN QUIRING, BODO HASS
und YVONNE HEIMBÜCHEL

Letzter Aufruf zur Kurskorrektur

Reflexion der *hlz*-Redaktion über die Diskussionsveranstaltung
»Rechtsoffen – Reales Problem oder Kampfbegriff?« vom 10. Januar 2024

Hintergrund der Veranstaltung ist ein seit längerem bestehender Konflikt mit den Gruppen *Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung* und *Jour Fixe – Gewerkschaftslinken*, die auch in großen Teilen der Hamburger Linken dafür kritisiert werden, rechtsoffene, verschwörungsgläubige oder antisemitische Positionen zu tolerieren bzw. mit solchen Zusammenhängen zu kooperieren. Der Landesvorstand hatte daraufhin beschlossen, die Subventionierung beider Gruppen durch kostenlose Raumnutzung aufzukündigen.

Das Podium der Veranstaltung war so besetzt, dass Peter Wahl die Linie des *Forums* und des *Jour Fixe* vertrat. In seinen unterschiedlichen politischen Funktionen hat sich Wahl mit den Grenzziehungen innerhalb sozialer Bewegungen beschäftigt. Seine Linie kann wie folgt beschrieben werden: Die Rechtschaffenheit sei eben kein wirkliches Problem dieser beiden Gruppen, sondern vielmehr sei es

eine notwendige Praxis, den Dialog mit den »besorgten Bürgern« zu suchen, um den Rechtsruck aufzuhalten. Die Weltanschauung dieser »besorgten Bürger« sei letztlich eine verstehbare Reaktion auf eine überkomplexe Welt nach dem »Ende der großen Erzählungen«.

Der zweite Gast, Andreas Speit, vertrat die hierzu antagonistische Position: Der Rechtsruck werde gerade durch solche Gruppen vorangetrieben, die sich an Querdenker*innen-Demonstrationen oder fragwürdigen Friedensaktionen beteiligten. Speit hatte bereits in seiner *taz*-Kolumne beide Gruppen mehrfach dafür kritisiert, nicht nur einen solche Dialog zu suchen, sondern auch freundschaftliche Kontakte zu solchen Leuten zu unterhalten und mit Kreisen zu kooperieren, in denen Neurechte beteiligt sind. Speit rekonstruierte dies als eine Tradition innerhalb der deutschen Linken seit dem 19. Jahrhundert. Er wies darauf hin, dass

diese rechtsoffene Haltung nicht sonderlich neuartig sei, sondern eher eine traditionellen Krisenlösungstaktik darstelle. Auch ein Friedrich Engels musste sich schon mit Impfgegner*innen und anderen Wissenschaftsfeind*innen herumschlagen. In Anknüpfung daran stellte auch unser *hlz*-Redaktionsvorgänger Joachim Geffers später in der Diskussion heraus, dass historisch in deutschen Verhältnissen alle »Querfrontprojekte« letztlich zu einer Stärkung der Rechten geführt hätten.

Wie soll unsere Gewerkschaft nun in dem Konflikt um Rechtschaffenheit agieren? Konsens auf dem Podium und im Publikum dürfte gewesen sein, dass die Linke seit 1989 wesentlich Niederlagen eingesteckt hat und wir uns in einer Zeit der rechten Offensive befinden – in Europa und auf der Welt. Wie wir darauf nun antworten, welche *Strategien* dagegen helfen könnten, darin bestand der Dissens des Abends.

Als Vorsitzender der GEW Hamburg hatte Sven Quiring auf dem Podium den Part übernommen, all die Stufen dieses Konflikts mit den beiden Gruppen in den diversen Gremien nachzuzeichnen. Er ging auf die umfassenden Treffen ein, in denen die beiden Gruppen für die Kooperation mit oder die Duldung von problematischen Gruppen kritisiert worden waren. Diese Veranstaltung hätte also genauso gut 2014 stattfinden können, als es um die Zusammenarbeit mit den verschwörungsgläubigen *Mahnwachen für den Frieden* ging. Das *Forum* wollte mit diesen eine Veranstaltung in GEW-Räumen durchführen, was verhindert werden konnte (Ken Jebson oder Lars Mährholz waren Protagonisten dieser *Mahnwachen*, deren antisemitische Verschwörungserzählungen sich leicht im Internet recherchieren lassen).

Wie finde ich einen Feind?

Sven Quiring unterstrich, dass der »Feind rechts« stünde. In diesen bedrohlichen Zeiten bedürfe es einer antifaschistischen Einheit und nicht der Zusammenarbeit mit rechten Gruppen, deren Einfluss bedrohlich zugenommen habe. Was sollte ein Vorsitzender auch anderes tun, als nüchtern die Fakten zu schildern, um die demokratische und partizipative Entscheidung des 40-köpfigen Landesvorstandes zu rechtfertigen und auf die wirklich drängenden Probleme aufmerksam zu machen? Sven widersprach vehement der Deutung, es handle sich um ein »Raumverbot«, wie dies von den beiden Gruppen immer noch vorgehalten wird. Das modifiziert die Argumentation der Betroffenen doch etwas: Jetzt geht es nicht mehr um den klassischen »Cancel Culture«-Vorwurf – den praktischen Ausschluss von Personen – sondern um 300 Euro pro Sitzung, die nun für die Gruppentreffen

fällig wären. Die Raummiete ist nun in den Augen der Betroffenen die »Repression«. Unterdrückung wäre dies aber nur, wenn hier eine Leitung willkürlich und machtpolitisch handelte. Der Grund ist aber die politische Entfremdung zwischen gewählten Repräsentant*innen und den beiden Gruppen, die nun wie jede andere Gruppe behandelt werden soll. Angesichts der Fülle an kostenlosen oder preiswerteren Räumen in Hamburg wird aus dieser Erzählung einer »Existenzgefährdung« der Betroffenen reine Rhetorik, die besonders pensionierten Oberstudienrät*innen schlecht zu Gesicht steht.

Diese maßlose Übertreibung, dass es hier um die Existenz zweier Gruppen ginge, das ist erst einmal Propaganda für die eigene Sache. Das grundlegende Problem beider Gruppen, aber auch ihres Referenten Peter Wahl besteht darin, dass sie ernsthaft behaupten, dass sie sich in einer Situation befänden, die in einer bestimmten Tradition oder Kontinuität stünde: Die Aufkündigung der kostenlosen Raumnutzung wird mit dem existenzgefährdenden KPD- oder Berufsverbot *gleichgesetzt*. Nachdem Sven lang und breit erklärt hatte, wie partizipativ und demokratisch der Landesvorstand entschieden hatte, konnte Peter Wahl dennoch nicht von seiner Linie abweichen: Er *fühle* sich an das KPD-Verbot erinnert. Das überschätzt nicht nur maßlos die eigene Bedeutsamkeit, denn um eine proletarische Massenpartei handelt es sich hier nicht, es setzt auch einen antifaschistischen Vorstand mit ehemaligen Nazis, rechten Staatsanwälten und Polizisten gleich, die allesamt das KPD-Verbot umsetzten. Das *relativiert*, verharmlost damit die Handlungen einer Rechten, indem man dies einem linken Landesvorstand vorhält, so zu handeln. Offenkundig aber hat so *niemand* gehandelt, das passierte wesentlich im Kopf oder in den Diskussionen der nun von der *Raummiete* bedrohten Gruppen. Und es sagt alles über den bisherigen und zu erwartenden Erfolg eines Dialogs mit diesen Gruppen aus, wenn solche Vergleiche bemüht werden, anstatt endlich einmal klar und streng zu analysieren, warum die Partei *DieBasis* keine bürgerliche Partei ist oder warum die Querdenker*innendemonstrationen nicht zu *dem* Agitationsobjekt erklärt werden müssen.

Wir sind leider eine sehr große Verschwörung

Die Diskussion wurde von Axel Schröder (*Deutschlandfunk*) moderiert, der schon früh spürte, dass die Emotionen den Raum erfüllten, auch wenn keine direkten Beleidigungen oder andere Diskriminierungen in den Vorträgen oder der Diskussion geäußert wurden. Das ist ein Erfolg der Veranstaltung! Die Emotionalität war in den Statements zu spüren, wenn das eigene Berufsverbot geschildert wurde – gewiss tragische Einschnitte in die eigene



Biographie, die weiterhin zu kritisieren sind. Problematisch ist es aber, wenn dies als gegenwärtige ›Repression‹ beschworen wird.

Die sogenannten Radikalenerlasse waren ein Instrument, um den »langen Marsch durch die Institutionen« (Rudi Dutschke) aufzuhalten, zu verhindern, dass in den Bildungsinstitutionen eine linke Hegemonie entstünde. Das war eine einzigartige Praxis, die in anderen westlichen Gesellschaften massiv kritisiert wurde. Dass es für die Betroffenen heute noch keine Entschädigungen gibt, das ist ein wirklicher politischer Skandal! Warum sich nicht mehr Menschen dafür engagieren, dass eine ordentliche Zahlung an Betroffene geleistet wird, bleibt ein Rätsel. Eine solche Kampagne könnte gut darüber aufklären, dass die ›Extremismusbekämpfung‹ von deutschen Behörden bis in die unmittelbare Gegenwart eher als ›Kampf gegen Links‹ auszuweisen ist und keine wirkungsvolle Eindämmung des Rechtsextremismus leistete, sondern vielfach half, rechte Strukturen zu etablieren und ihren Aktionsradius auszuweiten (man denke etwa an all die Skandale um den NSU-Komplex, der gewiss nicht nur aus drei Personen bestand, oder an das *Uniter*-Netzwerk des Bundeswehr-Unteroftiziers André S.).

Die von der Raummiete Betroffenen bedienten sich in der Diskussion einer Rhetorik, die unangemessen wirkte: Eine Gewerkschafterin sprach im Sinne einer Staatsregierung davon, dass erst die »Sanktionen« aufgehoben werden müssten, bevor weitere Verhandlungen folgen könnten. Es ging aber nicht um Erdölvorkommen oder Waffenexporte, sondern – ja, wir wiederholen uns – um diese Raumfrage, ob eine Gruppe aus mehrheitlich der Mittelschicht Angehörigen Miete zahlen muss! Eine Tragik der Ersten Welt! Die Wirklichkeitswahrnehmung der beiden Lager klappt hier so weit auseinander, dass wir es mit keinem geringen Problem zu tun haben. Hier werden machtpolitische Mittel herbeiphantasiert, die in Wirklichkeit demokratische Prozesse waren. Es ging nicht um nationalstaatlich erlassene Sanktionen gegen einen ›Feindstaat‹, sondern um eine Kritik an der Kooperation oder Duldung von Verschwörungsgläubigen oder Neurechten, die immer wieder so gedreht wird, als gäbe es hier Opfer einer ›Zensur‹ oder ›reinen Willkür‹ zu bestaunen.

Die Prozesse so zu beschreiben, bedeutet, dass man leider selbst schon in Verschwörungen denkt: Der böse Landesvorstand, die Bundesregierung, die Partei *Die Linke*, die anderen DGB-Gewerkschaften, die »Grünen!« (Horst Seehofer) und die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen* (VVN-BdA) hätten sich gegen die ›gute Friedensbewegung™‹ verschworen,

um die letzte Oppositionsbastion des Landes zu erstürmen. Wenn dies eine historisch-materialistische Analyse der Kräfteverhältnisse innerhalb unserer Gesellschaft oder Gewerkschaft gewesen sein soll, dann ist das von der Weltsicht der Querdenker*innen nicht allzu weit entfernt. Diese *fühlen* sich in einer Diktatur, dauernd werde ihnen der Mund verboten, auch wenn sie ständig in den Medien ihre Meinung sagen können.

Ohne Brandmauer zündeln?

Das Erstaunliche an beiden Gruppen ist Folgendes: Wenn es um ausgewiesene Antisemit*innen, Reichsbürger*innen oder Rechtsterrorist*innen geht, die sich etwa in der Partei *Die Basis* versammeln oder bei den Demonstrationen an der Kunsthalle mitwirken, dann wird dies kleingeredet und bagatellisiert. Beide Gruppen verharmlosen und relativieren so den wirklichen Rechtsruck. Auf diesen Kundgebungen konnte Redebeiträgen gelauscht werden, die vom »Corona-Staatsterror« (*OrgaTeam Demokunsthalle*) fabulierten, und der *Jour Fixe* verbreitet selbst Texte dieser Qualität. So darf Bernd Schoepe (GEW-Mitglied, im *Jour Fixe*-Newsletter 02/2024) Pädagog*innen ihre »größte Lebenslüge« vorhalten – »seit dem niemals konsequent aufgearbeiteten Mitmachen, Mitlaufen und Gehorchen unter dem Hakenkreuz, ihrer (Selbst-)Gleichschaltung im Nazi-Totalitarismus vor genau 90 Jahren«. Diese Lebenslüge bestünde im Befolgen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie – das gleichgesetzt wird mit dem Mitwirken im Nazifaschismus. Wer dies nicht kritisiert, sondern durch die Verbreitung solcher geschichtsrevisionistischen Gedanken zündelt, sollte bedenken, dass Brandmauern in Deutschland ein viel zu schwaches Fundament haben. Wer unbedingt etwas Füllmasse bei Demonstrationen des Querdenkertums bilden möchte, die*der kann dies ja gerne tun, aber dann nicht auf Kosten antifaschistischer Gewerkschaftsmitglieder. Wir können jedenfalls nicht wahrnehmen, dass es dem *Forum* oder *Jour Fixe* bisher gelungen wäre, mit diesen ›besorgten‹ Bürger*innen irgendetwas Emanzipatorisches zu gestalten.

Peter Wahl hat in seinem Vortrag allerdings benannt, warum all diese Kritik heute doch nicht mehr zeitgemäß sei. Ausdrücke wie Antifaschismus, Faschismus, Antisemitismus oder Rassismus seien doch heute nicht mehr klar definiert, alle möglichen Lager nutzen sie nun, um ihre Feinde zu diffamieren. Wahl ging hier taktisch vor, um die Kritik am Dialog mit rechtsoffenen Gruppen zu delegitimieren. Es ist klar, dass auch ein Vladimir Putin sich als ›Antifaschist‹ inszeniert, auch wenn seine breite Unterstützung für die Neue Rechte Europas oder Amerikas kein Geheimnis mehr sein

dürfte. Wir können jedoch sehr wohl unterscheiden, ob jemand ›Antifaschismus‹ nur aus Propagandagründen als Label gebraucht, oder ob Antifaschismus auch wirklich praktiziert wird. Oder hätte Wahl einen gut bestimmten Begriff des Antisemitismus gehabt – er hätte solche Ideologeme in Redebeiträgen des *Forums* oder in Veröffentlichungen des *Jour Fixe* finden können. Er hätte hier den Text »Warum Israel den Völkermord an den Palästinensern nicht industriell wie seinerzeit die Nazis an den Juden ausführte!« analysieren können, um einen brauchbaren Begriff des zeitgenössischen Antisemitismus zu gewinnen. Dieser mit dem Namen Paul Polczyn gezeichnete Text erschien am 8. Dezember 2023 auf der Website des *Jour Fixe*.

Der Antisemitismus nach 1945 besteht wesentlich darin, dem Staat der Judenheit nachzuweisen, dass sie doch nicht besser oder sogar schlimmer als die Nazis seien, um darüber die Shoah, die Vernichtung zu relativieren und zu verharmlosen. Dieser Verkehrung von Opfer und Täter*in bedient sich auch Polczyn, der sogar behauptet, dass »Israel [...] den Völkermord seit seiner Gründung im Jahre 1948« plane und durchführe. Der Staat der Holocaustüberlebenden habe also seit seiner Gründung den nächsten Holocaust praktiziert. – Das ist menschenverachtend. Und Polczyn steigert dies noch: »Wie es den Nazis darum ging, Deutschland ›judenrein‹ zu machen [...], so geht es heute der israelischen Führung darum, daß Israel ›palästinenserrein‹ wird. Während die Juden damals noch die Chance hatten, nach Israel auszuwandern, werden die Palästinenser aus Gaza heute in die Wüste geschickt, in den Negev oder Sinai«. Abseits davon, dass die Chance, das damalige Mandatsgebiet Palästina lebend zu erreichen, durch die Kolonialmacht Großbritannien ab Ende der 1930er immer mehr verunmöglicht wurde, wird hier eine Argumentation bemüht, welche die neue Rechte seit 1945 genauso nutzt: »Seht her, diese Opfer sind doch die wahren Täter!«

Wer das Vorgehen der *Israel Defense Force* (IDF) mit dem Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht, der Einsatzgruppen und Polizeibataillone gleichsetzt, sogar insinuiert, dass die Israelis ja noch schlimmer wüteten, weil ihre Opfer keine Fluchtmöglichkeiten hätten, der produziert Antisemitismus. Weder quantitativ noch qualitativ sind diese Kriege miteinander gleichzusetzen, vielmehr wird hier ausgerechnet der Staat der Überlebenden der Shoa dämonisiert und der Boden einer legitimen Kritik am Handeln der israelischen Regierung deutlich verlassen. Gruppen mit solchen Positionen können keine Kooperationspartner*innen einer antifaschistischen Gewerkschaft sein.

Der 7. Oktober, das größte Pogrom nach 1945 wird auf der Website des *Jour Fixe* so beschrieben, dass erst mit der *Reaktion* der IDF das Unglück dieses Tages begonnen hätte: »Den brutalen Höhepunkt erleben wir seit dem 7. Oktober mit der Bombardierung von Gaza, [...]. Die Einwohner von Gaza waren unter Führung von Hamas&Co ausgebrochen aus dem ›Freiluftgefängnis‹, [der ehemalige US-] Botschafter Chas Freeman nennt es sogar KZ«. Implizit wird damit gesagt: Es wäre am besten gewesen, die Hamas hätte noch Stunden oder Tage weiter morden dürfen bei ihrem ›Ausbruchversuch‹. Die Terroristen der Hamas mordeten alle, egal welchen Glaubens, welcher Herkunft, welcher Schicht. Sie entführten Staatsbürger*innen aus Nationen, die mit dem Konflikt gar nichts zu tun hatten, sie zerstörten Tausende von Familien an einem Tag. Ein solches Massaker in eine Befreiungsaktion umzudeuten und damit auszudrücken: »Die Juden sind selbst schuld an ihrem Unglück« – das ist Antisemitismus. Kundgebungsbeiträge des *Forums* machen oft zum Thema, dass der »Antisemitismusvorwurf« dauernd genutzt werde, um die berechnete Israelkritik aus der Öffentlichkeit zu halten. Es wird wieder die von der Neuen Rechten altbekannte Rhetorik genutzt, ›dass man ja gegen Israel oder die Juden nichts mehr sagen dürfe«. In jedweder großen Tageszeitung wurde ausführlich auch Kritik am Vorgehen der IDF artikuliert, die Vorstellung, die Bundesregierung unterdrücke eine ›Israelkritik‹ ist ein leicht widerlegbarer Mythos. Wenn aber Positionen zu Israel weitergetragen werden, die sich von denen der NPD oder der *Rechten* wenig unterscheiden, dann besteht vielleicht ein sehr viel grundsätzlicheres Problem. Dann reden wir hier auch nicht mehr darüber, dass eine bloße ›Rechtsoffenheit‹ Gegenstand der Auseinandersetzung ist, sondern dass wir es mit Artikulationen einer dogmatischen, ideologischen Positionierung zu tun haben, die Teil des heutigen Rechtsrucks ist.

HAMBURG (POST-)KOLONIAL

Wem sind Sie auf die Füße getreten, Herr Zimmerer?

Interview mit Prof. Dr. Jürgen Zimmerer, Leiter der Forschungsstelle ›Hamburgs (post-)koloniales Erbe / Hamburg und die (frühe) Globalisierung‹, über die ungesicherte Zukunft der Einrichtung

Seit 2015 gibt es die von Ihnen geleitete Forschungsstelle an der Uni Hamburg. Die Stadt Hamburg hat noch für ein Jahr die Finanzierung bis 2024 bewilligt. Ist die Zukunft der Arbeit gesichert?

Jürgen Zimmerer: Stand heute: Nein! Es gibt keine bedingungslose Zusage der Stadt zur Weiterführung. Es gibt weder eine Entscheidung des Senats, die Forschungsstelle nicht weiterzuführen, noch gibt es eine Ansage: Wir führen das auf jeden Fall weiter und reden dann über die Modalitäten.

Gibt es denn von Ihrer Seite aus Vermutungen, wieso es diese – sagen wir mal: Zurückhaltung seitens des Senats gibt?

Vermuten lässt sich viel.

Sie erwähnen ja in der Einleitung des Buches*, das Sie zusammen mit Kim Todzi herausgegeben haben, dass Carsten Brosda im Zusammenhang mit der Diskussion um das Bismarckdenkmal davon sprach, es sei gut, wenn man ein »Störgefühl« schaffen könne. Wer Ihre Arbeit ein bisschen näher verfolgt hat, der weiß, dass Sie diesem Anspruch bezogen auf die Gesamthematik der Kolonialisierung gerecht geworden sind – aus der Sicht Ihrer Kritiker*innen sicherlich mehr als gerecht. Sind Sie mit Ihrer Arbeit möglicherweise einflussreichen Kreisen in der Stadt zu sehr auf die Füße getreten?

Wir haben sicherlich ein Störgefühl erzeugt und ich glaube, das wird von bestimmten Kreisen in Hamburg auch tatsächlich als sehr störend empfunden. Ich selber habe von Herrn Hagenbeck mal ein Schreiben bekommen, das sehr eindeutig war. Dass sie sich ärgerten, weiß man auch von anderen. Alles Weitere kann man nicht belegen.

Ihre Arbeit hat ja eine Strahlkraft über Hamburg hinaus entwickelt. Der Wissenschaftsrat hat Ihnen »hervorragende Ansatzpunkte« bescheinigt.

Ich würde sagen, wir haben alles, was man normalerweise erwartet, getan und übertroffen. Wir haben auch eine App angelegt – etwas, was man von den Geisteswissenschaften der Uni ja nicht gewohnt ist – die auch breit angenommen wird. Auch dieses Hineinwirken in die Stadt ist vom *Wissenschaftsrat* als obersten wissenschaftlichen Evaluationsgremium Deutschlands positiv gewürdigt worden.

Es gibt eigentlich keinen nachvollziehbaren Grund, warum man uns nicht weiter finanzieren will. Also muss es einen anderen Grund geben. Ich würde schon sagen, dass der Widerstand gegen unsere Arbeit einfach auch mit dem Erfolg der Arbeit wächst. Also wenn es ein Erfolg ist, dieses Störgefühl zu erzeugen, aufzurütteln, die Wahrheit ans Licht zu bringen, dann gibt es Menschen, die sich davon angegriffen fühlen.

Der Wendepunkt in der Außenwahrnehmung unserer Einrichtung war vielleicht, als klar wurde, dass wir uns nicht damit begnügen, an dem einen oder anderen Straßennamen einen Kommentar anzubringen oder darüber zu diskutieren, Objekte zurückzugeben. Erst als klar wurde, dass koloniale Aufarbeitung der Stadt – so wie ich es ja im ersten Band der Jubiläumsgeschichte der Universität Hamburg geschrieben habe – »follow the money...« bedeutet, also: Wo kommt das Geld her, wo geht das Geld hin, wie und womit wurden die Vermögen erwirtschaftet und wo wurden die bis heute alle investiert? – da wurden vielleicht auch manche Betroffene hellhörig.

Das aber ist wissenschaftlich der richtige Ansatz, weil es die Segmentierung aufhebt. Da geht es auch um gestohlene Objekte, aber ebenso um Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen. Das alles gilt es zusammenzubringen. Dass dies Widerstand hervorbringt, ist nicht überraschend.

Ihre wissenschaftliche Arbeit ist verknüpft mit manchem postkolonialen Engagement in der Stadt, aber auch bundesweit – was wohl auch gewollt ist. Gibt es deshalb aus dem Wissenschaftsbereich Kritik an Ihrer Arbeit?

Aus dem Wissenschaftsbereich kommt, bezogen auf unsere fachlichen Annahmen, eigentlich keine Kritik. Im Gegenteil, man merkt eher, dass wir schon so etwas wie ein Leuchtturm sind, auch mit dieser Institutionalisation. Es gibt einzelne Kolleginnen und Kollegen, die über ähnliche Themen arbeiten, aber nirgendwo so gebündelt wie in Hamburg. Das ist auch europaweit einzigartig. Fundamentalkritik an Arbeit wie unserer kommt eigentlich nur von der AfD. Das lässt sich aus Bundestagsresolutionen und kleinen Anfragen schlussfolgern. Tenor: Sowas soll man nicht fördern, weil die deutsche Kolonialgeschichte doch gar nicht so schlecht war. Für die sind wir dann Nestbeschmutzer etc.

In Ihrem Vorwort des oben genannten Buches beziehen Sie sich auf Michel Foucault und Edward Said. Beide vertreten ja die Position, dass Wissen nicht unschuldig, sondern zutiefst mit den Operationen der Macht verbunden sei. Inwieweit ist dies noch mit dem Geist des Kritischen Rationalismus vereinbar?

Sehr gut sogar, es geht ja auch darum, die Machtbeziehung von Wissen zu untersuchen. Auch das tun wir. Wir bewegen uns damit aber durchaus im Mainstream der modernen Transfer- und Globalgeschichte. Es gibt natürlich immer auch Leute, die einen gesellschaftskritischeren Bezug ablehnen. Aber ich würde mal sagen, grundsätzliche erkenntnistheoretische Kritik an sich sehe ich da jetzt nicht.

Jenseits dieser wissenschaftstheoretischen Fragen haben Sie ja nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass es zur Rückgabe der Benin-Bronzen kam. Auch dies wird Ihnen nicht nur Freunde geschaffen haben.

Ja, es ist ziemlich genau so gekommen, wie ich es vorausgesagt habe. Bis hin zu meiner Forderung, dass man zunächst einmal die Eigentumsrechte an den Benin-Bronzen übertragen müsse. Das haben das MARKK und auch die *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* gemacht. Herausgekommen ist dabei: Auch wenn man physisch nicht alle Bronzen sofort nach Nigeria bringen kann oder vielleicht nie

bringen wird, übertragen wir das Eigentum trotzdem auf den ursprünglichen Eigentümer. Diese klare Position vom Anbeginn der Diskussion um die Rückgabe hat unsere Reputation sicherlich gestärkt.

Trotzdem haben wir uns damit natürlich nicht nur Freunde geschaffen. Ich sehe gegenwärtig Tendenzen eines Rollback im Sinne einer Renationalisierung der deutschen Geschichte, manifestiert auch in der Politik um das *Humboldt Forum*. Da wollen Leute, abgesehen von der Geschichte des Dritten Reichs, weg von der kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Die Kolonialgeschichte zeigt aber, dass Strukturen des Rassismus, der Ausbeutung und der Expansion sehr viel weiter zurückgehen und sehr viel enger verwoben sind mit der deutschen Geschichte als lediglich mit der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Genau das passt eben manchen nicht.

Sie haben das *Humboldt Forum* als »Disneyland« bezeichnet. Können Sie das nochmal näher erläutern?

Ich habe mal in einem Interview, ich glaube mit der *Financial Times*, gesagt, das sei für mich ein preußisches Disneyland, weil ich – wie manch andere auch – dieses Bauwerk, das wiederaufgebaute Stadtschloss der Hohenzollern für ein »Fake« halte. Da ist nichts echt dran. Es gibt dort gestohlene Objekte in einem »Fakeschloss«. Darüber haben wir jahrelang gestritten und ich fand, dass dieses Disneyland – eine Traumwelt also – Vergangenheit so behandelt, als ginge es um Reminiszenzen historischer Bausubstanzen.

Ich sage dazu: Dies ist ein Überbetonieren deutscher Gewaltgeschichte. Sowohl der *Palast der Republik* wie auch die Brache in Berlin-Mitte wären eigentlich ein sehr treffendes Symbol und Memorial für diese Gewaltgeschichte gewesen. Und dies betrifft das zerstörte Schloss und den *Palast der Republik* gleichermaßen. Die deutschen Teilungen sind ja ein Resultat dieser Gewaltgeschichte, also der deutschen Aggression von 1939. Das hat man jetzt zugebaut, das ist Teil eines Schlussstrichs.

Kommen wir noch mal auf Hamburg zurück, auch da haben Sie sich sicherlich nicht nur Freunde geschaffen, wenn Sie in Ihrem Buch in Bezug auf die Kolonisierung Namibias schreiben: »Dies machte Hamburg zur logistischen Drehscheibe für den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts.«

Ich würde sagen, nicht *ich* habe mich damit angreifbar gemacht, sondern Hamburg vor über hundert Jahren, als es diese logistische Drehscheibe



war. Unsere Forschungen haben gezeigt – und das wusste man vorher nicht –, dass 95 Prozent aller deutschen Truppen, die während des Völkermordes an den Herero und Nama gekämpft haben, über Hamburg verschifft wurden und fast der gesamte aus Deutschland versandte Nachschub – also Waffen, Tiere, Futter etc. – von Hamburg aus transportiert wurde. Wenn das keine Drehscheibe ist! Auch wenn heute anscheinend niemand gern daran erinnert werden möchte: Diese Drehscheibe war ganz konkret am Baakenhafen. Da werden jetzt Wohnungen gebaut und mir sind keinerlei Planungen bekannt, dort ein Denkmal zu errichten oder eine andere Form von Erinnerungsort zu schaffen. Man nennt das ein »aktives Überschreiben« von Geschichte.

Und Sie weiten ja noch ein bisschen den Blick. Sie schreiben: »Hamburg besteht nicht aus vielen einzelnen postkolonialen Erinnerungsorten, sondern bildet in seiner Gesamtheit einen.«

Ja, eindeutig! Das können Sie über unsere App einsehen (siehe Hinweis unten). Sie werden erkennen, dass es hier um mehr geht als um die Summe aller Teile. Es öffnet sich der Blick auf ein Gesamtensemble. Deshalb ist diese Stadt für die Aufarbeitung des Kolonialismus ja auch so wichtig, weil hier die Totalität dessen, was Kolonialismus ausmacht, erfahrbar wird. Das kann man zwar an vie-

len Orten in Europa in den Blick nehmen. Aber hier in Hamburg hat man das MARKK, ein Museum, das gebündelt Kolonialismus vor Augen führt, das ist Kultur. Man hat die Universität als ehemaliges Kolonialinstitut, das ist die Wissenschaft. Man hat das Rathaus, das ist die Politik. Man hat die Handelskammer, das ist die Wirtschaft, die nicht zufällig im hinteren Teil des Rathausgebäudes beherbergt ist. Man kann in den *Michel* gehen zu dieser Gedenkplakette mit den Namen der »Gefallenen« der Angehörigen der »Schutztruppen« im Zusammenhang mit der Kolonisierung Namibias, den Genozid an den Nama und Herrero eingeschlossen. Das ist quasi die Kirche. Und das könnten wir alles, wenn wir wollten, in zwei Stunden zu Fuß ablaufen.

Und das macht eigentlich auch die Wucht aus, mit der unsere Forschungsergebnisse eben jenes »Störgefühl«, von dem eingangs die Rede war, bei manchem Hamburger und mancher Hamburgerin geschaffen haben. Es geht jetzt nicht mehr um eine Plakette hier, um eine Namensgebung da, es geht tatsächlich darum, sich zu diesem Teil der europäischen Geschichte zu positionieren. Somit war die Einrichtung unserer Forschungsstelle 2014 seitens des Senats ein sehr mutiges und ambitioniertes Unterfangen. Auch wenn unsere Forschung unbequeme Wahrheiten zutage gefördert hat, gilt es jetzt umso mehr, für die Konsequenzen einzustehen. Das erfordert von den politischen Entscheidungsträgern Mut. Wenn dieser fehlt, wenn es uns also

nicht mehr gäbe, wäre das für manche in der Stadt sicherlich angenehmer und bequemer.

Wie lange können Sie denn noch weitermachen, also wie lange reicht das Geld noch?

Die Verträge meiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – es geht nicht um mich, ich bin ja an der Uni verbeamteter Hochschullehrer – laufen ab August aus. Die werden im Januar anfangen, sich woandershin zu bewerben. Ich habe überhaupt keinen Zweifel, dass sie während kürzester Zeit Jobs kriegen. Das Interesse anderer Städte und Kommunen ist groß. Jetzt kommen ja noch alle zu uns und fragen: Wie habt ihr es denn gemacht?

Aber Ihre Fürsprecher*innen in der Vergangenheit, zum Beispiel Herr Brosda, Frau Fegebank: Wie äußern die sich jetzt?

Gar nicht, – Funkstille.

Auf Ihrer Website haben Sie Fotos von Kolleg*innen. Sind das alles feste Mitarbeiter*innen?



Die App »Hamburgs koloniale Orte« mit 3 Stadtrundgängen, interaktiven und historischen Karten sowie Infotexten, kostenfrei in App-Stores erhältlich

Feste Mitarbeiter gibt es gar nicht außer mir. Da sind wir schon beim Grundproblem. Das habe ich auch der Stadt gesagt. Ich mache nicht mehr weiter mit diesen prekären Kurzfristverträgen. Das kann ich nicht mehr verantworten. Die Stadt, soll sich jetzt entscheiden: Will sie eine Forschungsstelle haben oder nicht! Wenn sie eine haben will, dann soll sie sich rechtzeitig dazu bekennen und Strukturen schaffen, damit die Leute eine Perspektive haben. Die sind 40, 41, 42 Jahre alt, haben Familie, Kinder. Die ganze Uni leidet unter dem Problem des akademischen Prekariats im sogenannten Mittelbau. Das ist ein Skandal! Ich will da auch nicht mehr mitmachen. Es geht so einfach nicht weiter. Entweder ist die Leistung der Mitarbeitenden etwas wert, dann müssen die ohne Angst um ihre ökonomische Zukunft auch arbeiten können oder eben nicht.

Kurzfristverträge sind natürlich ideale Instrumente für eine politische Steuerung wissenschaftlicher Ergebnisse, weil man immer gezwungen ist, darüber nachzudenken – kritisieren ich da jetzt etwas, wenn ich jetzt gerade was mit dem Baakenhafen sage oder nicht, weil die Angegriffenen dieselben sind, die darüber entscheiden, ob du jetzt noch mal einen Arbeitsvertrag kriegst oder nicht? Das machen wir nicht mehr mit, dann hören wir eben auf! Wenn die Stadt meint, dass wir es nicht wert sind oder der Eindruck besteht, es sei alles aufgearbeitet, was aufzuarbeiten war – okay.

Man muss allerdings noch erwähnen, dass es uns gelungen ist, für jeden Euro, den wir von der Stadt bekommen haben, über Drittmittel drei weitere Euro einzuwerben. Das erklärt die Schar an Leuten auf dem Foto der Website. Wenn wir über die Anschlussfinanzierung sprechen, reden wir ja jetzt über die städtische Beteiligung. Wir werden dieses Einwerben von Drittmitteln auch weiterhin machen, nur: Wir brauchen einen Kern an Mitarbeiter*innen, der dazu imstande ist, dies zu leisten. Ich glaube, Sie finden in der Forschungslandschaft in Deutschland kaum eine andere Institution, die mit einem so geringen Etat wie dem unsrigen so viel in der Öffentlichkeit bewirken konnte, wie es uns gelungen ist. Ich habe auch deshalb gedacht, naiv wie ich war, klar wollen die, dass wir weitermachen. Aber offenbar ist sich der Senat nicht so einig. Oder sie sind sich einig, dass sie es nicht wollen. Das kann ich nicht sagen. Es klingt mir noch in den Ohren: »Ja, dann werben Sie halt Drittmittel ein, das muss die Uni dann halt übernehmen.« Aber ich finde, es ist natürlich schon eine genuine Aufgabe der Stadt, unsere Arbeit zu finanzieren. Man kann historische Verantwortung staatlicherseits nicht auslagern. Die Forschungsstelle muss letztendlich auch unabhängig von jemand wie mir werden.

Okay, das Kind steht am Rand des Brunnens, aber ist noch nicht reingefallen...

Ich würde sagen, es ist drin und wir hoffen, dass ihm jemand noch die Hand reicht. Es ist ja so, wir bereiten uns jetzt vor, dass wir zum 140. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz im Herbst noch eine Abschlusstagung machen. Dass es das dann war, hoffen wir nicht.

Und wir hoffen, dass wir mit der Veröffentlichung dieses Interviews dazu beitragen können. Wir danken Ihnen für das Gespräch!

Das Interview führten
JOACHIM GEFFERS und MANNI HEEDE.

Mehr zum Thema:

- * Jürgen Zimmerer, Kim Sebastian Todzi (Hg.): Hamburg: *Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-) kolonialen Globalisierung*, Göttingen: Wallstein 2021.
- * hlz-Interview mit Jürgen Zimmerer anlässlich des 100jährigen Jubiläums der Uni Hamburg, in: hlz 5-6/2019, S. 40-47: (https://www.gew-hamburg.de/files/hlz/ausgaben/hlz_mai_juni_2019.pdf).
- * Website der Forschungsstelle: <https://www.geschichte.uni-hamburg.de/arbeitsbereiche/globalgeschichte/forschung/forschungsstelle-hamburgs-postkoloniales-erbe.html>.

Hamburg: Tor zur kolonialen Welt

Der Ende 2021 erschienene Sammelband gilt als Zwischenbilanz der Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniales Erbe« nach sechs Jahren Arbeit. In 35 Beiträgen von 30 Autor*innen wird darin die koloniale Vergangenheit Hamburgs untersucht.

Seit dem 14. Jahrhundert hatte sich die Hafen- und Hansestadt Hamburg zum bedeutenden Knotenpunkt des Handels und später zur zentralen deutschen Kolonialmetropole entwickelt – dem »Tor zur (kolonialen) Welt«. Es gab Handelsbeziehungen zu Kolonialmächten und Kolonien, Handel mit Kolonialwaren und auch mit Menschen. Entsprechend gibt es heute zahlreiche Erinnerungsorte der kolonialen Globalisierung.

Im Buch werden dazu fünf Bereiche behandelt. Unter »Wirtschaft und Politik« geht es neben dem Hafen um die – auch baulich – mit dem Rathaus verbundene Handelskammer, in deren Reihen früh mit Hamburger Kolonialbesitz geliebäugelt wurde. Einen anderen Beitrag gibt es zu dem keine 400 Meter entfernten Woermann-Konzern: Dessen Reederei beförderte vor 120 Jahren zwei Drittel der beim deutschen Krieg und Völkermord an den Herero und Nama eingesetzten Soldaten vom Hamburger Baakenhafen aus in die Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Das Kapitel »Wissenschaft und Forschung« hat als Thema zunächst das Hamburger Kolonialinstitut, das von 1908 bis 1919 Vorläufer der Universität Hamburg war und Kolonialbeamte ausbildete. Unter »Kunst, Kultur und Gesellschaft« werden anschließend das heute MARKK genannte Muse-

um für *Völkerkunde* (von 1879) sowie *Hagenbecks Tierschauen* und (ab 1874) »Menschenschauen« untersucht.

Der Abschnitt »Die Welt in Hamburg – Hamburg in der Welt« beschäftigt sich unter anderem mit Studien des Afrikareisenden und Geographen Heinrich Barth sowie der Wahrnehmung des hiesigen Lebens durch Barths westafrikanische Expeditionsbegleiter bei einem Hamburg-Aufenthalt. Weitere Texte haben zum Beispiel afrodeutsche Perspektiven auf Hamburg in der NS-Zeit oder das »Chinesenviertel« zum Thema.

Im Schlusskapitel »Denkmäler« wird vor allem die Geschichte von Erinnerungsorten behandelt, die bedeutsam in aktuellen Diskussionen sind: Das *Denkmal des Kolonialgouverneurs Wissmann* wurde 1968 auf dem Universitätsgelände (gemeinsam mit dem Denkmal des Kolonialoffiziers Dominik) von Student*innen gestürzt und später eingelagert – für Mitherausgeber Jürgen Zimmerer »ein wichtiger Übergang in der Geschichte der Universität Hamburg vom Kolonialinstitut zur kolonialkritischen Universität« und somit auch zur von ihm geleiteten Forschungsstelle.

Die 2015 beschlossene Restaurierung des 34 Meter hohen *Bismarck-Denkmal*s am Hafentor für 13 Millionen Euro stieß in den letzten Jahren auf star-

ke Kritik. Statt einer »Neu-Kontextualisierung« des Denkmals bzw. der »Enthierarchisierung« von Bismarck als Kanzler der Kolonialreichsgründung kam es zur »kolonialen Amnesie« (Zimmerer).

Insgesamt bietet das Buch aus der Forschungsstelle der Universität einen sehr guten Zugang zum vielschichtigen Thema der kolonialen Vergangenheit Hamburgs mit interessanten neuen Ergebnissen.

MANNI HEEDE

Eine andere umfassende Veröffentlichung zum Thema wurde zuletzt 1999 von Historiker*innen und Aktivist*innen aus der *Hafengruppe* und anderen Initiativen erstellt: Heiko Möhle (Hg.): *Branntwein, Bibeln und Bananen, Der deutsche Kolonialismus in Afrika – eine Spurensuche*, Hamburg/Berlin: Assoziation A 2017.



Jürgen Zimmerer, Kim Sebastian Todzi (Hg.): **Hamburg: Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-)kolonialen Globalisierung**, Göttingen: Wallstein Verlag 2021, 591 Seiten, 32 Euro, e-book: 21,99 Euro

GEW Salon: Aufarbeitung braucht Wissen

Ein Gespräch über die Zukunft der Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniales Erbe« am Mittwoch den 6. März um 19 Uhr im Curio-Haus (Raum ABC)

Eine Forschung, die 10 Jahre lang Licht ins Dunkel deutscher Kolonialgeschichte gebracht hat, wird es möglicherweise in Hamburg bald nicht mehr geben. Die Finanzierung des Instituts, das sich weit über Hamburgs Grenzen hinaus einen Namen gemacht hat, ist nicht länger gesichert.

Joachim Geffers (Moderation, ex-hlz) wird mit Prof. Dr. Jürgen Zimmerer (Leiter der Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniales Erbe«) unter Einbezug des Publikums über die möglichen Gründe, warum die Existenz dieser Einrichtung gefährdet ist, sprechen.

LESEN!

Ein gestaltender Bildungspolitiker in bewegten Zeiten

Hans-Peter de Lorents jüngste Biografie widmet sich Dieter Wunder, der in Hamburg maßgeblich an der Entwicklung der Gesamtschulen beteiligt war. Von 1972 bis 1975 war er GEW-Vorsitzender in Hamburg und von 1981 bis 1997 Vorsitzender auf Bundesebene.

Hans-Peter de Lorent hat mit seinen Biographien über Erich Frister und Dieter Wunder zwei außergewöhnliche Persönlichkeiten beschrieben, die beide je ein Glücksfall für die Entwicklung der GEW und der Bildungspolitik der Bundesrepublik bedeuten. Für Pädagog*innen ist besonders interessant nachzulesen, wie beide sich im Ausgang von einer völlig unterschiedlichen sozialen Situation zu GEW-Vorsitzenden entwickelten. Frister hatte schwierigste Ausgangsbedingungen als Adoptivkind in einer Pflegefamilie mit einem unsteten Stiefvater, dagegen waren die Lebensbedingungen Wunders in der Kindheit und Jugend unvergleichbar günstiger für seinen Lebensweg. Wie Wunder dennoch den Weg in die Gewerkschaftsbewegung gefunden hat, beschreibt de Lorent in dieser sehr lesenswerten Biographie ganz anschaulich. Wunders Familie stand in der Tradition herausgehobenen Bildungsbürgertums. Wunders Vater war Doktor der Philosophie, seine Mutter Lehrerin, seine Vorfahren überwiegend im Bildungsbereich, teilweise als Schulleiter oder Schulräte wirkend. Schon früh war für Dieter Wunder klar, dass er dem Selbstverständnis der Familientradition folgend, in Philosophie promovieren würde. Er wollte eigentlich zunächst als Wissenschaftler forschen, entschied sich dann aber zum Lehrerberuf, weil ihm die damaligen Arbeitsbedingungen für die Forschung nicht zusagten.

De Lorent hat mit einem sehr großen Aufwand über 40 Zeitzeugen befragt, eine umfangreiche Literatur, auch Zeitungsartikel und nicht zuletzt Beurteilungen aus der Personalakte zur Beschreibung und Würdigung Wunders herangezogen. Das Ergebnis ist eine facettenreiche Würdigung Wunders: eine Biographie im besten Sinne, mit viel Rücksicht auf Details, sehr genau und äußerst sorgfältig! Der umfassende Blick auf Dieters gewerkschaftlichen Weg, die ausführliche Befragung seiner gewerkschaftlichen Weggefährten und die nicht weniger bedeutsamen Gespräche mit Dieter selbst sind bei-

spielhaft für eine gelungene Biographie. De Lorent gliedert die berufliche Entwicklung Wunders nachvollziehbar in zwei größere Abschnitte: sein Wirken als Lehrer, Schulreformer und Schulleiter an der ersten neu gegründeten Gesamtschule in Hamburg, und seine Arbeit als Gewerkschaftsvorsitzender auf Landes- und Bundesebene. Aus den vielen Dokumenten filtert de Lorent eine wichtige Äußerung Wunders heraus, die auf den Vorabend der krisenhaften Entwicklung der GEW-Hamburg zwischen den Jahren 1971 und 1976 hindeutet: »Reformpolitische und fundamentalistische Politik führen tendenziell immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten über die einzuschlagende GEW-Politik. Im Sinne der Reformpolitik der GEW ist eine langfristige Mobilisierung der Mitglieder notwendig; nur mit Hilfe einer sehr aktiven GEW lässt sich die beständige Bedrohung des Reformprozesses abwehren. Die radikale Ablehnung jeder Kompromisspolitik, das Sich-Nicht-Einlassen auf die politische Realität, die Verachtung der Pragmatiker, also derer, die Realität tatsächlich verändern, entspricht der romantischen politischen Tradition Deutschlands. Sollte sich solche Politik tatsächlich durchsetzen, so ist vorauszusehen, dass die Linke in Deutschland wieder einmal – wie schon 1918/1919 – vor ihrer historischen Aufgabe, die Gesellschaft dauerhaft zu reformieren, versagen wird.«

Ganz so dramatisch sollte es nicht kommen. Bis 1975 gelang es Wunder immer wieder, zwischen den oben bezeichneten Strömungen zu vermitteln, aber der Druck auf die bisherige Politik der GEW-Funktionäre nahm ständig zu, auch durch die von der 68er-Bewegung beeinflussten neu eingestellten Lehrkräfte. Die Jüngeren wollten aus der Beharrungspolitik hinaus. Es war auch ein Generationenproblem, verbunden mit der Verdrängung der bisher ehrenamtlich arbeitenden Funktionäre aus lieb gewonnenen Funktionen in den Wahlversammlungen – aber das generelle Problem ging tiefer. Die



Einen Tag nach dem Gewerkschaftstag im Oktober 1981, an dem Dieter Wunder (mitte) für 16 Jahre Bundesvorsitzender der GEW wurde, gibt er Hans-Peter de Lorent (damaliger hlz-Schriftleiter) und Gerhard Lein (damaliger Pressesprecher der GEW Hamburg) ein langes Interview.

typische Bemerkung »Aber man muss auch die Behörde verstehen!« zog in der Lehrerschaft nicht mehr.

Wunder stellt es selbst so dar, dass er von dieser Gruppe zum Landesvorsitzenden vorgeschlagen und gewählt wurde und nun zunehmend unter Loyalitätsdruck geriet. Der bisherige Funktionärskörper hatte in der Vergangenheit durchaus größere Erfolge in der Personalvertretung erreicht, insbesondere, wenn es um Hilfen oder Konflikt-Moderationen in vielen Einzelfällen ging. Es gab sogar in der Gruppenvertretung einen Erfolg, nämlich die Ferienarbeit von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen trickreich zu verhindern. So war ich persönlich Zeuge, als ein aufgebrachter Senator der Personalratsvorsitzenden zurief: »Nochmal linken Sie mich nicht!« Im Rahmen einer einvernehmlichen Verständigungspolitik war es auch gelungen, die Grundschullehrkräfte generell höher zu besolden, nach A13. Die linken Kräfte aber wollten nun dickere Bretter bohren: eine Arbeitszeitsenkung für alle Lehrkräfte und vor allem die grundlegende strukturelle Veränderung von Schule, hin zu einer einheitlichen demokratischen Förder- und Leistungsschule, damit verbunden die generelle Abschaffung der Hauptschule, der Realschule, der Gymnasien und der meisten Förderschulen im Rahmen einer umfassenden Inklusion. Das sollte notfalls auch mittels Streikmaßnahmen durchgesetzt werden.

Der Name Wunder war mit der Gründung der ersten Gesamtschule in Hamburg eng verbunden. Er arbeitete selbst in der Kommission aktiv für die Einrichtung der neu zu gründenden Gesamtschule Mümmelmannsberg mit. Für dieses neue Schulwesen wurde auch zusätzliches Personal erforderlich und entsprechend angeworben. Dadurch stieg das Konfliktpotential mit Senat, Bürgerschaft, Behörde und den Vertretern der althergebrachten GEW-Politik. Wunder gelang es immer wieder, durch intelligente und teilweise auch beschwichtigende Reden und Schriften die Wogen zu glätten und einen die Gewerkschaft spaltenden Konflikt über Jahre zu verhindern – aber schon in seiner letzten Zeit als GEW-Vorsitzender in Hamburg musste er immer wieder leichte Dammbürche mit rhetorischen Sandsäcken abdichten. Es wurde richtig ungemütlich, als die Traditionalisten eine eigene, gegen die GEW gerichtete Personalratswahlliste vorlegten und Vorbereitungen zur Gewerkschaftsspaltung auf den Weg brachten. Es gab nun doch den Dambruch am Ende von Wunders Zeit als Hamburger GEW-Vorsitzender. Dem Geschick seiner Nachfolger Lemke und Daschner ist es zu verdanken, dass eine Spaltung verhindert werden konnte und lediglich eine nach und nach bedeutungslose Abspaltung, klein und ohne politische Wirkung, entstand, die sog. *Alternative* (Spötter sagten: »Die Alte Naive«).

Erich Frister dankte Dieter Wunder 1975 für sein Durchhaltevermögen bei der Umwandlung der basisbestimmten Hauptversammlung zur Delegiertenversammlung (S. 74). Das muss man vor dem Hintergrund des innergewerkschaftlichen Strukturwandels und der politischen Auseinandersetzungen dieses Jahrzehnts verstehen: Damals kamen in der Hauptversammlung von ca. 9000 Mitgliedern 4500 Kolleg*innen zur Beratung und Beschlussfassung zusammen, im April 1973 gab es für jeden Tagesordnungspunkt bis zu 90 Wortmeldungen – es musste also eine Strukturveränderung herbeigeführt werden, aber zunächst kam eine Zweidrittelmehrheit für eine Umstellung auf eine Delegiertenvertretung nicht zustande, auch weil die anwesenden stimmberechtigten Mitglieder auf ihre eigene künftige Beteiligung verzichten mussten. Nahezu 2 ½ Jahre dauerte es, bis eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden konnte, eine ungeheuer zeitaufwendige Kraftanstrengung Wunders und einiger Kollegen, die ihm im Amt folgten.

Parallel zu dieser Zeit und diesen Vorgängen hatte die aufgeschreckte Politik in eine alte Trickkiste vergangener Zeiten gegriffen und eine gegen Kritiker*innen gerichtete Berufsverbotspolitik beschlossen sowie (auch in Hamburg) SPD-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, die sich für eine andere Wirtschaftspolitik wie beispielsweise eine bessere Finanzierung des Bildungswesens einsetzten. Die Anzahl der Betroffenen war im Rückblick eher gering, es ging wohl mit beiden (abgestimmten) Maßnahmen um eine Einschüchterung aller Beschäftigten – denn konkrete Belege für Fehlverhalten gab es in keinem einzigen Fall. In Bayern waren die Hauptbetroffenen GEW- und SPD-Mitglieder. Die drastische Abgrenzungspolitik zu neuen linken Strömungen erreichte nun auch eine irritierte Führung im DGB-Vorstand. Eine vom DGB ängstlich beschlossene Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in bestimmten »kommunistischen« Gruppen führte nachfolgend auch in Hamburg zum Ausschluss einiger Mitglieder. De Lorent beurteilt kritisch, dass zumeist eine Einzelfallprüfung von Wunder nicht angeregt wurde. Das war nach Beschlusslage des DGB auch nicht vorgesehen, die Beschlusslage war hier viel rigider als bei den Berufsverboten der Behörden.

Als dann im Januar 1975 der Erste Bürgermeister Hans-Ulrich Klose drastische Sparmaßnahmen verkündete und die ungeheure Anzahl von 765 Lehrerstellen strich, war das die letzte Rechtfertigung der GEW für eine tendenzielle »Fundamental-Opposition« und setzte die abgespaltene »Alternative« schwer unter Druck. Mehrere Jahrgänge der frisch ausgebildeten Lehrkräfte wurden ohne Vorwarnung nicht eingestellt, Absolventen mit

befriedigenden Examensnoten mussten sich nach einer Berufsalternative umsehen und taten es auch, die meisten kamen nie ins Lehramt. Durch äußere Einflüsse nach Innen gestärkt, erneuerte sich die GEW und wurde kämpferisch auf allen Ebenen – einschließlich der Personalräte, die ab 1977, als es wieder einige Einstellungen geben sollte, sehr schlecht bezahlte befristete Lehraufträge und 2/3 Verträge pauschal ablehnte.

Viel Arbeit für den 1981 neu gewählten Bundesvorsitzenden Dieter Wunder, die de Lorent nach Themen und Schwerpunktsetzungen beleuchtet. Dabei verlässt sich de Lorent auf die Beschreibungen Wunders selbst, der seine Arbeit auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung beginnt und eine allseitige Abrüstungspolitik in Ost und West fordert. Wunder sieht danach bereits in den 80er Jahren die Bedeutung der Umweltschutzbewegungen. Die rigide Haushalts- und Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder sah er als Angriff auf die Sozial- und Bildungspolitik, so dass die Gewerkschaften diese Politik nicht würden mittra-



Hans-Peter de Lorent
Dieter Wunder. Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) von 1981-1997, Weinheim: Beltz Juventa 2024, 309 Seiten, 42 Euro.

gen wollen, im Gegenteil dagegen argumentieren müssten. Wunder forderte die Wiederaufnahme der Bildungsreform, die ins Stocken geraten war und stellte für die GEW fest: »Die Gesamtschule ist und bleibt die Zielvorstellung unserer Bildungspolitik«. Der besonderen Schwierigkeiten, diese Zielsetzung zu erreichen, war er sich stets bewusst. Heute kann man grob zusammenfassen, dass sich aus der traditionellen unsozialen und im Kern undemokratischen Dreizügigkeit des Schulwesens eine Zweizügigkeit herauskristallisiert hat, die es den Gesamtschulen nicht gerade leicht macht, sich als alleinige Schule durchzusetzen. Es weitet aber auch den Blick dafür, welche Zeiträume und Anstrengungen für diese Zielsetzung erforderlich sind. Wunder ließ sich nicht entmutigen und vertraute auf die Macht und Wirkung guter Argumente und empirischer Untersuchungen. Deshalb forderte Wunder auch intensive Funktions- und Personalräteschulungen, um die Bildungspolitik voranzubringen (S. 159).

Bei dem um einige Monate vorgezogenen Rückzug von Erich Frister erklärte Wunder: In der Nachbesinnung müsste uns eigentlich deutlich geworden sein, »dass die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen und wie wir mit unserem bisherigen Vorsitzenden umgehen, nicht die Form ist, die man sich von Pädagogen wünscht.« (S. 153) Wunder kannte seine Gewerkschaft, wie an anderer Stelle von ihm angedeutet wurde: »Die GEW ist und bleibt eine von internen Spannungen geprägte

Gewerkschaft«. Das sind geradezu prophetische Bemerkungen, wenn man an den Umgang der Delegierten mit Wunder auf dem Gewerkschaftstag 1997 nach seiner 16jährigen(!) erfolgreichen Tätigkeit zu sprechen kommt. Es gab weder eine Gegenkandidatin oder einen Gegenkandidaten, noch kritische Beiträge, dennoch wurde Wunder im 1. Wahlgang völlig überraschend nicht wieder gewählt: Er bekam nur 227 von den 255 erforderlichen Stimmen. De Lorent bemüht sich ausführlich, einige mögliche Gründe zu ermitteln (S. 229-246). Diese Seiten sind zugleich ein Lehrbuch für alle, die in Gewerkschaften, Parteien und schlechthin allen Organisationen erfolgreich arbeiten und gewählt werden wollen, spannend zu lesen, dabei auch die Erwähnung so mancher »Schmutzelei«, wie sie in jedweder Politik vorkommen kann.

Dieter Wunder blieb der Gewerkschaft und der Bildungspolitik ohne Groll über viele weitere Jahre erhalten. Daneben nahm er seine Arbeit als Wissenschaftler, als Historiker wieder intensiv auf. Für die GEW ist de Lorents Buch ein sehr wertvoller Beitrag nicht nur zum Wirken Dieter Wunders, sondern auch als ein anschaulicher und wirklich lesenswerter Kommentar zur zeitgenössischen Geschichte der GEW selbst.

RAINER GRIEP

Vorstandsmitglied der GEW Hamburg von 1974 bis 1987,
Vorsitzender der GEW Hamburg von 1981 bis 1987

Lesung der Dieter-Wunder-Biografie

Am 29. Februar um 18 Uhr wird Hans-Peter de Lorent die Biografie im Curio-Haus vor- und zur Diskussion stellen.

gba-SEMINARE 2024 gendersensibel und digital souverän

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung



Unsichtbare Herausforderungen (online)

Information und Austausch für Mitarbeitende mit chronischer Erkrankung an Hamburger Schulen

Chronische Erkrankungen sind verbreiteter als man zunächst vermuten mag. So sind ca. 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland von mindestens einer chronischen Erkrankung betroffen. Diese haben oft eine gravierende Auswirkung auf die Lebensqualität. In Kombination mit der wachsenden Arbeitsbelastung an Schulen ist es für Betroffene daher umso wichtiger, auch die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen im Beruf zu kennen. Aus diesem Grund gehen wir – zusammen mit der Schwerbehindertenveterin Michaela Peters – in diesem Online-Seminar zunächst folgenden Fragen nach: Welche Möglichkeiten bei einer chronischen Erkrankung habe ich im Arbeitsalltag? Schwerbehindertenausweis – Bin ich dafür »krank« genug? Wer ist dafür meine Ansprechpartner*in? Und wie ist das Prozedere?

Gleichzeitig ist die Hürde immer noch sehr hoch, sich bei seiner Arbeitsstelle als krank zu outen – u.a. aus Angst vor Diskriminierung oder Stigmatisierung. Daher möchten wir in diesem Seminar außerdem einen Blick darauf werfen, welche Vor- und Nachteile dies mit sich bringt und darüber miteinander in den Austausch gehen.

Do, 29.2. 16-18 Uhr

Online-Seminar

Leitung: Michaela Peters,
Vanessa Kunth
Kostenlos für GEW-Mitgl.

Gestatten, GEW Hamburg

Infoveranstaltung für Neumitglieder und solche, die es werden wollen. Wir stellen uns vor und freuen uns auf Deine Fragen, Hinweise und Ideen! Dich erwartet u. a. ein Überblick über die Arbeitsweise der GEW und unterschiedliche Mitwirkungsmöglichkeiten. Es ist auch Zeit für einen Austausch mit anderen Neumitgliedern und dem GEW-Vorsitzenden.

Do 7.3. 17.30-19.00 Uhr

Online Seminar mit Zoom

Leitung: Sven Quiring,
Frank Hasenbein,
Kostenlos für alle

Gendersensibles Unterrichten

Schule spiegelt im Kern unsere diverse Gesellschaft wider und hat den klaren Auftrag, Vielfältigkeit erkennbar zu machen und dadurch die Schulkultur mit unseren diversen Schüler*innen und auch Kollegien sichtbar zu machen und zu stärken. Mit dem zweiteiligen Seminar nähern wir uns gemeinsam dem Thema Diversität an Schule am Beispiel von geschlechtergerechter Schule und Schulentwicklung an und erarbeiten Veränderungsstrategien für unsere Schule.

Do 7.3., 16.30-19.30 Uhr

Hamburg, Curio-Haus

Leitung: Annette Nordhoff
Kostenlos für GEW-Mitgl.,
Nicht-Mitgl. 20 €

Digital souverän – Computer und Smartphone sicher nutzen

Ein Workshop rund um Fragen zur Arbeit am Computer und Smartphone. Mögliche Themen: Welche Passwörter sind sicher? Wie sichere ich meine Daten? Soll ich sie in eine Cloud hochladen? Welche Apps und Einstellungen brauche ich für mein Smartphone? Wie kann ich digitale Tools für die GEW-Arbeit nutzen? Ziel ist es, digital mündig zu werden und mehr Sicherheit im Umgang mit der digitalen Technik zu bekommen.

Mi 13.3., 10-16 Uhr

Hamburg, Curio-Haus

Leitung: Claus Iffländer

Kostenanteil: 10 € inkl. Verpfleg.
(erm.: 5 €) (Nicht-Mitgl. 50 €)

Was darf ich, was muss ich? (Online)

Dieses Seminar bietet in kompakter Form Informationen und Austausch zu wichtigen Themen des Berufs. Es werden die wichtigsten Regelungen des Schulrechts vorgestellt und daraus Handlungsstrategien entwickelt, wie wir diese Rechte in konkreten Situationen erfolgreich einfordern können. Es gibt auch Zeit für einen Austausch und auch »dumme Fragen« sind erlaubt. Die genauen Themen bzw. besprochenen Fallbeispiele wer-

den nach den Bedürfnissen der Teilnehmenden festgelegt. Technische Voraussetzung: Computer mit Webcam und Mikrofon oder Headset oder Smartphone

Do 14.3., 17-19 Uhr

Online Seminar mit Zoom
Leitung: Frank Hasenbein,
Mitglieder des GPR Hamburg
Kostenlos für GEW-Mitgl.,
Nicht-Mitgl. 10 €

Sicherheit im Netz

Wie können wir Daten auf unserem Computer und im Internet schützen? Dazu werden erstens Grundlagen zur Computersicherheit vermittelt, d.h. Fragen zu Betriebssystemen, Schutz vor Schadsoftware sowie sinnvollen Antivirenprogrammen beantwortet. Zweitens wird praktisch angeleitet, wie das Surfen im Internet funktionieren kann, ohne ungewollt Daten zu hinterlassen.

Sa 16.3., 10-17 Uhr

Neumünster, Kiek In!,
Leitung: Dr. Björn Tylkowski
Kostenlos für GEW-Mitgl. inkl.
Verpfleg., Nicht-Mitgl. 20 €

Seminar für Beschäftigte an GBS und GTS

Die ganztägige Betreuung ist von den Hamburger Schulen nicht mehr wegzudenken, doch

es gibt noch viele Probleme an den Schulen. Wie können Veränderungen an GBS und GTS angestoßen werden? Wie sieht die praktische Zusammenarbeit von Lehrer*innen und Erzieher*innen aus? Welche Unterstützung (der GEW) brauchen wir? Wie können wir uns besser vernetzen? Wie sichern wir die Standards bzw. die Qualität unserer Arbeit? Ausgehend von eigenen Erfahrungen werden aktuelle Themen und Probleme der GBS/GTS-Beschäftigten diskutiert und anhand von Fallbeispielen vertieft.

Sa 6.4., 10-17 Uhr

Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Ima Drolshagen
Kostenlos für GEW-Mitgl.,
Nicht-Mitgl. 20 €

Schreibwerkstatt zur Exposé-Erstellung

Dissertation als Monographie oder kumulativ (in Einzelarbeiten)

Das Exposé der Dissertation ist nicht nur Voraussetzung für die Bewerbung um ein Promotionsstipendium oder eine wissenschaftliche Stelle, sondern auch für die Zulassung zur Promotion durch den Promotionsausschuss deiner Hochschule. Das Exposé befasst sich mit der Forschungs-

Fragestellung, dem Forschungsstand, der Durchführung des Forschungsvorhabens sowie der Arbeits- und Zeitplanung. In unserer Schreibwerkstatt setzen wir uns mit dem Aufbau des Exposés, den zentralen Inhalten und wissenschaftlichen Methoden auseinander. Dabei steht der eigene Schreibprozess mit Schreibaufgaben und Planungsstrategien im Vordergrund. Wir arbeiten mit aktuellen Textmaterialien zu beiden Promotionsarten (Monographie oder Kumulativ) und tauschen uns darüber kritisch kommunikativ miteinander aus. Gerne können vorliegende Entwürfe bzw. Textfragmente mitgebracht werden.

Sa 6.4., 11 Uhr bis

So 7.4., 17 Uhr

Bad Bevensen,
Gustav-Stresemann-Institut
Leitung: Ingrid Keller-Russell
Kostenanteil: 20 € inkl.
Verpfleg., erm. 10 €,
Nicht-Mitgl. 80 €
In Kooperation mit der GEW
Niedersachsen

Anmeldung: über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher*innen, Referendar*innen, Studierende, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine finden am Dienstag den 27. Februar, 26. März, 30. April und 25. Juni 2024 statt, jeweils 15-17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer*innen als auch an Beamte*innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – MÄRZ-APRIL 2024

Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Wolfgang Szepansky, mailto: info@szepansky.de
Referat B Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	11.03.2024, 18.00-21.00 Uhr, GBW 08.04.2024, 18.00-21.00 Uhr, GBW
FG Grundschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	16.04.2024, 17.30-19.30 Uhr, Raum A
FG Berufliche Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Hochschule u. Forschung	In der Geschäftsstelle nachfragen
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	In der Geschäftsstelle nachfragen
Landesausschuss für Migration	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Bildung statt Kinderarbeit	11.03.2024, 16.00-18.00 Uhr, GBW
Ausschuss für Friedensbildung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler*innen	06.03.2024, 10.00-13.00 Uhr, Raum A 03.04.2024, 10.00-13.00 Uhr, Raum A
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	04.03.2024, 18.00-20.00 Uhr, GBW 15.04.2024, 18.00-20.00 Uhr, GBW
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	26.02.2023, 18.30-21.30 Uhr, Raum A christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer*innen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Erwachsenenbildung	04.04.2024, 19.30-21.00 Uhr, Raum A

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen, unter <https://www.gew-hamburg.de/> mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77,
Homepage www.gew-hamburg.de

Redaktion:
Antje Géra (Redaktionsleitung), Liese Kühnel, Sebastian Schreull
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Illustrationen Titel und Thementeil:
Andrea von Redecker

Grafische Assistenz:
Jason Tsiakas

Anschrift der Redaktion:
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg.
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sechs Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor*innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Redaktionsschluss hlz 3-4/2024: 11.03.2024, **5-6/2024:** 14.04.2024



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch
Tätigen sowie
deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2024 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

040 333 505 14 (Tobias Mittag)

040 796 128 25 (Georg Plicht)

040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de (mit Beitragsrechner) / info@h-l-f.de



ANKULATION LOGOS, FLYER
BROSCHÜREN
Alles für Ihre Drucksache
KREATION VISITENKARTEN
GRAFIK FOTO WEBSERVICE
BERATUNG PLAKATE PRODUKTION
DTP GESTALTUNG
BILDBEARBEITUNG
www.albers.design
Jetzt testen!

albersdesign

Media-Agentur

Mediengestaltung

+Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung
Grafik . Anzeigenverwaltung

Horn 33 . 25421 Pinneberg

ca@albers.design . www.albers.design

*haben Sie weitere Anliegen -
sprechen Sie mich gerne an!*

Hamburger Lehrer-Feuerkasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Gegründet 1897

Mitgliederversammlung

Freitag, 12. April 2024

Beginn: 17.30 Uhr

Tagungsort: Curio-Haus,
hinteres Gebäude / hinterer Hof

Tagesordnung

1. Jahresbericht 2023
 2. Vorlage der Jahresrechnung 2023
 3. Bericht der Rechnungsprüfer
Entlastung des Vorstandes
 4. Wahlen
 - a) Schriftführer/in
 - b) zwei Rechnungsprüfer/innen
 5. Verbesserung der
Versicherungsbedingungen
 6. Verschiedenes
- SOLLTE DIE VERSAMMLUNG IM
APRIL NICHT STATTFINDEN
KÖNNEN, WIRD EIN FOLGETERMIN
IN DER HLZ BEKANNTGEGEBEN.

...und werde ein Teil von uns!

Gemeinsam erarbeiten wir spannende Experimentier-Sets und neue Werkpackungen für den Unterricht und die Betreuung.

Klingt gut?
Dann senden Sie uns
eine E-Mail mit Ihrer Idee an:
marketing@opitec.com

Wir freuen uns über
Ihre Nachricht!

Entdecke die OPITEC Welt



Kreatives Gestalten im Frühling
für Kindergarten und Schule

Neue Bastelideen und
zahlreiche Artikel
finden Sie in unserem aktuellen
Frühjahrskatalog:



Sie finden uns auch auf:





GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

